

ANTHONY SCHLINGEL

Lebenslüge um Deutschland



Freudige, ja zuweilen tränengerührte Begeisterung anlässlich des Einmarsches deutscher Truppen in Eger Anfang Oktober 1938. Wer als Deutscher die Lebensverhältnisse im Sudetenland unter tschechischer Herrschaft 20 Jahre lang hatte ertragen müssen, weiß, daß hierfür aller Anlaß bestand. Die Fülle gleichartiger Aufnahmen in jedem Ort des Sudetenlandes bezeugt dies vor der Weltgeschichte.

Was dieses Foto aus dem Bundesarchiv unter der Signatur 183-H 13160 mit dem Herkunftsnachweis *"Beim Einmarsch deutscher faschistischer Verbände in Eger Anfang Oktober 1938."* besonders herausgehoben hat, ist nicht die hier vorgenommene Begriffseliminierung "Deutsche Wehrmacht", sondern der Umstand, daß die tränengerührte Frau in weltweiter Propaganda herausgeschnitten und mit variierenden Textkommentaren als "Beleg" für die *"grauenvolle Zwangsherrschaft der Nazis"* ausgegeben wurde, die schon beim Einmarsch deutscher Truppen perfekt wirksam gewesen sei, habe doch diese Frau "ihren rechten Arm nur unter Tränen zum erzwungenen Gruß erhoben".

Anthony Schlingel

Lebenslüge um Deutschland

**The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA**

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verblet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Zwei Weltkriege nicht deutscher Verbrechen, sondern der Leistungskraft Deutschlands wegen

"Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."

Sunday Correspondent, London 17.9.1989

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.9.1989, S. 2.

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 18. März 1987

"Die deutsche Geschichte soll so dargestellt werden, daß sich die Bürger darin wiedererkennen: offen für kontroverse Deutungen und Diskussionen, offen für die Vielfalt geschichtlicher Betrachtungsmöglichkeiten.

In einer freien Gesellschaft gibt es nach unserer Überzeugung kein geschlossenes und schon gar nicht ein amtlich verordnetes Geschichtsbild. Niemand -- niemand -- hat das Recht, anderen seine Sicht und seine Deutung der Geschichte aufzudrängen."

Inhalt

Zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs	3
Die <i>Spiegel</i> -Redaktion zum Kriegsausbruch	6
Richard v. Weizsäcker im Spiegel	9
<i>Bild</i> bewältigt deutsche Vergangenheit	10
Desinformation keine "Volksverhetzung"	11
"Befreiung" auf jugoslawisch-kommunistische Art ...	13
Er mordung Deutscher gesetzlich freigegeben	13
Die Lebenslüge um Deutschland	18
<i>"Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis"</i>	20
Denkmalbau für Sinti und Roma	22
Verfassungswidrig Regierende bescheinigen	23
<i>"Widerlicher Verein"</i> verboten	23
Sachverständiger Pathologe angefordert	24
BRD fördert anti-deutschen Greuelfilm	25
Neue "Wiedergutmachungsrunde"	26
"Bundesstiftung" ein neuer Anfang	26
Bildfälschung Guido Knopp "Die SS"	27
Bundesverdienstkreuz zurückgegeben	28
BRD-Justiz zur Holocaustforschung	29
Der Vorsitzende des Auschwitz-Prozesses	31
Auschwitz-Prozeß: Behauptungen ohne Beweise.	31
Absurdes im Auschwitz-Urteil	32
Dr. Wilhelm Stäglich zum Auschwitz-Prozeß	32
Beachtliches im Auschwitz-Urteil	33
Auschwitz-Zeuge	34
Als nationaler Bundespräsident-Kandidat	34

Copyright by **THE BARNES REVIEW (TBR Co)**

645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA
2010

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW Britain

Deutschland: Verlag für Volkstum + Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643, D 32590 Vlotho/Weser

ISSN 0176 - 4144

Zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs, 1. September 2009 Interview der *Deutschen Stimme* mit Dipl.-Pol. Udo Walendy

Frage:

Herr Walendy, Sie haben sich in den zurückliegenden Jahrzehnten wie kaum ein anderer mit der Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges und insbesondere der Kriegsursachen auseinandergesetzt. Was ist heute, 70 Jahre nach Kriegsausbruch Ihr Fazit? War der Zweite Weltkrieg vermeidbar?

Walendy:

Für Deutschland war der Zweite Weltkrieg weder hinsichtlich seines Ausbruchs noch seiner Ausweitung und Brutalisierung vermeidbar. Seit Ende des Ersten Weltkrieges gab es maßgebende, international verbundene und auf die Imperialmächte USA und Großbritannien gestützte Kräfte, die den "Frieden von Versailles" lediglich als Waffenstillstand betrachteten, um mit Hilfe seiner Bedingungen nach und nach in Deutschland die Macht zu ergreifen und damit Deutschland als eigenständige politische Nation dauerhaft auszuschalten.

Nicht nur der britische Kriegspremier Winston Churchill sprach "vom 30-jährigen Krieg gegen Deutschland, beginnend 1914", sondern Jahrzehnte später auch der britische Premier John Major.

Darüber hinaus gibt es eine solche Fülle historischer Belege dafür, daß

"man Hitler zum Kriege zwingen werde, ob er es wolle oder nicht", daß

"die am 31. März 1939 an Polen gegebene Garantie so, wie sie unter Ausklammerung der Frage des Aggressors gegeben worden war, zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte", daß -- so wiederum Winston Churchill --

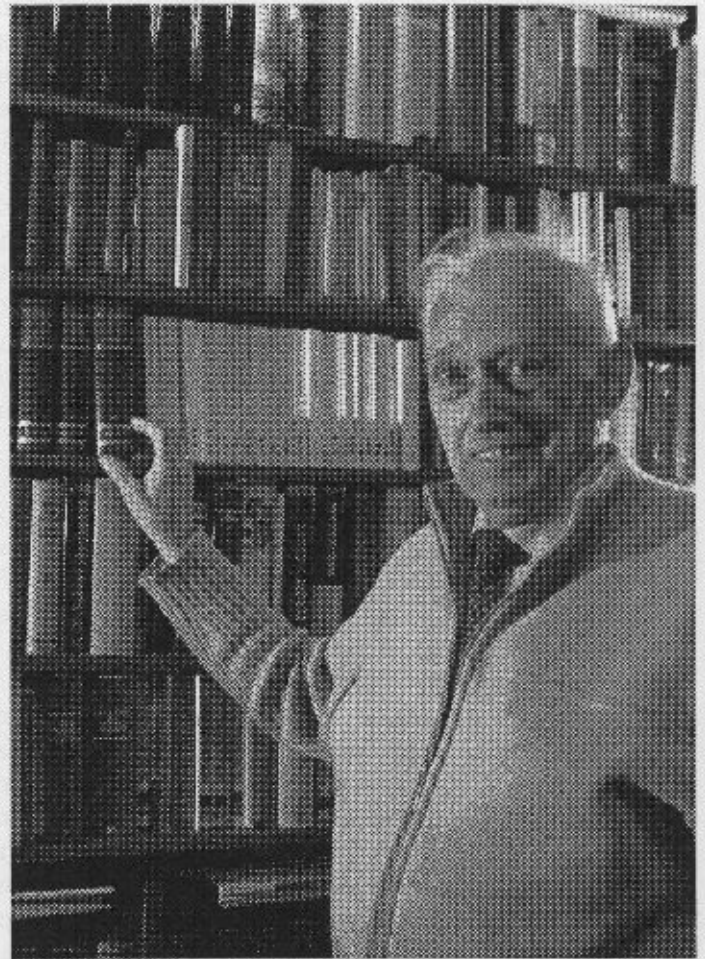
"der Krieg ein englischer Krieg und sein Ziel die Vernichtung Deutschlands sei", daß

"wir" -- so Premier Neville Chamberlain -- "bemüht waren, die Dinge voranzutreiben", daß

"wir 1940 ohne Einbuße für das Britische Empire mit Hitler hätten Frieden schließen können, aber wir wollten nicht".

Erst Jahrzehnte nach Kriegsende informierte der britische Geheimdienstchef William Stephenson die Öffentlichkeit darüber, daß im Frühjahr 1939 führende Männer in London hinter dem Rücken des Premiers Chamberlain *"in schmutzigen Tricks ausgebildete Missionen"* getarnt nach Polen geschickt haben, um Polen anzuleiten und zu unterstützen, mit Hilfe eines verschärften Volkstumskampfes gegen die deutsche Minderheit den Kriegsausbruch Polens mit Deutschland zu schüren.

Alle diese Sachverhalte habe ich konkret in meinem Buch *"Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges"* sowie in den entsprechenden Aus-



Dipl.-Pol. Udo Walendy mit 82 Jahren

gaben des Sammelwerkes *"Historische Tatsachen"* einwandfrei quellenbelegt nachgewiesen. Sie sind dort mit Hilfe der Registerhefte sofort aufzufinden.

Zur Kriegsschuldfrage gehören indessen noch zwei weitere wesentliche Faktoren hinzu:

1.) Die Kriegserklärung von "Judea against Germany" am 24. März 1933, für die Adolf Hitler nicht den geringsten Anlaß geliefert hatte, und

2.) die Langzeitstrategie des Sowjetimperators Josef Stalin, die seit 1917 als Weltrevolution konzipiert worden war. Weder die kommunistische Ideologie noch Zielsetzung hatten etwas mit Adolf Hitler zu tun, denn diese waren geschaffen worden zu einer Zeit, als Adolf Hitler noch politisch völlig unbekannt war.

Vielfältige Einzelheiten hierzu sind in meinen Publikationen nachzuprüfen.

Frage:

Bei allem, was Sie in den letzten Jahrzehnten publiziert haben, haben Sie sich eigentlich auch manchmal gefragt, ob Sie sich nicht getäuscht haben können?

Walendy:

Zu keinem Zeitpunkt habe ich Zweifel an irgendwelchen meiner Forschungsergebnisse gehabt oder mich hinterher revidieren müssen. Denn ich hatte diese vor Veröffentlichung gründlich überprüft. Und -- wie Sie vielleicht wissen -- es ist bisher niemandem gelungen, mir irgendeinen falschen Satz nachzuweisen, der von mir veröffentlicht worden ist. Selbst Prof. Wolfgang Benz mußte sich im Internet mit einer Druckfehlerberichtigung statt "1934" = "1933" begnügen. Selbst die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften mußte nach 21 Jahren Prozeßführung zu meinem Buch "Wahrheit für Deutschland" zugeben, daß meine Details "weitgehend richtig sind". Ein falsches Detail haben die Indizierer nicht vorgetragen, das Werk aber dennoch 21 Jahre auf dem Index gehalten. Seit 1995 ist es wieder frei und hat Deutschland von der Schuld am Ausbruch des Krieges freigekämpft bzw. hierfür die Beweise auf den Tisch der Öffentlichkeit gelegt.

Frage:

Sie haben sich parallel zu ihrer Arbeit als Historiker immer wieder auch parteipolitisch betätigt. Warum? Wo berühren sich in Deutschland Politik und Geschichtsschreibung?

Walendy:

Beruflich war ich auch nach Veröffentlichung meines ersten Buches nebenbei noch als Dozent für Staatsrecht tätig. In Diskussionen mit den damaligen Studenten meinten deren Wortführer mich meiner unopportünen Darlegungen wegen in bezug auf die deutsche Schulldogmatik attackieren zu sollen. Sie "wußten alles viel besser", hatten allerdings nicht einmal ein Buch zum Thema zu nennen gewußt, geschweige denn, daß sie eines gelesen hätten. Statt sich belehren zu lassen, reichten sie beim Direktor jener Höheren Wirtschaftsfachschule in Bielefeld eine "Resolution" ein, deren Inhalt mir nie bekannt wurde, die aber meine fristlose Entlassung zur Folge hatte. Auch hier hat man mir keinen falschen Satz vorgehalten oder gar nachgewiesen.

Auf meine Beschwerde bei der Schulbehörde, weshalb ich ohne Begründung fristlos entlassen sei, erhielt ich schriftlich zur Antwort, daß "die Lehrer aller Schulen keine Lehr- und Meinungsfreiheit haben, sondern an die Schulrichtlinien gebunden sind". So mußte ich mich mit den Schulrichtlinien der Kultusministerien befassen, die vorschrieben (in den einzelnen Ländern ist das unterschiedlich formuliert), daß "der Geschichtsunterricht im Sinne der antifaschistisch-demokratischen Grundauffassung zu gestalten sei". Das heißt, es zählen keine klaren Dokumente und historische Wahrheiten, sondern vorgegebene opportüne Parolen im Sinne der Sieger-Geschichtsschreibung.

Dieses Erlebnis war für mich der Anlaß, mich parteipolitisch zu engagieren, um mit demokratischem Mehrheitswillen jene Kultusminister mit ihrer Richtlinienkompetenz für ihr gefälschtes Geschichtsbild ablösen

zu können und den Lehrern die Freiheit wieder zu verschaffen, ihre Schüler ehrlich unterrichten zu dürfen. Mit Bücherschreiben alleine sei dieses Ziel selbst bei "Bestseller"-Auflagen nicht zu erreichen. Geschichtsschreibung muß politisch umgesetzt werden, andernfalls bliebe sie wirkungslos. Und sachgerechte Politik muß aufbauen auf sachgerechter Geschichtserkenntnis und -darstellung. Wer die Geschichte verfälscht -- gar, wie es der britische Informationsminister Brendan Bracken im Februar 1944 verfügte, "die Greuelpropaganda gegen die Feinde zu verstärken" -- belügt nicht nur die Menschen und Völker, sondern verhindert Aussöhnung und Friedenspolitik zwischen den Völkern.

Frage:

Das Dritte Reich und seine zahlreichen Facetten beschäftigt Sie bis heute. Können Sie kurz umreißen, wo Sie heute im Rückblick auf Ihr bisheriges Schaffen ihre ureigensten, wissenschaftlichen Leistungen sehen?

Walendy:

In meiner Jugend bin ich katholisch erzogen worden, nicht nur zur Wahrheitsliebe, sondern auch zum persönlichen Schuldbekenntnis, daß ich die Schuld, ja die meiste Schuld hätte ("mea culpa, mea maxima culpa"). Letztere Dogmatik hat mich bereits mit 10 Jahren so nachhaltig empört, daß sie mich angeregt hat, mich zum "Schuld-Experten" zu entwickeln. Dies wiederum setzt voraus, daß man sich mit allen nur möglichen Themen, die in diese philosophische Fragestellung hineinreichen, sachkundig machen muß.

Was das Dritte Reich betrifft, so hatte ich in meiner Jugend "hingeschaut" und nach Kriegsende festgestellt, daß man hierüber allorts belogen wurde und nach wie vor belogen wird. Das war als wahrheitsliebender Mensch nicht hinnehmbar. Also mußte man sich auch damit wissenschaftlich auseinandersetzen.

Doch Sie fragen nach meinen ureigenen, wissenschaftlichen Leistungen. Diese liegen im Bereich der Naturwissenschaften. Ich habe seit früher Jugend -- angeregt von meiner Mutter -- versucht, der Urfrage des Philosophen "Was ist der Mensch?" an Hand der modernen, naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zu beantworten. So habe ich Zusammenhänge untersucht und aufgeschlüsselt -- und zwar mittels einer langen, intensiven Forschungsarbeit --, die den Menschen im Universum als von der Natur geschaffenen Energieträger erkennen lassen. Der Mensch ist in heute noch unbekannte Naturgesetze eingebunden, die auf seinen Willen, seine Veranlagung, seine Gesundheit, sein Erbgut, seine Emotionen, sein Schicksal einwirken.

Es gibt noch Strahlen in Feinstruktur, die wir heute noch nicht kennen, die sich nur in lebenden Organismen manifestieren. So habe ich z.B. nachge-

wiesen, daß das Erbgut nicht allein an materiell erkennbare Chromosome und Gene gebunden ist, sondern auch kosmische Planetenkonstellationen vererbt werden. Ich meine, an Hand meiner Forschungen nachgewiesen zu haben, daß es mindestens noch 6 unbekannte Planeten gibt, die auf das Schicksal des Menschen, der Menschheit einwirken. Die Schwierigkeit, sie am Firmament aufzufinden, besteht einerseits in deren Langsamkeit und andererseits darin, daß mit meiner Forschungsmethode lediglich Längen-, nicht aber Breitenpositionen zu ermitteln sind. Über dieses sehr umfangreiche Thema habe ich 5 Bände "Die Weltanschauung des Wissens" geschrieben. Die Bedeutung dieser Arbeit ist bis heute nicht erkannt worden, offenbar deshalb nicht, weil eine Einarbeitung in diesen Wissensbereich sehr zeitaufwendig ist. Das wird man wohl erst später erfassen; daran vorbeikommen wird man nicht.

Frage:

Sie waren für ihre kontroverse Sicht der Dinge immer wieder harschen Repressionen bis hin zu Haftstrafen ausgesetzt. Was sagen Sie als Wissenschaftler zu solchen Auseinandersetzungen mit mißliebigen Meinungen? Kann Gesinnungsjustiz auf Dauer Bestand haben?

Walendy:

Ich bin wegen Veröffentlichung einiger Ausgaben der wissenschaftlichen Schriftenreihe "Historische Tatsachen" zu mehr als 2½ Jahren Gefängnis verurteilt worden: Meine "bösen Taten" wurden als "Verbrechen" eingestuft. Lebenslänglich wurde mir das Recht entzogen, ein eigenes Gewerbe -- also auch einen Verlag -- betreiben zu dürfen. Hierfür wurden Richtersprüche verwendet, die eindeutig die Rechte auf freie Wissenschaft und freie Meinung mißachteten und die mir auch keinen einzigen falschen Satz nachgewiesen haben. Es handelte sich um politische Meinungs-"Delikte". Dies ging sogar so weit, dass man mich für etwas bestrafen wollte, was ich gar nicht geschrieben bzw. weil ich Gewünschtes nicht geschrieben habe, oder mich dafür zu bestrafen, weil ich versucht habe, "das deutsche Volk von seiner ihm auferlegten Erbsünde zu befreien". Solch "böses Tun" steht zwar nicht im Strafgesetzbuch, aber in einer Behördenverfügung. Oder auch den Vorwurf, "ich gehöre der Generation an, die alles verschuldet hat" (ich war 1933 6 Jahre alt), mußte ich mir von einem LG-Richter anhören, der mich ins Gefängnis verwies.

Mit ähnlichen Sprüchen wurden vorher schon 6 Ausgaben "Historische Tatsachen" unter Verweigerung von Beweisprüfungen vernichtet. Die vom Staatsanwalt verpaßte Presseverjährungsfrist hatte mich damals noch vor persönlicher Strafverfolgung geschützt. Mit Schutz der Wissenschaft oder der freien Meinung hatten auch

jene Beschlagnahmen nichts zu tun.

Eines Tages wird es hierzu heißen: "Wer Bücher verbrennt, verbrennt anschließend auch Menschen."

Diese Art der "geistigen Auseinandersetzung" kann keinen Bestand haben. Was einmal gedruckt worden ist, kann nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Wahrheit wird sich in jedem Fall durchsetzen, und die Unterdrückungsmethoden -- ebenso ihre Mitwirker -- bleiben für alle Zukunft nachweisbare Kennzeichen der heutigen Zeit.

Frage:

Die Geschichte schreibt bekanntlich der Sieger. Wollen Sie eine Prognose wagen, wie lange noch?

Walendy:

Die Sieger haben ihre "Umerziehungs"-Geschichtsschreibung mit militärischem Personal produziert, das jedoch nicht qualifiziert genug war, um die vielfältigen Fälschungen nicht doch eines Tages offenkundig werden zu lassen. Weltweit unabhängige Forscher haben sie längst überwunden. Das Dilemma der Fälscher ist, daß sie nachträglich ihre Fälschungen nicht mehr verändern, z.B. mit naturgesetzlichen Erkenntnissen in Einklang bringen können, während die Forschung international zu neuen Erkenntnissen vordringen kann. Dieser Kontrast hatte bekanntlich zur Verschärfung der Repressionsmaßnahmen -- hier bei uns mit Hilfe des § 130 StGB und entsprechenden Richtersprüchen -- geführt. Die Siegerdogmen von der deutschen "Erbsündenschuld" sind vom Inhalt her längst überwunden. Kein Deutscher braucht sich solche Sprüche mehr aufschwätzen zu lassen. Er sollte sich allerdings die hierfür notwendigen Kenntnisse aneignen. Eine Prognose? Unehrlich fundierte politische Systeme sind stets zusammengebrochen. Wann und wie dies im einzelnen konkret geschieht, ist mir jedoch nicht möglich vorherzusagen.

Frage:

Haben Sie noch Hoffnung für Deutschland?

Walendy:

Eine notwendig werdende Neuordnung in Deutschland wird unser Volk wieder in eine geachtete Stellung zurückführen. Michail Gorbatschow hat bekanntlich unter Bezugnahme auf eine Volksumfrage in Rußland am 28. Juni 2007 das deutsche Volk als das in Rußland beliebteste Volk bezeichnet. Diese historische Aussage des letzten Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der UdSSR erweist, daß unser Ansehen in der Welt trotz noch anhaltender, weltweiter Diffamierungsbemühungen mit allen Mitteln der modernen Publizistik nicht zerstört werden konnte. Viele Lügen über Deutschland sind allein mit dieser Aussage zusammengebrochen! Geistige Leistungen und Charakterstärke deutscher Menschen geben unserem Volk die Hoffnung, wieder frei, geeint und geachtet zu werden.

1) Diese eingekreiste Passage war entgegen dem ausdrücklichen Wunsch des Verfassers auf Berücksichtigung der Zensur durch die DS-Redaktion zum Opfer gefallen.

Die *Spiegel*-Redaktion bewältigte ihren Lizenzauftrag zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 1939

70 Jahre hatten die *Spiegel*-Redakteure Zeit, die in- und ausländischen historischen Forscher zur Kriegsschuldfrage zu studieren. Doch ihnen fehlte hierfür, mißt man ihren Eifer an ihren Publikationen, ein ernster Wille und die Selbstverpflichtung zur Wahrheit! Als Nachgeborene gehören sie offensichtlich zu denen, die grundsätzlich "schon alles besser wußten". Ihr "Umerziehungswissen" qualifizierte sie schließlich für ihren Beruf als Journalist im *Spiegel*-Verlag. Neutrale und objektive, historische Forschungsergebnisse zur deutschen Geschichte sind seit **Rudolf Augsteins** Zeiten 1948 nicht das Markenzeichen dieses Lizenzunternehmens.

So wundert auch diesmal nicht, daß der vorliegende "historische Bericht" des *Spiegel* ²⁾ historische Vorgänge nicht wahrheitsgemäß wiedergab, sondern durchgängig unbewiesene Tendenz.

Auftrags-Umerziehungsschreiber **Klaus Wiegrefe** hat zwar viel zu seinem Thema Kriegsschuld und zum Dritten Reich gelesen, doch was er von sich gibt, ist eine Entstellung der Zusammenhänge mittels Selektion, willkürlicher "Interpretation", Verwendung von gefälschten Papieren ("Dokumenten"), fragwürdigem "Hörensagen", unwissenschaftlichen Folgerungen und verweigerter Beweisführung für seine Sprüche.

So konzentrierte er den Geschichtsablauf auf einen einzigen "Täter" -- **Adolf Hitler** ---, zuweilen auch auf "die konservativen Eliten in Deutschland", von denen er sogar "wußte", was sie einst "geträumt haben: von der Weltmacht". ^{2) S. 61} Dieser Traumtänzer vergaß als "Täter" auch das deutsche Volk nicht. Andere "Tätervölker" kennt er nicht.

Ihm zufolge gab **Hitler**, der 1938 schon "infolge der auf Hochtouren laufenden Rüstung am Rande des Bankrotts war", ^{2) S. 63}

wenige Monate später den Befehl zum militärischen Vorgehen in Polen, ohne daß polnische Politiker bis zum 1. September 1939 überhaupt mit einem einzigen Wort erwähnt worden waren. Und wer "nicht vorhanden" war, konnte ja auch nichts getan haben. Die wenigen nachgeschalteten Floskeln über den polnischen Außenminister **Josef Beck** begnügten sich mit dessen "Selbstüberschätzung", was ja schließlich keine "Tat" im Sinne einer "Täterschaft" ist.

Inzwischen hatte

"die Dynamik der Aufrüstung das Tempo der Aggression beschleunigt". ^{2) S. 63}

Dies freilich nur in Deutschland eigenartigerweise.

"Es fehlte nämlich zunehmend an Rohstoffen und Devisen, und damit wuchs die Zahl derjenigen in Berlin, die

begehrliche Blicke auf Österreich und die Tschechoslowakei warfen, auf deren Gold- und Devisenvorräte, auf die Rohstoffvorkommen und die tschechischslowakischen Rüstungsschmieden." ^{2) S. 63}

Wie dieser Nachgeborene etwas von "begehrlichen Blicken einer wachsenden Zahl derjenigen in Berlin" wissen konnte, war freilich der Fantasie seiner Leser überlassen. Er strapazierte diese Fantasie weiter:

"Wohlgemerkt: **Hitler** hatte die Unterwerfung der beiden Nachbarn ohnehin vorgesehen, aber erst in den vierziger Jahren. Nun ließ er schon vorher die Maske fallen." ^{2) S. 63}

Ein Gangsterstück. Doch das Volk applaudierte. ...

Wenige Tage nach der Rückkehr aus Wien verkündete **Hitler** freudestrahlend **Goebbels**,

»als nächstes komme die Tschechei dran.« ^{2) S. 64}

Woher der Nachgeborene das nun wieder weiß?

"**Goebbels** hat das in seinem Tagebuch notiert."

Hat er das wirklich oder etwa ein Nachkriegsfälscher? Danach fragt ein Gentleman nicht. So einfach ist das. ^{2) S. 64} In diesem Stil geht es weiter.

"18 Monate hatten sie (**Goebbels** und sein Chef) noch, bevor sie den Zweiten Weltkrieg lostraten." ^{2) S. 64}

Vor diesem Zeitpunkt, "so notierte **Goebbels**" in ungewohntem, ja unmöglichem Deutsch:

"hatten wir noch keinen Absprung zum Krieg." ^{2) S. 66}

Hitler hatte also "beim Lostreten des Zweiten Weltkrieges" einen "Komplizen". Doch seltsam: Ausgerechnet dieser hatte an keiner einzigen militärischen Lagebesprechung und an keinem einzigen diplomatischen Gespräch teilgenommen. Weder hier noch dort konnte er seine "begehrlichen Blicke" oder sonst etwas geltend machen!

Typisch auch hier: Irgendwelche anderen Zusammenhänge, Taten oder Täter, "begehrliche Blicke" Anderer gab es nicht.

Der britische Premier **Neville Chamberlain** sei im September 1938 nach Deutschland gekommen, "weil sich die Anzeichen für einen deutschen Angriff auf die Tschechoslowakei mehrten"? ^{2) S. 66} Der zu spät geborene *Spiegel*-Autor hat es gewiß besser gewußt: Weil **Chamberlain** sich 1938 nicht vom tschechischen Staatspräsidenten **Eduard Benesch** wegen dessen Volkstumskampfes gegen die Sudetendeutschen in einen europäischen Krieg treiben lassen wollte! Dieser Sachverhalt ist sämtlichen diplomatischen Akten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens zu entnehmen! Die Eskalation der Sudetenkrise hat sich ohne das geringste Zutun **Hitlers** innerhalb der Tschechoslowakei entwickelt!

Vom 15. März 1939 weiß der *Spiegel*-Autor auch nur von "deutschen Panzern, die durch Prag rollten", zu be-

2) Der *Spiegel*, Nr. 35 vom 24. August 2009, S. 58 - 69

richten, nichts von Vorgesichte und Zusammenhängen. Der tschechische Staatspräsident Dr. Emil Hacha, der im Auftrag seiner Regierung am 14. März freiwillig nach Berlin gereist war, um dem Reichskanzler das Schicksal seines Volkes anzuvertrauen, existierte für ihn nicht. Dafür "wußte" er, daß die Goldene Stadt an der Moldau "von Landsern geschändet wurde". ^{2) S. 67} Einzelheiten über dieses schändliche Tun "wußte" er allerdings nicht.

Dann kolportiert der ZuSpät-Geborene eine weitere Unwahrheit: Hitler habe den Polen anlässlich seines Vorschlages auf Verlängerung des Nichtangriffspaktes eine "gemeinsame Sache gegen die Sowjets" angeboten. ^{2) S. 68} Seine Formulierung soll zweifellos als "gemeinsamer Militärschlag gegen die Sowjets" verstanden werden. **Einen solchen Vorschlag hat es nie gegeben!**

Dagegen dürfte zweifellos erwähnt worden sein, daß sich Polen der Gefahr durch den Bolschewismus bewußt sein sollte und sich in dieser Hinsicht mit Deutschland im selben Boot befinde. Das aber ist etwas ganz anderes, was dem *Spiegel*-Autoren unterscheiden zu können, zuzumuten war.

Zur Garantie an Polen sah sich -- dem zu spät geborenen *Spiegel*-Schreiber zufolge -- die britische Regierung veranlaßt, "weil Geheimdienstler von deutschen Vorbereitungen für einen Angriff auf Warschau berichtet" hätten. Das hätte dieser Schlaumeier ebenfalls besser wissen müssen: Ausgerechnet bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die deutsch-polnischen Beziehungen so gut entwickelt, daß die britische Regierung "befürchtete" -- wie es in den Foreign Policy Documents heißt --, "Polen könnte die deutsche Seite wählen". Und gerade dieses sollte verhindert werden. Die Briten haben es mit Hilfsversprechen, einer vorbehaltlosen Garantie, Entsendung von "in schmutzigen Tricks ausgebildeten Missionen" zur Schürung des Volkstumskampfes gegen die in Polen lebende deutsche Volksgruppe und einer verstärkten gegen Deutschland gerichteten Pressepropaganda zu verhindern verstanden. **Deutsche militärische Vorbereitungen gegenüber Polen gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht, wurde auch seitens der Briten oder Polen nie behauptet!**

"Hitler tobte, als ihn die Neuigkeit (von der britischen Garantie an Polen, -- d. Verf.) erreichte. Wutentbrannt trommelte er mit den Fäusten auf die Marmorplatte seines Schreibtisches in der Reichskanzlei und stieß in einer Weise Verwünschungen gegen



Man achte auch auf den *Spiegel*-Text:
"1939: Als ein Volk die Welt überfiel"

Großbritannien aus, daß ein Zeuge entgeistert einem Vertrauten berichtete: »Ich habe gerade einen Verrückten gesehen, ich kann's noch gar nicht fassen!«

Die Suada endete mit der Drohung »Denen werde ich einen Teufelstrank brauen!«
^{2) S. 68}

Schade eigentlich, daß man von diesem "Zeugen" und seinem "Vertrauten" so gar nichts erfährt und daß das, was er "gehört hat", niemand bestätigt hat! So bleibt dies eine *Spiegel*-Geschichte aus dem Tollhaus.

Schon anlässlich der Vorgespräche um die britische Garantie vom 31. März 1939 bei Ausklammerung der Frage des Aggressors ordnete die polnische Regierung die Teilmobilisierung ihrer

Truppen mit deren Aufstellung nahe der deutschen Grenzen an und drohte der Reichsregierung mit Krieg, falls sie ihre Verhandlungsbemühungen fortsetzen sollte. Dies alles verschwieg der *Spiegel*-Meinungsmacher.

Dafür "wußte" er vom "Täter" Adolf Hitler unmittelbar nach der Nachricht von der britischen Garantie an Polen weiteres:

"Wenige Tage später unterzeichnete er die Befehle zum »Fall Weiß«, dem Angriff auf Polen. Spätestens ab dem 1. September 1939 sollte die Wehrmacht bereit sein zum Sturm aufs Nachbarland." ^{2) S. 68}

Der "Kluge" vom *Spiegel* definierte den »Fall Weiß« als "Angriffsplan", wohl wissend, daß dieser die Wehrmacht für den Eventualfall vorbereiten sollte, falls Polen militärisch gegen Deutschland vorgehen sollte!

Weitere Lügen wurden dem Leser präsentiert: "Seinen Generälen verkündete er (**Hitler**) bald den unabänderlichen Entschluß, spätestens 1943/1945 die deutsche Raumfrage zu lösen.

Die Aufrüstung lief längst auf Hochtouren." ^{2) S. 63}

Allerdings: 1938 reichte Benzin allenfalls für einen 4-Monate-Feldzug bei entblößter Westfront. ^{S. 65}

Hitler habe vor Kriegsbeginn, sogar vor den Verhandlungen des deutschen Außenministers v. Ribbentrop in Moskau, Stalin -- abgesehen vom "westlichen Polen" -- ganz Osteuropa angeboten.



Spiegel-Text:

"Kriegsopfer auf der Krim 1942:

«Natürlich ist der Krieg grausam geführt worden.»

Dieses Bild ist ein Gemälde. In den *Historischen Tatsachen* Nr. 48 S. 32 ist der Nachweis dafür geführt worden, auch darüber, daß dieses Bild bereits zur Kennzeichnung von Verbrechen der Weißgardisten im kommunistischen Bürgerkrieg von 1917 sowie 1920 verwendet worden ist. Gleichmaßen wurden die Jahreszahlen von 1942 und 1944 variiert. Eine konkrete Angabe, um welches Kriegsereignis es sich handeln soll, war nirgends zu finden.

Dies wurde in der Formulierung dargereicht:

"Zwei Wochen später (Mitte August 1939) vermeldete Georgij Astachow (sowjetischer Geschäftsträger in Berlin) detaillierter nach Moskau, wie sich die Deutschen die künftige Ordnung Osteuropas vorstellten: der westliche Teil Polens zum Reich, alles andere bis auf Litauen in Stalins Hand.

Gierig schnappte Stalin nach den Landmassen, die ihm Hitler darbot." 2) S. 69

Eine solche *"Vermeldung"* Astachows ist total unbekannt!

Doch selbst wenn er dies als *"Meinung der Deutschen vermeldet"* haben sollte, hat das noch lange nichts mit der Reichsregierung zu tun, ist jedenfalls kein Beweis ihrer Willensbekundung. Denn Hitler hat sich niemals so geäußert!

Als Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 23. August über den Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR verhandelte, war die plötzliche Forderung Stalins für ihn völlig überraschend, die Interessensphären der UdSSR in Osteuropa mit Deutschland festzulegen. Ribbentrop hatte dafür keine Vollmachten und mußte in Berlin rückfragen. Angesichts der kurz vorher von England und Frankreich erteilten Zusage an den Sowjetdiktator,

*"daß es ihnen recht wäre, wenn die Rote Armee auch gegen den Willen der Esten, Letten, Litauer, Polen und Rumänien in deren Länder einmarschiere, um eine gemeinsame Grenze mit Deutschland zu schaffen",*³⁾

war Hitler gezwungen, um dieser Umklammerung zu entgehen, wenigstens einer von Stalin ultimativ geforderten Ab-

grenzung von Interessensphären mit der SU zuzustimmen. Der Verrat an Osteuropa zugunsten des Bolschewismus geht ausschließlich zu Lasten Großbritanniens und Frankreichs!

Doch dies mußte der *Spiegel*-Schreiber ebenfalls gewußt haben!

Er schwindelte weiter, indem er einen *"jubelnden"* Hitler mit den Worten zitierte:

"Nun ist Polen in der Lage, in der ich es haben wollte."

Warum der Reichskanzler danach dem östlichen Nachbarn selbst vom *Spiegel*-Autoren anerkannt *"geradezu maßvolle Vorschläge"* unterbreitet hat,^{2) S. 68} die die Warschauer Führung -- was der *Spiegel*-Schreiber wiederum verschwiegen -- mit Generalmobilmachung beantwortete, blieb unerörtert.

Die *"maßvollen Vorschläge Hitlers"* ließ der *Spiegel*-Autor freilich nur unter der Einschränkung gelten:

"gemessen an Hitlers sonstigen Forderungen".

Was das für *"sonstige Forderungen"* sind oder sein sollen, darüber schweigt er ebenfalls.

Es ist schon ein sonderlicher Geschichtsschreiber.

Immerhin stellt er auch fest, daß der Reichskanzler im August 1939

"nicht einmal Pläne für einen Feldzug gegen Frankreich hatte ausarbeiten lassen. Dafür mangelte es an Munition, Panzern, Bomben, Schiffen, ausgebildeten Soldaten." S. 65

Dabei habe er -- wie im Text zum Titelbild dieser *Spiegel*-Ausgabe vermerkt --

"1939 mit seinem Volk die Welt überfallen" gemäß *"seinem O-Ton"* (soll *"Originalton"* heißen -- Beweise fehlen --):

"Es lebe der Krieg -- selbst wenn er 2 - 8 Jahre dauert." 2) S. 60

und gemäß dem Schlußakkord dieser Geschichtsschreibung

"er sich das jahrelange Sterben in Europa so sehr gewünscht hatte." 2) S. 69

Wie gesagt, bewiesen hat der *Spiegel*-Geschichtenerzähler nichts! Er samt seiner *Spiegel*-Redaktion können die Reichsregierung und das für diese verantwortlich gemachte deutsche Volk verleumden, verunglimpfen, ihnen alles unterstellen, wozu sie Lust haben -- für die BRD-Staatsanwälte ist das alles keine Volksverhetzung.

"Zum Weltkrieg kam es", weil Großbritannien, Frankreich und die Dominien, schließlich 54 Staaten Deutschland den Krieg erklärten und die USA, ohne ihn zu erklären, von Anfang an geführt haben.^{2) S. 60}

3) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 39, S. 18 ff.

Richard von Weizsäcker zum Spiegel

Richard v. Weizsäcker, Sohn des früheren Staatssekretärs im Auswärtigen Amt und "Widerstandskämpfers" **Ernst v. Weizsäcker**, war Wehrmachtsoffizier und von 1984 - 1994 Bundespräsident. Er hatte sich in einer berühmten Rede vor dem Bundestag am 8. Mai 1985 zur alleinigen deutschen Kriegsschuld, zum "Völkermord an den Juden" bekannt und den Alliierten für die "Befreiung von der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus" gedankt -- "im Namen des deutschen Volkes". Sachliche Zusammenhänge brauchte er für seine selektierten Schlagworte nicht. Alles war auf das Wohlwollen der neuen Herren im Lande abgestellt, auch § 4 der Besatzungsdirektive 1067 vergessen:

"Hauptziele der Militärregierung in Deutschland: Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte feindliche Nation. Ihr Ziel ist die Besetzung Deutschlands zur Erreichung wichtiger alliierter Interessen."

Nun interviewte ihn der *Spiegel*.⁴⁾

Kenntnisniveau und Grundhaltung des Interviewten im Jahre 2009 werden besonders in einer Aussage gekennzeichnet:

"Hitler selbst hat bis zum Ende seines Lebens seine Münchener Unterzeichnung als seinen größten außenpolitischen Fehler bezeichnet." ^{4) S. 71 rechts}

Seinen neben dem Anschluß Österreichs an das Reich größten außenpolitischen Erfolg -- friedliche Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes für die Sudeten-deutschen -- hat der Reichskanzler nie und nimmer, geschweige denn "bis zum Ende seines Lebens", so schwachsinnig kommentiert. Einen solchen widersinnigen Unfug -- natürlich ohne jeglichen Beweis -- sah sich **v. Weizsäcker** genötigt aufzutischen, um seinen nachfolgenden Aussagen "die deutsche Schuld" voranzustellen. Schauerlich!

Österreichs eh. Bundeskanzler **Kurt Schuschnigg** urteilte über "Hitlers Unterschrift" unter das Münchener Abkommen vom 29. September 1938:

*"Während ich diese Zeilen niederschreibe, jubeln die Freiheitsglocken über das deutsche Sudetenland. Eine geschichtliche Leistung allerersten Ranges, die überhaupt kaum ihresgleichen in der Vergangenheit aufzuweisen hat. Man möchte sich zum Nationalsozialismus stellen wie immer, die Erfolge sind seine lautesten Künder; sie wurden zu unleugbaren Apologeten für ihn und seinen Begründer. Der Führer hat Anrecht auf den historischen Ehrentitel vieler deutscher Kaiser, die sich Mehrer des Reiches nannten."*⁵⁾

Im *Spiegel*-Interview begründete der 1941 21-jährige **Richard v. Weizsäcker** seinen damaligen Widerstand gegen das Dritte Reich mit den Worten:

4) *Der Spiegel*, Nr. 5, 24. August 2009, S. 70 - 73.

5) Helmut Sündermann, "Wie deutsch bleibt Österreich -- Antwort an Schuschnigg", Preising 1970, S. 11. -- Vgl. *HT* Nr. 97, S. 40.

"Diese Führung hat das ganze Land in diese grauenhafte Lage gebracht." ^{4) S. 72}

Er brauchte für dieses Urteil keinerlei Zusammenhänge und Einzelheiten. Eingestandenermaßen hatte er damals keine Kenntnis von solchen. Dennoch bekannte er:

"Spiegel: Sie sind in der Sowjetunion nie Zeuge von Kriegsverbrechen geworden?"

Weizsäcker: *Nie als eigener Zeuge.*

Spiegel: In den Akten Ihrer Division ist Ende Juni 1941 davon die Rede, daß man auf Leichen deutscher Soldaten gestoßen sei, die »bestialische Verstümmelungen« aufwiesen.

...

Weizsäcker: *Nicht solche Akten habe ich damals je gesehen, wohl aber verstümmelte deutsche Soldaten. Die Angst davor, in sowjetische Gefangenschaft zu geraten, war riesengroß.*

Spiegel: In den Papieren findet sich auch die Abendmeldung des Infanterieregiments 9 vom 28. Juni mit dem Satz:

»Gefangene wurden nicht gemacht, da die Soldaten des Regiments, nachdem sie die bestialischen Verstümmelungen an ihren Kameraden gesehen hatten, sich hierzu nicht in der Lage sahen.«

Weizsäcker: *Was Sie hier vorbringen, ist so oder so eine Ungeheuerlichkeit. Niemals, auch nicht im Entferntesten, habe ich jemals von einer solchen Meldung gehört, ebensowenig, daß innerhalb unseres Regiments je so gehandelt wurde, wie es hier angedeutet werden soll. Ich weise das für unseren Bereich zurück. ...*

Natürlich ist der Krieg grausam geführt worden, menschlich grauenhaft gewesen. Die Wehrmacht hat aber millionenfach Gefangene gemacht, und natürlich haben die nicht alle Gefangenen mißhandelt oder massakriert. ...

Das Wort und Grauen vom Holocaust habe ich erst nach Kriegsende gehört und zu begreifen versucht." ^{4) S. 72}

Indessen habe ihm ein hochdekorierte Regimentsfreund -- Major **Axel von dem Bussche** -- von einer Erschießung etlicher Zivilisten im rückwärtigen Heeresgebiet erzählt. was ihm zwar "unvergeßlich" blieb, doch er, mit keinerlei Einzelheiten über Ort, Zeitpunkt, Einheit der "Täter", Hintergründen schildern konnte. Das paßt nicht zusammen mit seinem nachfolgenden Satz:

"Und wenn man das von ihm gehört hatte, konnte man sich nur noch, soweit möglich, an Widerstandsplänen beteiligen."

Diese Aussage v. **Weizsäckers** im Interview ist umso fragwürdiger, als er mit Major **v.d. Bussche** offensichtlich intensive Gespräche geführt hatte, z.B. auch über ein beabsichtigtes Attentat auf **Adolf Hitler**, für dessen Ausführung sich **v.d. Bussche** unter einkalkulierter Ermordung deutscher Frontkämpfer anläßlich der Vorführung neuer Uniformen zur Verfügung gestellt habe.

Ganzseitig großspurige Desinformation Keine "Volksverhetzung", statt dessen geschützte "Meinungsfreiheit"

Aussage *Bild*

Faktenlage

Beispielhaft für meinungsbildende Desinformation 63 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Fortsetzung der 1945 verordneten Umerziehung zur Akzeptanz deutscher Schuld am Krieg und an Verbrechen aller Art sei die *Bildzeitung* vom 8. November 2008 als typisch ausgewählt. (Vgl. S. 10)

(1) Aufmachung und Inhalt implizieren "die konsequente Ausrichtung der nationalsozialistischen Politik" von 1933 an, beginnend mit Boykott jüdischer Geschäfte, fortgeführt über das "Reichsbürgergesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie dem Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit (Nürnberger Gesetze 1935), fortgesetzt mit der "Reichskristallnacht" am 9. November 1938, den Judendeportationen 1941 und ab 1942 zum "Völkermord an den Juden".

Die Kriegsgegner Deutschlands sind nur als "Befreier" benannt.

Zum "Beweis" werden "in Berlin gefundene Dokumente des Grauens" -- Baupläne von Auschwitz -- erwähnt. Exemplarisch vorgestellt werden:

(2) "Rechts der Bauplan des Torhauses, unten die Rückseite des Planes für Auschwitz, das ursprünglich als Kriegsgefangenenlager gedacht war. In grüner Schrift hat »Reichsführer-SS« Heinrich Himmler das Dokument abgezeichnet."

(3) "Der Bauplan für die »Entlausungsanlage« mit Gaskammer (Maße: 11,66 mal 11,20 m) und Zugangsschleusen."

(4) "Die Bauzeichnung für das Krematorium von Auschwitz. Die 5 Quadrate links unten markieren die Fundamente für die Verbrennungsofen, rechts ist der »LKeller« (Leichenkeller) eingezeichnet. 8 Meter breit, Länge laut Plan »nach anfallendem Bedarf.«"

(5) Das Bild in der Mitte trägt die Unterschrift:
"Nach der Befreiung: Eine Hand ragt aus einem Verbrennungsofen."

(6) Das Foto "Besuch einer Baustelle" stellt Himmler als "Hitlers Vollstrecker für den Völkermord an den europäischen Juden" vor.

"Er organisierte den Holocaust, dem 6 Millionen Menschen zum Opfer fielen. ...

Himmler vergiftete sich mit Zyankali. ... Seine Leiche wurde anonym verscharrt."

(1) *Bild* verschweigt 1.) den Anlaß für den Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4.1933: die Judea-Kriegserklärung an Deutschland vom 24. März 1933 und 2.), daß diese bis zum Kriegsausbruch andauerte und mehrfach wiederholt wurde, während der Boykott jüdischer Geschäfte im Reich auf den 1. April 1933 beschränkt geblieben war.

Bild verschweigt weiter alle internationalen Zusammenhänge, die zu den "Nürnberger Gesetzen" (in Zusammenarbeit mit den Juden in Deutschland), dem 9. November 1938, zum Kriegsausbruch 1939 und der von den alliierten Mächten erzwungenen Ausweitung und Brutalisierung des Krieges zwecks Vernichtung Deutschlands geführt haben.

(2 - 4) Baupläne von Auschwitz: Vom "Torhaus für das ursprüngliche Kriegsgefangenenlager mit Himmlers Signatur", von der "Entlausungsanlage mit Gaskammer" und eines Krematoriums mit Leichenkeller sind in der Fantasie von *Bild* "Dokumente des Grauens". Sie als "Beweise" für eine Menschen-, gar Völkermordpolitik auszugeben, ist Volksverhetzung.

(5 + 6) Ein aus dem Crema-Ofen ragender, von der Einäscherung des Körpers unbeeinflusster Arm ist eine unrealistische Propagandaschau.

Gleiches gilt für ein Foto von "Himmlers Baustellenbesuch", das mit beweislos ergänzten Sprüchen als "Überführung des Vollstreckers am Völkermord der europäischen Juden" ausgegeben wird.

Auch die Behauptung, Himmler habe sich vergiftet, ist falsch. Er hatte sich in britische Gefangenschaft begeben und wurde dort noch am selben Tag ermordet.⁶⁾

(7) Die Meinung des Direktors vom Bundesarchiv Berlin ist nicht nur willkürlich oppor-

6) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 96, S. 34 ff.

Im Text heißt es weiter:

"Die Bild vorliegenden Lagerpläne, Grundrisse und Seitenansichten von Gebäuden wurden angeblich bei der Entrümpelung einer Berliner Wohnung gefunden."

(7) *"Der Archivdirektor des Bundesarchivs in Berlin, Dr. Hans-Dieter Kreikamp ... zu Bild:*

"Die Pläne sind die authentischen Zeugnisse des systematisch geplanten Völkermordes an den europäischen Juden."

(8) *"Die Dokumente enthüllen aber auch: Jeder, der mit Planung und Bau des Konzentrationslagers im Entferntesten befaßt war, wußte, daß hier Menschen fabrikmäßig vergast werden sollten. Die Unterlagen widerlegen darüber hinaus auch die allerletzten Holocaust-Leugner."*

(9) *"Das erschütterndste Dokument des Grauens: der Plan einer »Entlüftungsanlage«. Von einem »Auskleideraum« führen Türen zu einem »Wasch- und Brauseraum« und dort in einen »Ankleideraum«. Vom Ankleideraum gehen aber Türen in 2 »Vorräume« und von dort durch »Schleusen« in eine »Gaskammer«. Schwarz auf weiß steht es auf dem Plan: »GASKAMMER«."*

Daß hier nicht Kleidungsstücke mit dem bei der SS üblichen Blausäuremittel entlaust, sondern Menschen vergast werden sollten, muß als sehr wahrscheinlich angenommen werden. Denn der Plan, der von einem »Häftling Nr. 127« in Auschwitz gezeichnet wurde, stammt vom 8. November 1941. Zu diesem Zeitpunkt experimentierte Lagerkommandant Rudolf Höß bereits mit dem Blausäuremittel »Zyklon B«, mit dem er im Stammlager Auschwitz kranke Häftlinge und russische Kriegsgefangene ermorden ließ."

(10) Der Plan belege zudem, daß *"der Mord an den europäischen Juden"* nicht erst auf der "Wannsee-Konferenz" am 20. Januar 1942 beschlossen worden sei, *"sondern weitaus früher"*. Einzelheiten erfuhre der Leser nicht.

Die "Erzählungen" des (was *Bild* verschweigt) gefolterten Rudolf Höß und die unrealistischen -- weil physikalisch und des hohen Grundwasserpegels in Auschwitz nicht möglichen -- *"Erdgrubenverbrennungen"* haben mit den aufgefundenen Bauplänen nichts zu tun, daher seien sie hier ausgespart. Die Baupläne enthalten keine Verbrennungsgruben.

(11) *"Die Zeichnung des Kellergeschosses zeigt die Sockel für die Verbrennungsöfen."*

(12) In den 4 Groß-Krematorien seien circa 1 Million Menschen, nachdem man ihnen die Haare abgeschnitten und Goldzähne ausgebrochen habe, eingäschert worden.

tun, sondern auch erkennbar absurd: Lagerpläne, Grundrisse, Bauzeichnungen und "Seitenansichten" von Gebäuden belegen nicht, daß sie etwas mit *"den europäischen Juden"* zu tun haben und *"Zeugnisse von Massenmord"* seien.

(8) *☞ Daß "jeder, der mit Planung und Bau des KL im Entferntesten befaßt war, gewußt habe ... und damit jeder Holocaust-Leugner widerlegt" sei, ist unbegründetes polit-propagandistisches Geschwätz. Einem Wissenschaftler kommt es nicht zu, auf dieses Niveau herabzusteigen, um sich hiermit zu befassen. Abgesehen hiervon ist es absurd, einen "Völkermord an den europäischen Juden" = 6 Millionen Menschen mit ein paar Stücken Papier beweisen zu wollen.*

(9 + 10) *☞ Die Entlüftungsanlage einer Entlausungseinrichtung, die ihrerseits notwendigerweise einen Auskleide-, Wasch- und Dusch- sowie Ankleideraum, auch einen Raum zur Entwesung der Textilien hat, kann kein "erschütterndes Dokument des Grauens" sein! Auch dann nicht, wenn Bild es begründungslos für "sehr wahrscheinlich" hält, daß in der diesbezüglich von "Häftling Nr. 127" -- und nur von diesem! -- bezeichneten "Gaskammer" keine Kleider entwest, sondern "Menschen vergast" worden sein sollen.*

Mit dem Eingeständnis *"sehr wahrscheinlich"* bestätigt *Bild*, daß es dafür keine Beweise gibt. Gleichwohl *"folgert" Bild* aus dem Erstellungsdatum dieser Zeichnung -- 8. November 1941 --, daß *"die Ermordung der europäischen Juden"* schon vor der Wannsee-Konferenz (20.1.1942) *"beschlossen"* worden sei. Ein Wort auf einem Häftlingspapier habe das *"bewiesen"*!

Daß Rudolf Höß 1941 russische Kriegsgefangene und kranke Häftlinge ermorden ließ, ergänzt *Bild* ohne jeden Beweis.

(11) *☞ Der nach 1945 aufgestellten Auschwitz-Chronik zufolge standen Verbrennungsöfen nicht in Kellern, sondern im ersten Stock der Krematorien.*

(12) *☞ Ebenso wie die Geschichten über Hitler, Himmler und Höß sind auch die "Schlußfolgerungen" von Bild hinsichtlich der behaupteten "Großkrematorien", in denen "circa 1 Million Menschen" nach Abschneiden ihrer Haare und Ausbrechen ihrer Goldzähne eingäschert worden seien, nichts anderes als Sprechblasen im Stil früherer Kriegspropaganda!*

Die Gesetze der BRD ermöglichen das!

"Befreiung" auf jugoslawisch-kommunistische Art: Ausrottung eines ganzen Volkes per Gesetz

"Die Massenliquidierungen haben nicht erst mit dem 21. November 1944 eingesetzt. Sie folgten dem Einmarsch der russischen Truppen und der Errichtung der Militärverwaltungen durch die Partisanen Titos auf dem Fuße.

Was sich in einzelnen deutschen oder mit anderen Nationalitäten von Deutschen mitbewohnten Orten an Grausamkeiten und Bestialitäten abgespielt hat, wird erschöpfend darzustellen wahrscheinlich nie möglich sein. Über

*dem Schicksal Tausender Männer und Frauen liegt ein undurchdringliches Dunkel, das zu erhellen schon insofern schwer fallen wird, als in den langen Jahren des Ausrottungsregimes vielfach auch noch die letzten Augen- und Ohrenzeugen der blutigen Hand einer Regierung zum Opfer gefallen sind, die sogar so menschenverachtend war, den Ausrottungsprozeß eines ganzen Volkes gesetzlich zu fundieren."*⁷⁾ S. 20

Ermordung Deutscher gesetzlich freigegeben Die Verfügung von Jaica, 21. November 1944

"Von den 350 000 Volksdeutschen, die in Jugoslawien nach Kriegsende verblieben, hat nicht die Hälfte überlebt. Alle wurden beraubt, vergewaltigt, rund 20.000 erschossen oder verhungerten in den etwa 50 Tito-KZs. ...

Die Behandlung der Deutschen wurde in einer Verfügung zusammengefaßt, die von dem politischen Kommissar Titos, Moscha Pijade, in Jaica veröffentlicht wurde und seither die »Verfügung von Jaica« heißt."

Die drei Punkte der Verfügung lauteten:

1.) Alle in Jugoslawien lebenden Personen deutscher Abstammung verlieren automatisch die jugoslawische Staatsbürgerschaft und alle bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte.

2.) Der gesamte bewegliche wie unbewegliche Besitz aller Personen deutscher Abstammung gilt als vom Staat beschlagnahmt und geht automatisch in dessen Eigentum über.

3.) Personen deutscher Abstammung dürfen weder irgendwelche Rechte beanspruchen noch ausüben, noch Gerichte oder Institutionen zu ihrem persönlichen oder rechtlichen Schutz anrufen. ...

Mit diesem Beschluß vom 21. November 1944 wurde die gesetzliche Grundlage für die Liquidierung aller Deutschen geschaffen, und die bereits geschehenen Gesetzwidrigkeiten und Massenmorde wurden damit sanktioniert.

Von den einst über 500.000 Volksdeutschen, den Donauschwaben, leben heute etwa 40.000 bis 50.000 in

Jugoslawien. Was die Deutschen, die durch das Schicksal Tito ausgeliefert worden waren, erleiden mußten, übersteigt jedes Maß.

Es wird heute noch immer so viel über die Tragik von Auschwitz gesprochen. Über das Auschwitz des Genossen Tito aber spricht niemand.

*Die Vernichtungslager standen in Rudolfsgnad, Gakovo-Kruschevlje, in Betschkerek, Pantschowa, in Stephansfeld, Molidorf, Karlsdorf, Kathreinfield, in Jarek, Brestowatz, in Guduritz, Filipovo, in Sekritsch, im Offiziers-Kriegsgefangenenlager Werschetz, um nur einige zu nennen, in denen sich die Tito-NKWD, genannt OZNA, gnadenlos austobte."*⁸⁾

In Kenntnis des mehrjährig gegen Deutschland völkerrechtswidrig und bestialisch geführten Partisanenkrieges, in dem keine Gefangenen vorgesehen waren, und in Kenntnis Titos Demokratie verachtender Terrorherrschaft war dieser anerkannter "Waffenbruder" auch der britischen Regierung unter Winston Churchill, die ihm noch Waffen und sonstige Ausrüstungsgüter zur Verfügung stellte. Selbst nach Kriegsende lieferten die Briten Tausende Kroaten und Kaukasier, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, an Titos Massenmord-System aus, obgleich sie wußten, daß sie diese Männer und auch Frauen in den sicheren Tod schickten.

7) Österreichische Historiker Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark, Graz (Hrsg.), "Völkermord der Tito-Partisanen 1944 - 1948 -- Die Vernichtung der altösterreichischen deutschen Volksgruppe in Jugoslawien und die Massaker an Kroaten und Slowenen", 7126 Sersheim, Oswald Hartmann Verlag 1993.

8) *Deutsche Wochenzeitung*, Rosenheim, 28.6.1974.

"Mit dem Vorgehen der deutschen Besatzungsmacht dem jugoslawischen Volke gegenüber können die Maßnahmen Jugoslawiens 1944 - 1949 nicht begründet werden." ^{7) S. 22}

Als Motiv machte das offizielle kommunistische Organ **Magyar Szo** bekannt:

"Es ist allen Behörden völlig unverständlich, daß man den Schwaben so heiße Krokodilstränen nachweint und viele von ihnen noch mit Lebensmitteln unterstützt. Es ist unbegreiflich, daß die Masse der Bevölkerung nur die strengen Maßnahmen sieht und die Reichtümer nicht bemerken will, die jetzt dem Volke und dem Staate zufließen. Man jammert wegen Kleinigkeiten und sieht nicht das Kapital und die Vermögenswerte der Schwaben, die wir unbedingt haben müssen. Es fiel in der Wojwodina in unsere Hände: 1.800.000 Joch besten Ackerlandes, 70% der Gesamtindustrie, über 80.000 Häuser, 90% der Geschäfte usw." ^{7) S. 24}

Das Vorgehen der Sowjetrussen bei der gemeinsam mit den Tito-Partisanen durchgeführten Eroberung von Belgrad im Oktober 1944 -- 6 Tage erbitterter Abwehrkämpfe gegen 9 Partisanendivisionen und das 4. sowjetische motorisierte Korps mit *"erheblichen Verlusten"* ¹⁰⁾ für die Angreifer waren vorausgegangen -- verdient besondere Beachtung, weil hier erstmals den Tito-Partisanen über 30.000 deutsche Soldaten als Kriegsgefangene in die Hände gefallen waren. Sämtliche diesbezüglichen Berichte -- einschließlich serbischer Zivilisten -- schildern einheitlich grauenvolle Szenarien: ^{9) S. 89 - 91}

"Mitte Oktober 1944 in Richtung Belgrad fanden wir an der Rückzugsstraße ungefähr 20 km südlich Belgrad ca. 20 Leichen deutscher Soldaten, die in einer Reihe nebeneinander lagen. Sie waren völlig entkleidet, ohne Erkennungsmarke und offenbar von vorn erschlagen worden. (Reste von deutschen Uniformstücken lagen einige Meter daneben.) Schädel und Gesicht waren zertrümmert. Da wir während des Rückzuges laufend von Tito-Partisanen verfolgt und angegriffen wurden, ist anzunehmen, daß von diesen die Morde ausgeführt worden waren. Es handelte sich bei den Getöteten offenbar um Angehörige einer deutschen Nachschubkolonne, die von Belgrad kommend auf dem Marsch nach Süden war. Die Leichen konnten nicht identifiziert werden. Fast alle Grausamkeiten der Partisanen, von denen es verschiedene Gruppen gab, wurden von den Partisanen ausgeführt, die den Sowjetstern trugen und alle Häuser und Ruinen in Jugoslawien mit »Zivio drug Tito - Zivio drug Stalin« beschrieben. Die rein serbischen Partisanen »Cetnici«, die Truppen des Generals Nedic, sowie die kroatischen »Ustaschea« waren ab 1944 fast durchweg mit der deutschen Wehrmacht verbündet.

Otto Lips, eh. Unteroffizier der Panzergrenadier-Brigade 92, fuhr dann in seiner Eidesstattlichen Erklärung vom 18. September 1947 vor dem Amerikanischen Militärgerichtshof V in Nürnberg fort:

"Es kann in diesem Zusammenhang noch gesagt werden, daß von den ca. 500 bei Belgrad zurückgebliebenen, schwer verwundeten deutschen Soldaten, die bei dem Ausbrechen aus dem Kessel, den sowjetische und Tito-Gruppen südlich Belgrad gebildet hatten, am 18. 10. 1944 zurückgelassen werden mußten, sich die mir bekannten Kameraden der 10. Pi. Kp. I Pz. Gren. Brigade 92 bis heute nicht bei ihren Eltern gemeldet haben. Was mit den Vermißten geschehen ist, kann nur vermutet werden."

Die Vermutungen des Unteroffiziers Lips finden in anderen Heimkehreraussagen ihre Bestätigung. Schon das **Deutsche Friedensbüro Stuttgart** hat in seiner **Denkschrift** über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien aus dem Jahre 1949 festgestellt, die Partisanen hätten unter den Gefangenen ein "furchtbares Blutbad" angerichtet. Von etwa 30.000 Mann seien "nur wenige hundert Mann am Leben geblieben. Über dem Schicksal der Kriegsgefangenen von Belgrad (Beograd) liegt eine Ungewißheit, die sich nicht völlig beseitigen läßt, weil die Augenzeugen für die Erschießungen meist selbst dieser Tragödie zum Opfer gefallen sind.

Die Heimkehreraussagen stützen sich daher im wesentlichen auf Mitteilungen jugoslawischer Zivilisten und auf die Entdeckung von Massengräbern in und um Belgrad (Beograd). Sie sind jedoch so zahlreich und in ihren Hinweisen so auffallend übereinstimmend, daß kaum ein Zweifel am Umfang der Belgrader Ereignisse vom Oktober 1944 erlaubt ist.

Die Erfahrungen aus den vorangegangenen Jahren, wie sie in Abschnitt 3 dokumentiert wurden, unterstreichen die Glaubwürdigkeit der Heimkehrerberichte. In Belgrad (Beograd) scheint die balkanische Grausamkeit gegenüber den Gefangenen ihren Höhepunkt erreicht zu haben, ganz einfach deshalb, weil den Partisanen zum ersten Mal innerhalb weniger Tage so viele deutsche Soldaten in die Hände fielen.

"Während der ersten Tage meiner Gefangenschaft waren wir sogenannten Reichsdeutschen vogelfrei (16. Oktober bis 20. Oktober 1944)."

berichtet einer der Gewährsmänner.

"Unzählige Kriegsgefangene und auch Volksdeutsche

9) K.W. Böhme, "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", Bd. I/1 "Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1941 - 1945", Bielefeld 1962. -- Auf den erzwungenen "Sühnemärschen" nach der Gefangennahme 1945 starben etwa 10.000 deutsche Soldaten.

wurden in Belgrad während dieser Tage erschossen. ...

Ich habe im Hof der Tobcider-Kaserne, wo unser Lager war, vom Fenster aus mehrere Reihen Massengräber gesehen. Wenn Erschießungen stattfanden, durften wir uns an den Fenstern nicht blicken lassen."

Ein anderer hat gehört, die deutschen Gebirgsjäger seien in die Panzergräben im Vorort Topcider getrieben, dort erschossen und verscharrt worden. Mehrere andere haben von jugoslawischen Zivilisten gehört, daß 1944 etwa 25.000 bis 30.000 Mann erschossen worden sind.

"Nach Angaben von Kameraden sollen auf einem Vorplatz des Lagers 3 Belgrad zu Anfang 5.000 Kameraden erschossen worden sein."

Über diesen Vorgang sagt ein anderer, die Kriegsgefangenen seien jeweils zu 100 Mann fusiliert worden, "bis der Russe eingegriffen habe". Die Höhe, wo dies geschehen sei, wurde von den Kriegsgefangenen "Berg des Leidens" genannt. Der Aussagende war selbst nicht dort. Der größte Teil scheint im Gefängnis Banjica und am Avala-Berg, aber auch auf "einer naheliegenden Insel" (gemeint ist vermutlich die sogenannte Zigeuner-Insel, auf der später auch ein Kriegsgefangenenlager stationiert war) ums Leben gekommen zu sein.

Banjica war während der deutschen Besatzungszeit ein Konzentrationslager gewesen, in dem nach Angabe von **Dedijer** 30.000 jugoslawische Staatsbürger umgebracht worden sein sollen. ...^{9) S. 90}

Zur Klärung dieser letzten Behauptung muß das Zitat aus **Kurt W. Böhme** "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien"^{9) S. 90} unterbrochen werden. Über die hier genannten, der deutschen Besatzungsmacht angelasteten "30.000 ermordete jugoslawische Bürger" wird sehr schnell und ohne jegliche Beweisanforderungen hinweggegangen. Die Behauptung des autorisierten Biographen über Marschall **Tito** genügt **Kurt W. Böhme**, um den Haß der **Tito**-Partisanen "zu erklären". Er erwähnt dabei nicht, daß dieser "autorisierte Biograph" **Vladimir Dedijer** eine tendenziöse Entlastungsschrift für **Tito** schrieb und auch auf der angegebenen Buchseite 224 bzw. überhaupt in seinem Buch für diese "30.000 ermordeten jugoslawischen Bürger" keinerlei Einzelheiten oder Beweise anführte, sondern sich auf eine bloße Behauptung beschränkt hatte.

Dieses Beispiel zeigt, wie selbst in einer sonst seriösen und umfassenden Dokumentation, wie sie die Arbeiten von Kurt W. Böhme darstellen, zeitgeistige Tendenzen zur Verunglimpfung deutscher Verstorbener und damit der deutschen Politik bzw. des deutschen Volkes eingeflossen sind.

Mag den **Tito**-Partisanen damals dergleichen erzählt worden sein oder nicht: Ihr geschürter Haß war grundsätzlich auf kommunistische Ideologieschablonen und Lügen aufgebaut. Von vornherein waren weder Wahrheitspflichten noch Menschenrechte noch Kriegsregeln für die Feinde vorgesehen. Für ihre

grausame Kriegführung bedurften die Kommunisten keiner Anlässe seitens "der Klassenfeinde" oder gar Beweise für von der Partei behauptete "Schreckenstaten". Ihre Kampfanweisungen forderten Mordüberfälle aus dem Hinterhalt und aus dem Dunkeln möglichst mit dem Messer und ohne Überlebende.^{9) S. 54 + 60}

"Einen besonderen Hinweis gibt der Heimkehrer, der berichtet, bei der Einnahme Belgrads (Beograds) seien

"mehrere hundert deutsche Soldaten erschossen und verscharrt worden, dort, wo im Jahre 1956 der Ortsausschuß erbaut wurde. Die bei den Erdarbeiten gefundenen Skelette bestätigen die Tatsache".

Die Angaben hat er von einem Bekannten, der erst nach 1956 aus Jugoslawien in die Bundesrepublik gekommen ist. Er sagt ferner,

"im Oberteil der Straße Juzni Boulevar in Belgrad wurden ebenfalls ... ungefähr 100 Soldaten der Wehrmacht bei ihrer Gefangennahme auf der Straße erschossen"...

Ein anderer Heimkehrer weiß aus Schilderungen von Kameraden, die bei dem betreffenden Vorfall selbst dabei gewesen seien, daß die Wehrmachtshelferinnen und Rotkreuz-Schwwestern teilweise nackt in Schaufenster gestellt, später mit einem Boot auf die Donau hinausgeführt und dort ins Wasser geworfen worden sind.

Oft wird betont, sowjetische Offiziere hätten schließlich den Erschießungen Einhalt geboten.

In den Wällen der burgartigen Befestigungsanlagen Kalemegdan sollen – wiederum nach Angaben Belgrader Zivilisten – etwa 10.000 ermordete deutsche Soldaten verscharrt worden sein. Die Kriegsgefangenen wurden häufig durch Maschinengewehrsalven "ganz planmäßig" erschossen. Eine Rotkreuz-Schwester hat einem anderen Gewährsmann erzählt, bei der Einnahme Belgrads (Beograds) sei auf dem Hauptbahnhof ein vollbesetzter Lazarettzug "vollkommen mit Messern niedergemacht worden".

Eine weitere Einzelheit befaßt sich mit dem Tod von etwa 150 - 180 deutschen Soldaten, von denen gesagt wird, die Partisanen hätten sie nach ihrer Erschießung

"durch Sprengung einer Lehmwand verschüttet. ... Das Massengrab befindet sich an der Ziegelei zwischen der Sternwarte auf dem Friedhof, ca. 3 km von der Sternwarte".

Diejenigen, die den Erschießungen entgingen, wurden nahezu insgesamt in die Sowjetunion abtransportiert, was indessen nicht bedeutete, daß sie ihre Zielorte auch tatsächlich erreichten. So blieben z. B. auf einem Marsch nach Calafat in Rumänien, das neben Focsani als Durchgangsstation für die Transporte nach dem Osten eingerichtet war, von 6.000 Kriegsgefangenen unterwegs ca. 3.000 zurück. Sie waren den Strapazen nicht gewachsen, da viele von ihnen barfuß, nur

mit Hemd und Unterhose bekleidet marschieren mußten. Entkräftung, Verwundungen, Ruhr und Erschießung der Marschunfähigen ... forderten weitere Opfer." 9) S. 90

"Nach der letzten großen Schlacht in Jugoslawien, dem Kampf um Belgrad, wo die dort eingeschlossenen deutschen Truppen 6 Tage lang den Angriffswellen der Roten Armee und der Partisanen widerstanden, gerieten 10.000 deutsche Soldaten in die Gewalt der Sieger. ...

Auf einem einzigen Platz in Belgrad starben 5.000 Landsr. ... Die Gefangenen wurden in Gruppen zu vielen Hundert vor Panzergräben geführt und erschossen. Eilig ausgehobene Massengräber füllten sich in den Nächten dieses Oktobers mit Leichen...." 7) S. 291

In diesem Stil geht es seitenlang weiter. Sogar einer der engsten Mitarbeiter Titos, **Milovan Djilas**, bestätigte und "rechtfertigte" in Interviews und seinem Buch "Der Krieg der Partisanen" die Massenmorde und Greueltaten dieser "Truppen" während des Krieges und nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht.



"Erschöpfte deutsche Soldaten in den Händen der Partisanen. Mit Draht aneinandergefesselt warten sie darauf, zu einer Grube geführt und dort erschossen zu werden. Bis zur Kapitulation machten die Partisanen keine Gefangenen. Verwundete wurden auch nach dem 8. Mai 1945 alle umgebracht." 7) S. 290

"Es gab keine ordentlichen Gerichte. Es gab keine Möglichkeiten, die 20.000 bis 30.000 Fälle zuverlässig zu untersuchen. So war der einzige Ausweg, sie alle zu erschießen, und damit das Problem los zu sein." 7) S. 289

Auch in der Dokumentensammlung des Bundesministeriums für Vertriebene werden die Massenmorde

an deutschen Soldaten in Belgrad bestätigt:

"Der größte Teil scheint im Gefängnis von Banjica und am Avala-Berg, aber auch auf einer nahegelegenen Insel (gemeint ist vermutlich die sogenannte Zigeuner-Insel, auf der später auch ein Kriegsgefangenenlager stationiert war) ums Leben gekommen zu sein. Banjica war während der deutschen Besatzungszeit ein Konzentrationslager gewesen, in dem nach Angabe von Dedijer 30.000 jugoslawische Staatsbürger umgebracht worden sein sollen." 9) S. 90

Vladimir Dedijer hat eine autorisierte Tito-Biographie geschrieben.¹⁰⁾ Die Nachprüfung seiner "Angabe", auf die mit Fußnote verwiesen worden war, hat ergeben, daß Dedijer diese "umgebrachten 30.000 jugoslawischen Staatsbürger" ohne jegliche Erläuterung, geschweige denn Beweisführung behauptet und sogleich dieses Thema wieder verlassen hat! 10) S. 224 Mit derselben Leichtfertigkeit hätte er "400.000" schreiben können. Deutsche Kriegsgefangene, geschweige denn deren Behandlung in Jugoslawien, hat dieser Biograph mit keinem Wort erwähnt!

Der Verweis auf eine so fundierte und ohnehin parteiische, kommunistische Quelle -- ohne die geringste Bestätigung anderer Art -- ist für eine Arbeit im Rahmen des Bundesministeriums für Vertriebene beschä-

mend und insbesondere im Zusammenhang mit nachweislich ermordeten deutschen Soldaten unehrenhaft!

K.W. Böhme hat in seiner Arbeit mehrfach auf diese parteiische "Autorisierte Biographie" unkritisch als Beweisquelle verwiesen, was deutlich macht, unter welchem politischen Druck seine Berichterstattung zustande gekommen ist.

Es gibt keinen wahren Bericht über ähnliches Vorgehen auf deutscher Seite, welchen Kriegsschauplatz und welche ausländischen Zeugen man auch immer in Betracht zieht!

Den Greuelpropagandisten, die sich nach Kriegsende bemühten, über Deutschland oder seine Wehrverbände übelste Meldungen zu verfassen, fehlte durchgängig die Realitätsnähe des Ausdrucks, der Zusammenhänge, die Vielzahl bestätigender Zeugenaussagen und Funde oder sonstige Beweise für ihre Behauptungen. Sie bedurften der amtlichen Lügen, der Dokumentenfälschungen und mit Folter erpreß-

ter "Geständnisse", einseitiger "Kriegsverbrecherjustiz", der nach ihren Maßstäben fortgeführten Strafgesetze, der -- "freien" und doch gesteuerten -- Medienmacht und der ausländischen Interessenten, um ihren Geschichtsklitterungen Gehör zu verschaffen. Dies unterscheidet sie grundsätzlich von den Schilderungen der hier vorliegenden Art!

10) Vladimir Dedijer, "Tito -- Autorisierte Biographie", Berlin 1953, Ullstein Verlag.



Die Kriegsfortsetzer zwingen noch nach 65-jähriger einseitiger Justiz ehemalige deutsche Offiziere vor die Gerichte. Hier der 90-jährige ehemalige Gebirgsjäger-Leutnant Josef S. am 15.9.2008 vor dem Münchner Schwurgericht. Die so spät gegen ihn vorgetragene Anklage ist ihm unverständlich.

Für die kriegsgefangenen, deutschen Offiziere endeten die "Sühnemärsche" im Lager Werschetz:

"Für die in Gefangenschaft geratenen Offiziere endeten die Märsche⁹⁾ in Werschetz. Dort befanden sich in einem gut umzäunten Gelände riesige Kfz-Hallen der ehemaligen Organisation Todt. Dies wurde das berühmte Off.-Kgf.-Lager 233 Werschetz.

Die Verhältnisse waren katastrophal. Es gab kein Wasser, keine Sanitäreinrichtungen, schlafen mußte man auf dem nackten Betonfußboden der Hallen. Die Folgen blieben nicht aus. Die Todesrate betrug 10, auch manchmal 20 oder sogar 30 Kameraden pro Tag, im gesamten dann 40%.

Die Toten wurden nackt -- jeder Uniformteil, jeder Schuh war wichtig fürs Überleben -- auf einen Karren gebettet und dieser von den Gefangenen aus dem Lager gezogen. Ein Kamerad hatte seine Trompete in das Lager gerettet. Wenn der Karren das Lager mit den Toten verließ, ertönte als letzter Gruß das Lied vom guten Kameraden, was jedoch bald verboten wurde, denn die Bevölkerung sollte nichts vom großen Sterben im Lager wissen.¹⁰⁾

Die jugoslawischen Völkermordpolitiker begannen nach dem Vorbild ihrer Verbündeten ihre "Kriegsverbrecher-Siegerjustiz" im Oktober 1946. Diese führten sie mit gleichartigen, vielfach noch grausameren Methoden gegen die wehrlosen und ausgehungerten deut-

schen Kriegsgefangenen entgegen allen internationalen Kriegsrechtsregeln durch. Offiziere, auch Generäle, wurden so gefoltert, bis sie alles Gewünschte an "deutschen Verbrechen" gestanden und unterschrieben. Anschließend brachte ihnen dies in den "Gerichtsurteilen" Tod oder vielfach 20-jährige Arbeitslagerhaft ein. Nicht wenige wurden noch dort erschossen oder erschlagen. Über 70% aller in jugoslawische Gefangenschaft geratenen deutschen Generäle sind ermordet worden.¹¹⁾

Nur bruchstückhaft sei zitiert:

"Soweit mir bekannt, wurden in Werschetz 61 Kameraden zu Tode geschunden, weil sie keine Geständnisse erfanden und unterschrieben. 12 österreichische, unschuldig zum Tode verurteilte Kameraden, darunter Oberst Becker, wurden mit Eisenstangen erschlagen. ... Wir 1.400 Verurteilten waren moralisch, körperlich, seelisch so fertig, daß aufkeimende rebellische Gedanken nur unter großen Vorbehalten aufkamen. Sie endeten mit fürchterlichen Quälereien und Totschlag. Deshalb habe ich auch kein Rechtsmittel eingelegt. Nach Verurteilung sperrte man uns in einen nassen Weinkelner. Von dort wurden wir zusammengefasst mittels Bahntransport nach dem Zuchthaus Mitrowitz überführt."¹²⁾

Zur Größenordnung der gegen Kriegsende und danach in "Friedenszeiten" ermordeten oder in Konzentrationslagern u.a. mittels Hunger und Seuchen zu Tode gebrachten Jugoslawien-Deutschen, nahm das Bundesamt für Statistik in Wiesbaden wie folgt Stellung:

"Die Zahl der auf den »Sühnemärschen« ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen wird aufgrund der vorliegenden Berichte auf etwa 10.000 Mann geschätzt."¹³⁾

"Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Gesamtverluste der jugoslawien-deutschen Bevölkerung durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse 175.000 Personen betragen. 32,7% des Bevölkerungsstandes von 1939.

Davon entfallen auf Wehrmachtsterbefälle etwa 40.000 Mann (7,5%), so daß die Zivilverluste rund 135.000 Personen (25,3%) ausmachen.

Die größten Verluste unter der Zivilbevölkerung entstanden unmittelbar nach der militärischen Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Rote Armee bzw. durch die Errichtung der Partisanenverwaltung und zwar durch Massenerschießungen sowie durch sonstige willkürliche und planmäßige Liquidierungsmaßnahmen."¹⁴⁾

Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation gerieten 150.000, wahrscheinlicher noch 200.000 Wehrmachtangehörige in jugoslawische Gefangenschaft. Das offizielle jugoslawisch-kommunistische Organ *Borba* gab am 8.9.2.1949 nach Angabe auch der anderen Kriegsgefangenen wie Italiener, Russen, Holländer, Franzosen, Dänen usw. für die Deutschen die Zahl von 221.287 bekannt, von denen bis 1949 (einschließlich Österreicher) 91.851 repatriert worden seien.¹⁵⁾

"Die offiziell festgestellte Zahl der in Jugoslawien ums Leben gekommenen Kriegsgefangenen der Deutschen Wehrmacht beträgt 80.000."¹⁶⁾

11) *Deutscher Anzeiger* 26.10.1984.

Die Lebenslüge um Deutschland

Der Artikel von **Egon Bahr**¹²⁾ in *Die Zeit* vom 14. Mai 2009 ist es wert, nachfolgend in voller Ausführung hier noch einmal festgehalten zu werden. Er ist ein Spiegelbild unserer Epoche, wie Opportunisten der Nachkriegszeit, wenn sie denn schon einmal Teilwahrheiten ans Licht bringen, sie doch in der "Lebenslüge um Deutschland" verstrickt bleiben.

Egon Bahr verweist zwar auf die jahrzehntelange Lebenslüge der BRD-Politiker sowie der Siegermächte, daß trotz der "Trompeten"-Klänge, die ständig von der deutschen Souveränität kündeten, diese seit 1945 bis zum "Zwei-plus Vier-Vertrag" am 12. September 1991 niemals mehr vorhanden gewesen sei. Doch **Egon Bahr** blieb Opportunist, indem er schrieb, jener "Zwei-plus Vier-Vertrag" habe nun Deutschland endlich die Souveränität wieder zuerkannt.

Damit setzt er die Lebenslüge um Deutschland fort. In den *HT* Nr. 86 Seite 30 und folgend auch auf Seite 32 "Höhere Gerichte beriefen sich noch 1996 auf Kontrollratsgesetze der Alliierten von 1945" wurde bereits detailliert nachgewiesen, daß Großbritannien, Frankreich und die USA bis heute zu keinem Zeitpunkt ihre sogar im Grundgesetz-Artikel 139 noch abgesicherten Rechte in bezug auf Deutschland aufgegeben haben. Die Globalformel hierfür im GG-Artikel 139 lautet nach wie vor:

"Fortgeltung von Entnazifizierungsvorschriften"

Die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.«

Und diese "Rechtsvorschriften" -- in dieser Formulierung umfassen sie das gesamte Besatzungsrecht! -- haben schließlich ohne geringste Berücksichtigung des Volkswillens in jegliche inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes neugestaltend kraft ausländischer Staatsgewalt eingegriffen! Nach eigener Definition der Alliierten galt Deutschland seinerzeit als "besiegter Feindstaat" und nicht als befreites Volk! Die Lebenslüge um Deutschland begann schon mit der zweimal von den Westalliierten kraft Siegermacht apodiktisch -- also keinen Widerspruch duldenden -- verfüigten "deutschen Kriegsschuld".

Man denke an den Ausspruch des britischen Premiers **Winston Churchill**:

*"Wir verlangen diesmal die bedingungslose Kapitulation, damit wir ein für allemal mit den Deutschen machen können, was wir wollen."*¹³⁾

Man denke an Eingriffe in die deutschen Justizgrundlagen, die Lizenzen für Parteien, Verleger und jegliche Organisationen, die Bestimmungen über "Automatischen Arrest" für alle "Belasteten", die langjährige Gefangenschaft, Deportation und Sklavenarbeit auch von hunderten tausenden Frauen, die Verfügungen über deutsche Vermögen, Patente, Kontrolle der deutschen Industrie, Landwirtschaft, Verwaltung, Wirtschaft, des Finanzwesens (Ablieferung von Gold, Silber und Platin), Anweisungen für die Personalpolitik usw..

Sind schon die Machtbefugnisse der Alliierten Kontrollbehörde im besetzten Deutschland allumfassend, so sei doch der Anschaulichkeit wegen ein Auszug aus der Vielzahl der alliierten Anordnungen und Gesetze zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus" herausgegriffen:

"Kontrollrats-Proklamation 2

An das deutsche Volk! ... Abschnitt II, b):

Die deutschen Behörden haben die notwendigen Vorschriften zu erteilen und die notwendigen Vorkehrungen zu treffen ...

Abschnitt III

Die Alliierten Vertreter werden alle Fragen regeln, die Deutschlands Beziehungen mit anderen Ländern betreffen.

Keine ausländischen Bindungen oder Verpflichtungen irgendwelcher Art dürfen von deutschen Behörden oder Staatsangehörigen oder in ihrem Namen ohne Bewilligung der Alliierten Vertreter übernommen oder eingegangen werden.

6. Die Alliierten Vertreter werden Anweisungen geben in bezug auf die Auflösung, Inkraftsetzung, Wiederaufnahme oder Anwendung aller von Deutschland eingegangenen Verträge, Konventionen oder anderer internationaler Abkommen oder irgendeines Teiles oder irgendeiner Bestimmung derselben. ...

8a) Deutschen Staatsangehörigen ist es untersagt, ohne Erlaubnis oder Befehl der Alliierten Vertreter deutsches Gebiet zu verlassen. ...

10. Die deutschen Behörden haben das gesamte Binnennachrichtennetz (einschließlich aller militärischen und zivilen Post-, Telegraphen- und Fernverbindungs-

12) **Egon Bahr** (SPD, 1966 - 1969 = Botschafter und Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, 1969 = Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972 - 1974 = Bundesminister für besondere Aufgaben, dann bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.)

13) **Winston Churchill**, "Die Jalta Dokumente", Wien 1955, S. 90.

systeme und Einrichtungen und damit verknüpften Mittel) den Alliierten Vertretern zur Verfügung zu stellen und alle Anweisungen der Alliierten Vertreter zwecks Unterstellung des Binnennachrichtennetzes unter die vollständige Kontrolle der Alliierten Vertreter zu befolgen. Die deutschen Behörden haben alle von den Alliierten Vertretern erteilten Vorschriften zu befolgen. ...

11. Die deutschen Behörden haben alle Anweisungen der Alliierten Vertreter zu befolgen betreffend Gebrauch, Kontrolle und Zensur aller Mittel zur Beeinflussung von Meinungsäußerungen und Ansichten einschließlich Radiosendungen, Presse und Veröffentlichungen, Reklame, Filme und öffentlicher Vorstellungen, Unterhaltungen und Ausstellungen aller Art.

Die deutschen Behörden müssen ... müssen ... müssen. ...

47. Die Alliierten Vertreter müssen zwecks Durchführung der Erklärung oder aller darunter erlassenen Proklamationen, Befehle, Verordnungen und Vorschriften und besonders zu Zwecken der Sicherstellung, Untersuchung, Abschrift oder Erfassung jeglicher gewünschten Dokumente und Auskünfte zu allen Zeiten Zutritt zu allen Gebäuden, Anlagen, Betrieben, Grundstücken und Geländen haben, und alle sich darin befindlichen Gegenstände müssen ihnen zugänglich sein. ..."

Die Beschlüsse, Verfügungen, Direktiven, Verordnungen der Alliierten, die alle unter den neuerlichen Begriff *"zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus"* fallen, sind so umfangreich, daß sie hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden können. Jedenfalls ergibt sich bereits aus den ausgewählten Zitaten, daß sie die Besatzungsherrschaft über das wehrlose deutsche Volk beinhalten. Und wenn man dies vergleicht mit dem schönen **Artikel 20 des Grundgesetzes**

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus"

und sich noch einmal in Erinnerung ruft, daß laut Artikel 139 desselben Grundgesetzes hiervon die alliierten Rechte völlig unberührt, d.h. vorrangig vor dem deutschen Volkswillen -- und diesen demonstrativ mißachtend -- bleiben, dann erweist sich allein schon hieran, daß die Alliierten dem deutschen Volk diese Lebenslüge bereits ins Grundgesetz hineingezwungen haben.

Doch dies erwähnte **Egon Bahr** ebensowenig wie die Tatsache, daß mit dem Beitritt der Bundesrepublik und der DDR am 18. September 1973 die "Feindstaatenklauseln" Art. 53 und 107 nicht aus der UNO-Satzung eliminiert worden sind, und dies auch kein Vertreter der neuen Beitrittsländer gefordert hatte. Hierbei muß man wissen, daß die "Vereinten Nationen" als Organisation der kriegführenden Alliierten gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan gegründet wor-

den war. Mit diesen beiden Artikeln waren -- ähnlich dem geheimen Zusatzabkommen zur "Atlantikcharta" vom 8. September 1941 -- die "Feindstaaten" von den für die anderen Mitglieder geltenden Rechtsgrundsätzen ausdrücklich ausgeklammert worden. Diese Akzeptanz der Feindstaatenklauseln in der UNO-Satzung hat auch den "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1991 überdauert, jenen Vertrag, von dem **Egon Bahr** wider besseren Wissens behauptete, er habe nun endlich die Souveränität des deutschen Volkes wiederhergestellt.

Egon Bahr setzte auch mit Erwähnung des schnell und sozusagen geheim vor dem Volk geänderten GG-Artikel 146 anlässlich des "Zwei-plus-Vier-Vertrages" und der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik die "Lebenslüge um Deutschland" fort. Denn er suggerierte den Eindruck, als habe die neue Formulierung "die Vollendung der deutschen Einheit" und damit die Erfüllung aller Voraussetzungen für deutsche friedensvertragliche Ansprüche verfassungsrechtlich kenntlich gemacht. Dieser Artikel lautete bis zum Jahre 1991:

"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Die neue Fassung, Art. 146 lautet:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Während der ursprüngliche Art. 146 auf die Zukunft verweist und jene Teile des deutschen Volkes berücksichtigt, die angesichts des zerstückelten Deutschlands gegenwärtig an der Mitwirkung gehindert sind, so verfügt die neue Fassung, daß

- a) die deutsche Einheit "vollendet",
- b) die Freiheit der Deutschen gewährleistet und
- c) "das gesamte deutsche Volk" an das Grundgesetz

gebunden sei.

Hiermit wird gleichzeitig impliziert, daß es keine Teile des deutschen Volkes mehr außerhalb der neuen Bundesrepublik und auch keine Problematik um die ostdeutschen Grenzen gäbe. Die im GG verankerte *"vollendete Einheit und Freiheit des deutschen Volkes"* bekräftigt angesichts der im GG unverändert gebliebenen alliierten Vorbehaltsrechte im Art. 139 sowie der im "Zwei-plus-Vier-Vertrag" erneut eingefügten Vorbehaltsrechte der Alliierten bezüglich allen Deutschland betreffenden Angelegenheiten die im Artikel 20 zum Ausdruck gebrachte "Lebenslüge", daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe.

Im nachfolgenden Artikel von **Egon Bahr** hat sich die **HT-Redaktion** erlaubt, das Wesentliche fett auszudrucken.

"Drei Briefe und ein Staatsgeheimnis"

"Es war an einem der ersten Abende im Palais Schaumburg, nachdem Willy Brandt dort eingezogen war. Er erfuhr und genoß die gewaltigen Unterschiede zwischen einem Ressortchef, auch wenn er als Außenminister und Vizekanzler besonders herausgehoben war, und dem Bundeskanzler an der Spitze eines gut eingespielten Regierungsapparates. Das Amt machte richtig Spaß.

Ich brachte Brandt meinen Entwurf für einen Brief an seinen sowjetischen Kollegen Kossygin, dem er einen informellen Meinungsaustausch anbieten wollte.

Brandt war wichtiger zu berichten, was ihm "heute passiert" war. Ein hoher Beamter hatte ihm drei Briefe zur Unterschrift vorgelegt. Jeweils an die Botschafter der drei Mächte -- der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens -- in ihrer Eigenschaft als Hohe Kommissare gerichtet. Damit sollte er zustimmend bestätigen, was die Militärgouverneure in ihrem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 an verbindlichen Vorbehalten gemacht hatten. Als Inhaber der unkündbaren Siegerrechte für Deutschland als Ganzes und Berlin hatten sie diejenigen Artikel des Grundgesetzes suspendiert, also außer Kraft gesetzt, die sie als Einschränkung ihrer Verfügungshoheit verstanden. Das galt sogar für den Artikel 146, der nach der deutschen Einheit eine Verfassung anstelle des Grundgesetzes vorsah. Artikel 23 zählte die Länder auf, in denen das Grundgesetz "zunächst" gelten sollte, bis es in anderen Teilen Deutschlands "nach deren Beitritt" in Kraft zu setzen sei.

Diese Vorwegnahme der Realität im Jahre 1990 konnten die Drei 1949 weder genehmigen noch ahnen. Gravierend für diese ganze Zeitspanne war, daß sie Groß-Berlin aus dem Artikel 23 amputierten, was dem ehemaligen regierenden Bürgermeister natürlich vertraut war.

Brandt war empört, daß man von ihm verlangte, "einen solchen Unterwerfungsbrief" zu unterschreiben. Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß Konrad Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Ludwig Erhard und danach Kurt Georg Kiesinger. Daß aus den Militärgouverneuren inzwischen Hohe Kommissare gewor-

den waren und nach dem sogenannten Deutschlandvertrag nebst Beitritt zur Nato 1955 die deutsche Souveränität verkündet worden war, änderte daran nichts. Er schloß:

"Also habe ich auch unterschrieben" -- und hat nie wieder davon gesprochen.

DDR-Staatssekretär Kohl und ich stießen im Kanzleramt mit Unstrut-Wein an.

Schon Adenauer hatte seine Anerkennung der alliierten Oberhoheit wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Sie paßte nicht so recht in die Atmosphäre zehn Tage vor der Staatsgründung, und die drei Mächte hatten auch kein Interesse, diese Voraussetzung für den 23. Mai 1949 an die große Glocke zu hängen. Das blieb kein Einzelfall.

Die Einschränkungen der deutschen Souveränität existierten völkerrechtlich unverändert, solange Deutschland geteilt blieb und solange sie nicht durch einen Friedensvertrag förmlich beendet wurden.

Durch die Kapitulation am 8. Mai 1945 ging die Souveränität des Reiches auf die Sieger über. Deutschland erhielt sie erst mit der Wirksamkeit des friedensvertraglichen Zweiplus-Vier-Abkommens am 15. März 1991 zurück.

Die Sieger pochten auf ihre unkündbaren Kompetenzen während dieser ganzen Zeitspanne, natürlich nicht nur vor der Geburtsstunde der Bundesrepublik, sondern auch, als sie 1955 zu Verbündeten wurden.

Als ich die Kanzlerbriefe einmal gegenüber dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erwähnte, reagierte er zu meiner Überraschung erstaunt; er hatte von ihnen nichts gewußt. Es bedurfte keiner besonderen Absprache: Die beteiligten Deutschen wie die Alliierten hatten das gleiche Interesse, diese Manifestierung der begrenzten deutschen Souveränität nicht öffentlich werden zu lassen.

Daß die Kompetenz für die deutsche Frage bei den Vier blieb, obwohl deutsche Trompeten die gewonnene Souveränität (1955) verkündeten, hatte Auswirkungen. Das oberste Ziel unserer Politik war die Einheit. Ausgerechnet da hatten wir nichts zu sagen und überließen diese Kernfrage den Zusicherungen der Verbündeten, sich dafür einzusetzen. In den meisten Gehirnen verschwand die deutsche Zuständigkeit im Vertrauen darauf, dies sei nun Sorge der Verbündeten geworden. Das war nur eine Seite der Lebenslüge.

Im Wissen, daß auch die besten Freunde nicht deutscher sein würden als die Deutschen, drehten wir den Spieß 1967 im Planungsstab des Auswärtigen Amtes um: Wir definier-

ten, was im eigenen Interesse möglich wäre unterhalb der übergeordneten Rechte der Vier. Die Analyse ergab, was als Ost- und Entspannungspolitik Teil der Nachkriegsgeschichte geworden ist.

Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wurde 1970 in Moskau deutlich: Auf der einen Seite rangen wir mit den Sowjets darum, daß sie den Brief zur deutschen Einheit annehmen sollten; auf der anderen Seite sprachen wir mit den Westmächten darüber, in welcher Form wir anerkennen sollten, daß durch den Vertrag ihre Rechte für Deutschland als Ganzes nicht berührt würden. Während der Moskauer Verhandlungen erinnerte ich **Walter Scheel** in einem abhörsicheren Raum daran, daß es einen Brief zur deutschen Einheit bei Abschluß der Römischen Verträge nicht gegeben habe. Alle unsere Partner mußten wissen und anerkennen, daß kein Vertrag unseren Wunsch nach Selbstbestimmung untergehen lassen könne. Der wirklichkeitsnahe Außenminister reagierte: Das sei nicht in Moskau zu lösen.

Der bilaterale Moskauer Vertrag konnte nicht für Berlin gelten. Gerade dort behaupteten die vier Mächte die Kontrolle Deutschlands.

Das Rezept der Entspannung bei fortgesetztem Status quo verlangte, die Zugangswege störungsfrei zu machen. Dies aber erzwang eine Beteiligung der Deutschen. Das notwendige Viermächteabkommen über Berlin enthielt das Wort »Berlin« nicht. Es sprach nur *"von dem betreffenden Gebiet"*. Die vier mußten also einen Vertrag schließen, obwohl in der Praxis das Transitabkommen nur von den Deutschen vereinbart werden konnte, weil es endlich den zivilen deutschen Verkehr regeln sollte, der seit der Aufhebung der Blockade 1949 ungeregelt geblieben war. Es wurde ein Markstein in der Nachkriegsgeschichte. In einer wichtigen Frage für Deutschland brauchten die vier Mächte die Mitwirkung der beiden deutschen Regierungen. So wurde das Modell "Vier plus Zwei" geboren, das 19 Jahre später zur Formel "Zwei plus Vier" wurde.

Die Methode, unsere Interessen unterhalb der Siegerkompetenzen zu verfolgen, hatte nun dazu geführt, daß diese im eigenen Interesse ihre Rechte hilfreich einsetzen mußten und damit halfen, ein Stück gewachsener deutscher Selbstbestimmung zu verwirklichen. Ich gestehe, daß DDR-Staatssekretär **Michael Kohl** und ich im Kanzleramt mit einem Glas Unstrut-Wein darauf anstießen, daß die vier Mächte warten mußten, das Ganze in Kraft zu setzen, bis wir mit unseren Verhandlungen fertig waren.

Ende 1972 wurde der Grundlagenvertrag unterschrieben, der beiden Staaten die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen ermöglichte. Nun ließen die Vier uns wissen, daß sie einen Brief von uns erwarteten, wonach selbst durch den Beitritt zu den UN ihre Rechte über Deutschland nicht berührt würden.

Kohl und ich lächelten uns an, als wir an dem gemeinsamen Text für unsere jeweiligen Freunde feilten, Ausdruck des gesamtdeutschen Souveränitätsmangels bei allen Unterschieden. Die Vier antworteten wie international üblich, indem sie unseren Text wiederholten -- mit Ausnahme der

Amerikaner. Die belehrten uns, daß ihre Rechte durch den Beitritt nicht berührt werden "können". Das war korrekt, aber nach den Gesetzen der Logik hätten wir dann gar nicht schreiben müssen.

Karlsruhe hielt, wie es schließlich seine Pflicht war, am Grundgesetz fest.

Berlin wurde die Quelle einer jahrzehntelang schwelenden Kontroverse zwischen den drei Mächten und der Bundesregierung. Die Deutschen setzten sich 1949 durch, indem sie ein "Grundgesetz" anstelle der von den Alliierten gewünschten "Verfassung" beschlossen. Das Grundgesetz drückte das Provisorium aus; eine Verfassung wäre ein Teilungsdokument gewesen. Aber aus der Präambel des Grundgesetzes wurde Berlin gestrichen, während es im Text des Artikels 23 zu den Ländern der Bundesrepublik gezählt wurde.

Zum Schutz ihrer Rechte verfügten die Alliierten, daß die drei Westsektoren nicht durch den Bund regiert werden dürften.

Sie verboten die Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht und gestatteten eine Finanz- und Wirtschaftseinheit mit der Bundesrepublik, weil es anders nicht ging, bestanden aber für den innerdeutschen Handel auf dem Plural der "Währungsgebiete", weil Berlin eben nicht zum Währungsgebiet der D-Mark gehörte.

Das alles hinderte das Bundesverfassungsgericht nicht, am Grundgesetz festzuhalten, wie es schließlich seine Pflicht war und danach galt es grundsätzlich eben auch in Berlin. Hier standen sich also zwei Souveräne gegenüber: Karlsruhe, legalisiert durch den Volkswillen, die drei Mächte durch die Siegerrechte. Das führte zu der wirklichkeitsfremden Feststellung im Karlsruher Urteil über die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR, die Grenze zwischen Hessen und Thüringen habe denselben Charakter wie die zwischen Hessen und Bayern. Niemand hat, unter Berufung auf Karlsruhe versucht, das zu erproben.

Die praktische Schizophrenie wurde beendet, als das Viermächteabkommen das Verhältnis zwischen Berlin (West) und dem Bund grundsätzlich definieren mußte.

Unsere Nachforschungen in alten Papieren ergaben zu unserer Überraschung, daß die drei Mächte schon 1944 in London die Formel gefunden hatten, Berlin sollte kein konstitutiver Teil des neuen Staates werden/sein. Das war für die Vier und die Zwei annehmbar.

In den Rückblicken fehlt die Erinnerung an die Einschränkungen der Souveränität.

So entwickelte sich das Grundgesetz zur vollständigen Verfassung für die Bundesrepublik, während es für Deutschland insgesamt nie in Kraft trat. Die westdeutsche Bevölkerung empfand die Mängel nicht. Übrigens bis heute nicht, denn die beiden Begriffe leben in friedlicher Koexistenz. Der Artikel 146 von 1949 ist 1990 ergänzt worden:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit

und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

So wurden die schwelenden Spannungen zwischen Souveränitätseinschränkungen und Lebenslüge beendet, die jahrzehntelang die Beteiligten beider Seiten beschäftigt hatten. Sie wurden unter den Teppich gekehrt. Sie fehlen bei den großartigen Rückblicken auf die vergangenen 60 Jahre, obwohl sie ein unentbehrlicher Teil der Geschichte gewesen sind.

Ein Relikt der Lebenslüge ist übrigens geblieben:

Noch heute wird von der nuklearen deutschen Teilhabe gesprochen. Es gibt ein Geschwader der Bundesluftwaffe, das amerikanische Atombomben ans Ziel tragen soll. Das Wort »Teilhabe« suggeriert, daß wir dabei eine Mitbestimmung haben. Die hatten wir nie.

Helmut Schmidt hatte als Bundeskanzler vergeblich ein deutsches Veto gegen den Einsatz erörtert. Derzeit wird überlegt, ob die Flugzeuge, die nur bis 2012 oder 2013 einsatzfähig sind, ersetzt werden müssen. Aber mit **Barack Obama** im Weißen Haus sollte es leicht sein, dieses letzte Symbol der Vergangenheit loszuwerden.

Denkmalbau für Sinti und Roma entgegen eindeutiger historischer Beweislage

Das Kulturstaaatsministerium (Neumann -- CDU) gab am 20.12.2007 die Absicht der Bundesregierung bekannt,

*"demnächst mit dem Bau des geplanten zentralen Denkmals für die in der NS-Zeit verfolgten Sinti und Roma zu beginnen. Es soll in Berlin zwischen Reichstag und Brandenburger Tor nach Entwürfen des israelischen Künstlers **Dani Karavan** errichtet werden."*

Die Kosten von 2 Millionen Euro trägt das deutsche Volk. Geht auch aus dieser Meldung nicht hervor, wie es um die Inschrift dieses Denkmals bestellt sein wird, so ist doch aus der gesamten Vorgeschichte zu erwarten, daß hier "der 500.000 ermordeten Sinti und Roma" gedacht werden soll, die Bundeskanzler **Helmut Kohl** vor dem Bundestag am 7. November 1985 noch einmal als "historisches Faktum" amtlich bestätigt hatte, nachdem diese Geschichte bereits 1972 erfunden und zusammen mit dem Bischof von Canterbury publizistisch in Umlauf gebracht worden war,¹⁴⁾ Im März 1982 bereits hatte Bundeskanzler **Helmut Kohl**

"ein intensives Gespräch mit dem Zentralrat der Sinti und Roma Dort habe er zugesichert, ihre Anliegen zu unterstützen. Er fühle sich in diesem Sinne verpflichtet."

Der Bundestag war am 21.12.1982 seinem "in diesem Sinne" begründeten Drängen gefolgt und hat den "NS-Völkermord an den Sinti und Roma" anerkannt.

Beweise liegen diesen Sprüchen und diesem Anerkenntnis nicht zugrunde!¹⁵⁾

Verweigerte Gedenkstätte für 15 Millionen

Heimatvertriebene und deren 3,28 Millionen Mordopfer

Seit Jahrzehnten wird ein deutsches Vertriebenen-Denkmal zum Gedenken an 15 Millionen Vertriebene aus den deutschen Ostprovinzen mit aller Kraft verhindert und private Initiatoren hierfür kriminalisiert.

Und Verrat an den deutschen Ostprovinzen, einem Drittel des deutschen Heimatlandes

Zudem ist daran zu erinnern, daß die "NS-Bewältigung" der Bundesrepublik den Sprachgebrauch erzwungen haben, Mitteldeutschland in Ostdeutschland umzufunktionieren.

Schließlich hat Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) -- bekannt inzwischen als "Bundesverbotsminister für nationale Vereine" -- unter Ausschaltung von Völkerrecht und Volkswillen sowie entgegen den Protokollen von Potsdam vom August 1945 mit Erlaß vom 19. März 2009 die Übertragung der deutschen Ostprovinzen an Polen und die Tschechoslowakei willkürlich auf den 2. August 1945 datiert (Az: VII 2-127 1203).¹⁶⁾ Daß weder das Völkerrecht, noch die "Erklärungen" der Siegerdiktatoren von Potsdam 1945, noch das Bundesverfassungsgericht -- 1973 hatte dieses die in den Ostverträgen zum Ausdruck gebrachte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Gewaltverzicht der Bundesregierung definiert -- solches rechtfertigten, störte ihn nicht.

14) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 23 + Nr. 29, S. 4 ff + Nr. 83, S. 36 ff, Nr. 93, S. 40.

15) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 23 + Nr. 76, S. 38 + Nr. 93, S. 40.

16) *Der Schlesier*, Rocklinghausen Nr. 32, 7. August 2009, S. 1 + 2.

Verfassungswidrig Regierende bescheinigen sich selbst Gefängnisstrafen

"Also, meine Damen und Herren von der SPD, wenn Verfassungswidrigkeit strafbar wäre, hätte man damals, als Sie die Regierungsverantwortung hatten, beim Gerichtsgefängnis in Karlsruhe einen großen Anbau errichten lassen müssen, damit alle hineingepaßt hätten, die damals hineingehörten."

Heiner Geißler (CDU) am 26.9.1991 im Bundestag

Replik von MdB Vogel (SPD):

"Die Wahrheit ist, um bei Ihrem Gerichtsbeispiel zu bleiben, Herr Kollege Geißler, daß der CDU-Trakt in diesem Gefängnis inzwischen mehrfach überfüllt wäre, wenn Sie die Entscheidungen von Karlsruhe berücksichtigen."

Geißler:

"Sie würden doch heute noch im Loch sitzen!" 17) S. 72

"Widerlicher Verein verboten, der für das Fortbestehen des deutschen Volkes und ähnlich verbrecherisches Zeug eintrat"

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat sein Verbot des Vereins **Heimattreue Deutsche Jugend** (HDJ) in der Frühe des 31.3.2009 laut Die Welt Online vom 31. März 2009 mit folgenden Sentenzen "begründet":

"Die HDJ sei ein neonazistischer, verfassungsfeindlicher Verein.

Wir zeigen damit, daß wir den Kampf gegen Neonazismus und Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit führen; das ist ein wirklich widerlicher Verein, der schon Kinder und Jugendliche mit scheinbar unpolitischen Veranstaltungen für das neonazistische Gedankengut gewinnen will. Dagegen werde mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen.

In speziellen Schulungen werden den Angaben zufolge bereits Kinder im Grundschulalter gezielt in »Rassenkunde« unterrichtet. Sie würden dazu angehalten, für die »Blutreinheit« und »das Fortbestehen des deutschen Volkes und »ähnlich verbrecherisches Zeug« einzutreten. »Ausländer« und »Juden« würden als Bedrohung für »das deutsche Volk« dargestellt.

Wir werden alles tun, um unsere Kinder und Jugendlichen vor diesen Rattenfängern zu schützen."

Die Welt Online fuhr fort:

"Bereits im Herbst 2008 hatte es Durchsuchungen bei der HDJ gegeben. Die Unionsfraktion im Bundestag stellte sich damals ausdrücklich hinter Schäubles Vorgehen und verwies auf Erkenntnisse des Bundesamts für Verfassungs-

schutz und der entsprechenden Landesbehörden. Demnach hatte die HDJ auch Verbindungen zur NPD, zur neonazistischen Kameradschaftsszene und zur Wiking-Jugend. ...

Besonders die CDU-Innenminister von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, **Jörg Schönbohm** und **Lorenz Caffier** zeigten sich erleichtert.

»Das Aus für die HDJ macht Schluß mit einem organisierten Versuch, Kinder und Jugendliche unter kulturellem Deckmantel mit dem Gift des Nationalsozialismus zu infizieren«, sagte **Schönbohm**. »Mit dem Verbot würden die Rechtsextremisten an einer empfindlichen Stelle getroffen.«

Die FDP nahm die Verbotsverfügung mit Erleichterung auf, kritisierte aber, daß von ihrem Verbotsantrag bis zum Erlass der Verfügung ein Dreivierteljahr verstrichen sei. Ähnlich reagierten die Grünen. ..."

Liest man dieses "verbrecherische Zeug" eines Bundesinnenministers, der seinem Amtseid gemäß verpflichtet ist, "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren", und vernimmt außerdem die Zustimmung der anderen Systemparteien ohne jeglichen kritischen Einwand, so kennzeichnet sich diese politische Führungskaste selbst als volksfeindlich. In welchem anderen Volk, in welcher anderen Demokratie gibt es so etwas, daß ein kleiner, harmloser, für die Volksgesundheit und das Fortbestehen des eigenen Volkes eintretender Verein seiner volksbewußten Gesinnung, kulturellen Veranstaltungen und seiner offenen Ver-

17) Dr. Gerhard Frey (Hrsg.), "Wer? Wann? Was? -- Zitate entlarven Prominente", München 2008, S. 72.

bindungen zu Gleichgesinnten wegen aufgelöst, enteignet, kriminalisiert werden kann? So etwas gibt es nur im BRD-Absurdistan. Mit Recht und Demokratie hat das nichts zu tun. In normalen Zeiten würden ein solcher Minister und seine Helfershelfer wegen Bruch des Amtseides und der Gesetze vor dem Strafrichter landen!

Im übrigen: Die biologische Disziplin "Rassekunde" gehört insbesondere in Israel zu den Staatsgrundsätzen für seine Bürger!

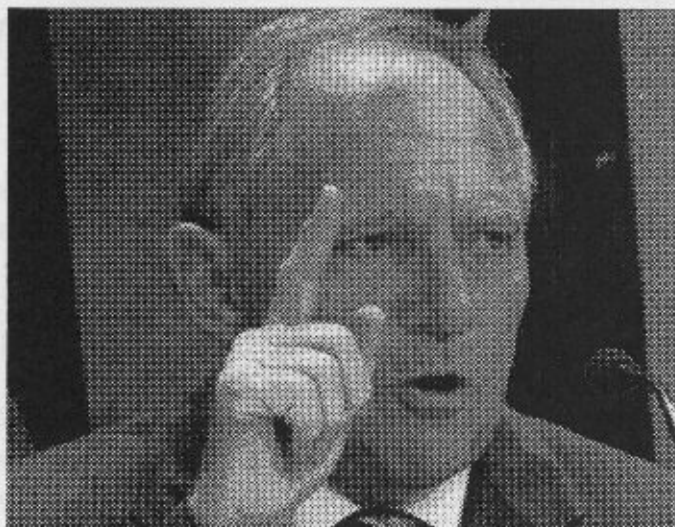
In einem offenen Brief an **Wolfgang Schäuble** führte **Gerd Zikeli** aus:

"In Gemeinschaftsveranstaltungen, in denen das Bekenntnis zum eigenen Volkstum, zur eigenen Tradition und Geschichte abgelegt wird, sehen Sie also »widerliche Umtriebe«. Wer in deutschen Kindern die Treue zum eigenen Volk und die Liebe zum Vaterland wecken und vertiefen will, ist in Ihren Augen ein »Rattenfänger«. Und wer sind die »Ratten«? Wohl die Kinder, die bisher in die Zeltlager der HDJ gingen.

Nach Ihrer Definition wäre auch der verstorbene, einst Ihrer Partei angehörende, ehemalige Bundeskanzler **Konrad Adenauer** im Jahre 1930 noch Rattenfänger gewesen. Für das in jenem Jahr im Kölner Gude-Verlag erschienene Buch "Deutsches Kind, was mußt du vom Auslandsdeutschtum wissen?" schrieb er folgendes Geleitwort:

»Volkstum und Staat sind nicht dasselbe. Staatliche Gebilde kommen und gehen, sie sind oft künstlichen Ursprungs. Ihre Grenzen sind durch Zufall und äußere Umstände gezogen, das Volkstum ist das Tiefere, es ist die lebensspendende Quelle, das Fundament auch für die staatlichen Gebilde.

Deutsches Kind! So gedrückt und schwach unser Staat heute ist durch den verlorenen Krieg und seine Folgen; das deutsche Volkstum ist noch stark und kräftig und groß, und es reicht weit hinaus über unsere



"Christdemokrat" nennt er sich, der BRD-Innenminister Wolfgang Schäuble. Am liebsten verbietet er alle nationalen Regungen in Deutschland. Meinungsfreiheit gelte nur für die anderen.

staatlichen Grenzen.

Dies treffliche Büchlein gibt Dir ein Bild des gesamten deutschen Lebens auf dem Erdkreis. Nimm es und lies! Denn das deutsche Volkstum mußt Du kennen lernen, damit Du, wenn Du erwachsen bist, mitarbeiten kannst am Geschicke unseres Volkes und unseres Staates.«¹⁸⁾

Die Vorwürfe gegen die HDJ sind so abstrus, pauschal -- also unkonkret -- und propagandistisch-phrasologisch und volksfeindlich, daß man sich nur wundern kann, wie die Verantwortlichen für diese rechtswidrige Meinungsunterdrückung die Stirn haben, anderen Regierungen Vorwürfe wegen deren Maßnahmen zur Meinungsunterdrückung lauthals in die Welt zu posaunen.

Sachverständiger Pathologe angefordert

Ein wegen "Volksverhetzung" Angeklagter sah sich in Berlin am 18.11.2008 angesichts der ihm gebotenen Gerichtspraxis zu folgendem **Beweisantrag** veranlaßt:

"Im Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 10.1.1980 (VI 6-01478-P 27/79) wird kundgetan, daß am 1. Juli 1979 = 5.360.710 Wiedergutmachungsverfahren vorgelegen hätten.

Aus diesem Anlaß ergäben sich arge Zweifel an der Opferzahl von 6 Millionen.

Die Mutter von Prof. Finkelstein, selbst Jüdin, äußerte sich zu Recht dazu wie folgt:

»Wenn jeder, der behauptet, ein Überlebender der Lager zu sein, wirklich einer ist, wen hat Hitler dann umgebracht?«

Quelle: Norman G. Finkelstein, "Die Holocaust-Industrie", S. 85.

Hat das Bundesfinanzministerium hier etwa Holocaustleugnung begangen?

Die einzige Schlußfolgerung, die hieraus zu ziehen ist, ist die, daß die systematische Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten eine Lüge ist.

Der Sachverständige für Pathologie wird dem Gericht zu seiner Überzeugung bekunden, daß Tote keine Wiedergutmachungsanträge stellen können."

Der Beweisantrag wurde wegen "Offenkundigkeit des Holocaust" abgelehnt und der Angeklagte zu Gefängnishaft verurteilt.

18) *Huttenbriefe*, April/Mai 2009, D-63811 Stockstadt, Postfach 43.

BRD fördert anti-deutschen Greuelfilm

Im Ankündigungs-Werbefilm, dem sogenannten "Trailer" zum US-Horrorprop.-Schocker "Inglorious Bastards" ("Unrühmliche Mistkerle") "kämpft" Schauspieler **Brad Pitt** als Leutnant der US-Army gegen "Nazi-Banden" ohne Rücksicht auf Kriegsrecht und Menschlichkeit. Die Anweisungen an "seine Männer" lauten anders:

"Wir werden als Zivilisten getarnt über Frankreich abgesetzt werden. Wir haben nur eine Aufgabe: Nazis zu töten. Mitglieder der nationalsozialistischen Partei haben Europa unterworfen durch Mord, Folter, Einschüchterung und Terror. Und genau das werden wir jetzt ihnen antun. Wir werden grausam zu den Nazis sein. Dann werden sie wissen, wer wir sind. Die Spuren unserer Grausamkeiten finden sie in den ausgeweideten, zerstückelten und entstellten Körpern, die wir ihnen zurücklassen. Sie werden nicht mehr aufhören können, sich die Grausamkeit vorzustellen, die ihre Brüder durch unsere Hände erlitten haben. Und durch die Absätze unserer Stiefel und die Klingen unserer Messer. Die Deutschen werden sich vor uns in die Hose scheißen. Die Deutschen werden über uns reden, und die Deutschen werden uns fürchten. Nazis verdienen keine Menschlichkeit! Sie müssen vernichtet werden! Jeder Soldat unter meinem Kommando schuldet mir 100 Nazi-Skalps, und ich will meine Skalps! Klingt das gut?" – »Ja wohl, Sir!«.

Diese "guten Krieger" gehörten zu einem jüdischen Rachekommando, das "im Spielfilm" ausersehen war, "die bösen Nazis" abzuschlachten, zu skalpieren, wie man das einst mit den Indianern gemacht hatte. So etwas nennen auserwählte Regisseure "Filmkunst". Der hierfür zuständige Regisseur **Quentin Tarantino** hatte mit seiner bisherigen Produktion an Gewalt- und Gangsterszenen noch nicht genug: Er wollte sich an deutschem

Blut und den damit verbundenen Grausamkeiten ergötzen. So etwas zählt nicht als Volksverhetzung!

Die Berliner *taz* zitiert den jüdischen Schauspieler **Eli Roth**:

"Für mich ist der Film koscherer Porno, etwas, wovon ich schon als kleines Kind Fantasien hatte."

Die "Kulturschaffenden" der "Hollywood-Filmkunst" stehen nicht allein. Deutsche Pressevertreter eifern ihnen nach: Die *Süddeutsche Zeitung* empfiehlt ihn als "Feelgood"-Film, die *Frankfurter Rundschau* als "verwegene Kolportage", die *Springer-Blätter* der deutschen Mitspieler wegen.¹⁹⁾

Die *netzzeitung.de* verwies darauf, daß die Dreharbeiten für diesen Horror-Prop.-"Spielfilm" mit **Ilja-Ehrenburg**-Tendenz "Tötet die Deutschen" hauptsächlich im Studio Babelsberg bei Potsdam durchgeführt und mit 6,8 Millionen Euro des BRD-Deutschen Filmförderungsfonds finanziert wurden. "Medienboard Berlin-Brandenburg" steuerte 600.000 Euro bei. Ob zu seiner Endfinanzierung zum Ausgleich der fehlenden 41,2 Millionen Euro noch Mittel deutscher Herkunft von der Jewish Claims Conference oder anderer jüdischer Organisationen nachgeschoben wurden, blieb zwar ungenannt, wäre indessen bei der Handhabe, Gestaltung und Propagandarichtung für heutige Verhältnisse nicht überraschend.

Das Medienmagazin *Blickpunkt Film* hatte bereits am 3. September 1992 ähnliches berichtet: Mißbrauch europäischer Filmförderungsmittel zugunsten von Hollywood-»movie hits«. Ihr zweifellos dabei involvierter politischer "Sendungsgedanke" ist zwar auch hier nicht beschrieben, doch die mitfinanzierenden Deutschen wurden dabei auf keinen Fall gefragt.²⁰⁾

Fünf Millionen deutsche Euro für jüdisches Museum in Warschau ²¹⁾

Nicht genug mit der deutschen Finanzierung jüdischer Gedenkstätten, Synagogen, Gemeindezentren, Einwanderungshilfen, Stolpersteine, Steuervorteile in Deutschland und den schon "vergessenen" "Rekonstruktions"-Hilfen für Auschwitz, nun auch noch für ein jüdisches Museum in Warschau mit zweifellos ebenfalls zu erwartender antideutscher "Aufklärung" in Permanenz. Anmeldungen für analogen "Aufklärungsbedarf" in anderen Ländern werden gewiß folgen. Die Milliarden Schulden, die Bundespolitiker aller selbsternannten, indessen aus alliierter Lizenz entstandenen "Volksparteien" dem deutschen Volk inzwischen aufgelastet haben, hat ihren Eifer, jüdischen antideutschen Interes-

sen nachzukommen, bisher nicht gedämpft. Ihr Amtseid: "Den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden" hat sie -- da nicht "justiziabel" -- nicht bekümmert, auch nicht das Anliegen des Volkes, nun endlich für eine klare Beweislage hinsichtlich der Anklagen gegen Deutschland zu sorgen.

19) *Deutsche Nationalzeitung*, München 19.6.2009 + *Deutsche Stimme*, Riesa, Juli 2009.

20) Dr. Gerhard Frey (Hrsg.), "Deutschlands Ausplünderung", München 1993, S. 294.

21) *Deutsche Nationalzeitung*, München 10.7.2009.

Neue "Wiedergutmachungsrunde"

"Bis Dezember 2007 hat Deutschland nach Angaben des Bundesfinanzministeriums 65,114 Milliarden Euro = über 130 Milliarden DM. "Wiedergutmachung" an jüdische NS-Opfer bzw. deren "Repräsentanten" erbracht. In dieser Zahl sind keineswegs alle Leistungen enthalten.

Es handelt sich um ein Vielfaches der Summe, die 1952 im Luxemburger Abkommen vereinbart worden war:

Drei (3) Milliarden D-Mark an den Staat Israel und 500 Millionen D-Mark an die "Jewish Claims Conference" (JCC).

In dem damaligen Vertrag wurde präzise festgehalten, daß *"die individuelle Entschädigung für körperliche und psychische Schäden"* in der Globalzahlung an Israel enthalten sein müsse, soweit es *"die in Israel lebenden Hitleropfer"* betrifft.

Mittlerweile reiht sich -- bei gleichgebliebener Opferzahl -- eine Nachzahlung an die andere, wobei es zur bewährten Methode gehört, jedesmal von einer *"abschließenden"* Regelung zu sprechen. Auf dieses Erfolgsrezept verläßt sich auch **Stephan Kramer**, der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Anlässlich des "Holocaust-Gedenktags" im Januar 2009 forderte er die Bundesregierung auf,

"alle noch offenen Fragen des Entschädigungsrechts ernsthaft zu prüfen und das Thema abschließend und zugunsten der immer weniger werdenden Opfer zu beantworten".

Pflichteifrig erschienen im März 2009 zur Regelung dieses Anliegens Vertreter des Bundesfinanzministeriums bei den Abgesandten der "Jewish Claims Conference" (JCC) in Berlin. JCC-Verhandlungsführer war der Staatssekretär im US-Finanzministerium **Stuart E. Eizenstat**, der schon die Schweizer Banken wegen angeblich erbenloser jüdischer Vermögenswerte aus Deutschland in die Knie gezwungen hat und auch bei der sogenannten "Zwangsarbeiterentschädigung" eine

entscheidende Rolle gespielt hatte.

Diesmal sah er "Handlungsbedarf" in:

1. Ausbau des Programms für häusliche Pflege (bisher 30 Millionen Euro jährlich), von dem rund 41.000 Menschen in 25 Ländern profitieren sollen.

2. Neuschaffung eines Programms zur medizinischen Betreuung von "Überlebenden des Holocaust".

Angeblich ist in vielen Ländern, in denen NS-Opfer leben, ärztliche Behandlung *"nicht in Reichweite, nicht ausreichend oder nicht existent"*, so **Eizenstat**, ohne nähere Details zu nennen.

3. Entschädigung von *"Doppelopfern"* gemäß den Wünschen der Claims Conference. Dazu zählen jene, die erst unter der NS-Herrschaft und später unter dem kommunistischen Regime gelitten haben.

Zwar bleibt unerfindlich, weshalb Deutschland auch noch die Verantwortung für sowjetische Untaten übernehmen soll. Doch es ginge nicht -- so wiederholten **Eizenstat** und seinesgleichen -- um *"Recht"*, sondern um die *"moralische Verantwortung"*.

Darunter kann jeder verstehen, was ihm beliebt.

Deutscherseits kommt es kaum noch zu Einzelfallprüfungen, statt dessen werden Pauschalsummen an die JCC und analoge "Geldverwalter" gezahlt. Allein den US-jüdischen Anwälten in der Zwangsarbeiter-Causa sprach **Eizenstat** Honorare von nahezu 60 Millionen Euro zu. Daß er selber dabei nicht zu kurz kam, ist zu vermuten.²²⁾

Von der jüdischen Kriegserklärung an Deutschland am 24. März 1933 und der Judea-sowjetischen Zusammenarbeit in deren "Programm" wurde indessen nicht gesprochen. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen ist nichts in die Öffentlichkeit gelangt.²³⁾

Bis zum nächsten "Holocaust-Gedenktag" wird diesen Leuten sicher wieder etwas Neues eingefallen sein. Allerdings ist die Bezuschussung eines jüdischen Museum-Baues in Warschau auf dem früheren Ghetto-Gelände mit 5 Millionen BRD-Euro bereits abgehakt. Ein Schwerpunkt dieses Museums werde der Erinnerung an den "Holocaust" gewidmet.²³⁾

"Bundesstiftung" ein neuer Anfang

Im Luxemburger Abkommen von 1952 zwischen Bundeskanzler **Konrad Adenauer** und **Nahum Goldmann** als Präsident des Jüdischen Weltkongresses war -- und **Nahum Goldmann** rühmte sich als einsame Spitze in den jüdischen Forderungen! -- eine deutsche Wiedergutmachungszahlung an den Staat Israel in Höhe von 3 Milliarden DM und 500 Millionen DM an die Jewish Claims Conference (JCC) vereinbart worden. In den Vertragsbestimmungen war festgelegt: In der Summe an Israel sind sämtliche individuellen Entschädi-

gungen für körperliche und psychologische Schäden der jetzt in Israel lebenden **Hitler-Opfer** enthalten.

Ungeachtet dieser Vertragslage teilte das Bundesfinanzministerium mittlerweile mit, daß die Bundesrepublik diese Wiedergutmachung bis Dezember 2007 auf 65,114 Milliarden Euro (in DM nahezu das Doppel-

22) *Nation + Europa*, 3/2009, S. 53, Coburg.

23) *Nationalzeitung*, München 10.7.2009; Im übrigen sei verwiesen auf Ausführungen in den *HT* Nr. 107, S. 14 - 15.

te!) aufgestockt hat -- neben zahllosen ungenannten Beiträgen --, die in anderen Haushaltsposten getarnt untergebracht worden sind.²⁴⁾

Bereits im August 2000 war die Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" gegründet worden, in die Staat und Wirtschaft bis 2007 rund 5 Milliarden Euro zweckbestimmt für NS-Opfer eingezahlt haben.

Doch damit nicht genug: Der Bundestag hat im Jahre 2002 ein Gesetz für Rentenzahlungen an ehemalige jüdische Ghettoarbeiter erlassen. Diese seinerzeit entlohnnten Arbeitskräfte erhalten fortan eine bundesdeutsche Rente. Zunächst trafen 70.000 Anträge und bei den Sozialgerichten Klagen ein. Die Bundesregierung hat die deutschen Rentenkassen sogleich über einen Soforthilfe-Fond mit 100 Millionen Euro versorgt.

"Jetzt werden auch noch die Nachkommen der Holocaust-

Opfer aktiv: Im vergangenen Jahr hat sich »Yesh« gemeldet, der Verein vertritt die Interessen der Waisen und überlebenden Kinder von Opfern der NS-Politik. Sie fordern eine Einmalzahlung und eine lebenslange Rente für 100.000 Juden, die zwischen 1928 und 1945 geboren wurden, außerdem die Kostenübernahme von psycho-therapeutischen Behandlungen.

*Argumentiert wird, daß ihre Eltern ihre Erlebnisse, die sie in deutscher Gefangenschaft erlitten haben, an sie weitergegeben und sie dadurch traumatisiert hätten. Etwa 4.000 Angehörige aus diesem Personenkreis haben im Juli 2007 vor einem Gericht in Tel Aviv eine Sammelklage gegen die BRD eingereicht. Sie fordern zwischen 50 und 100 Millionen Euro."*²⁵⁾

Der mündige Bürger sollte die vielen Töpfe nicht aus den Augen verlieren, mit denen europaweit gekocht wird.

Guido Knopp in seinem Buch "Die SS -- Warnung der Geschichte", München, 2002, Bertelsmann Verlag S. 235

vermerkt als Resümee seiner Forschung zu diesem Bild:

"Ein deutscher Polizeioffizier erschießt jüdische Frauen, die nach der »Liquidation« des Ghettos im ukrainischen Mizocz noch Lebenszeichen von sich geben,"

"Historiker" Guido Knopp vermeidet jedwede Angaben über Datum, Funde,

Untersuchungen, Bestätigungen. Er wundert sich auch nicht, daß alle "jüdischen Frauen!" einheitlich sauber weiß, künstlich gepinselt aussehen, auf freiem Feld ohne vorbereiteten Bodenaushub zum Vergraben von einem in Größe und Farbgestaltung unrealistisch hineingestellten "deutschen Polizeioffizier" erschossen worden sein sollen.

Genauso wahrheitswidrig Guido Knopp diese -- wie jede Vergrößerung eindeutig belegt -- Bildfälschung als "historisches Foto" ausgibt, so lügendurchsetzt ist sein gesamtes Buch "Die SS".

24) *Nation und Europa*, Coburg, März 2009, S. 53.

25) *Deutsche Stimme*, Riesa November 2008, S. 20.



Deutschland

Zum "Gedenktag" -- dem 27. Januar 2010 -- veröffentlichte *Der Spiegel* dieses Bild ebenfalls (am 4.2.2010, S. 42), allerdings gleichermaßen ohne jegliche Einzelheiten. Die von ihm nebenstehend abgedruckte Landkarte von der Ukraine enthält sinnigerweise den "Ort des Geschehens" nicht.

Italien und Griechenland fordern

Auch Italien und Griechenland spüren ungeachtet bereits erhaltener Millionen (Italien = 20 Millionen, Griechenland = 60 Millionen) an der "Wiedergutmachungs-Suppenküche" immer wieder Hunger nach deut-

schen Zahlungen, vergessen indessen ebenfalls, daß ihre hinterhältigen Partisanen kriegsrechtlich berechnete Repressalien der deutschen Truppen ausgelöst hatten und überhaupt der Krieg dem deutschen Volk aufgezungen worden war.

Auch hier hat man sich über 60 Jahre lang daran gewöhnt, das Kriegsgeschehen nur einseitig mit "offenkundiger deutscher Schuld für alles" zu bewerten und die BRD-Regierungen als gleichgesinnte Bündnispartner zu betrachten. Die Methode ist inzwischen eingerissen, Sammelklagen vor höchsten Zivilgerichten in Rom und Athen gegen die Bundesrepublik einzureichen und Gerichtsvollzieher in Bewegung zu setzen, um deutsche Grundstücke in ihren Ländern pfänden oder mit Hypotheken belasten zu lassen.

Im folgenden Jahr fällte der Bundesgerichtshof ein Grundsatzurteil zum **Fall Distomo**; Die BRD ist für Verbrechen der NS-Regierung nicht schadenersatzpflichtig. Die Klage von vier Einzelpersonen wurde verworfen, weil es sich bei dem Vorfall zwar um einen »unerlaubten Exzeß« gehandelt habe, der aber doch Teil einer »an sich zulässigen Vergeltungsmaßnahme« gewesen sei.

Die Anwälte einiger NS-Geschädigten entschieden sich deshalb, den Weg nach Italien, vor das Kassationsgericht in Rom zu gehen. Hier sah man die größten

Möglichkeiten, doch noch zu Geld zu kommen. Und die Chancen stehen gut. Die Bundesrepublik habe kein Recht, sich vor italienischer Zivilgerichtsbarkeit auf die Staatenimmunität zu berufen, so das Urteil in Rom. Damit hat die italienische Justiz jetzt nicht nur die Klagen der ehemaligen Kriegsgefangenen, sondern auch das Athener Urteil voll anerkannt. In Folge wurden Sicherungshypotheken zugelassen. ...

Das höchste griechische Gericht entschied "volksbewußt". Die Menschenrechte seien vorrangig zu berücksichtigen. Die von der Bundesrepublik vorgetragene "Staatsimmunität" gegenüber Zivilklagen habe zurückzutreten. Da sich die Bundesregierung davon nicht beeindruckt zeigte, ließen die griechischen Kläger verschiedene deutsche Liegenschaften in Griechenland wie die Deutsche Schule, das **Goethe-Institut**, das Deutsche Archäologische Institut mit Zwangshypotheken belasten. Gerichtsvollzieher und Polizei assistierten. Schließlich steckte das griechische Justizministerium zurück.

In Italien lief die Sache anders, dort wurden entsprechende Hypotheken eingetragen. Von Forderungen bis zu 50 Milliarden Euro und 100.000 Klagen ist die Rede.²⁶⁾

Wann endlich lernen BRD-Politiker sachgerecht Geschichte, verwahren sich gegen die aufgezwungene Schulldogmatik und verteidigen ihr Volk?

Bundesverdienstkreuzträger Frau Romeiser gab die Auszeichnung zurück

"Erhalten habe ich das Verdienstkreuz für meinen jahrzehntelangen, ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen der Elternarbeit zum Wohle der hessischen Kinder.

Herr Michel Friedman hat das Bundesverdienstkreuz mit der Begründung erhalten:

"Er habe sich um das Zusammenleben jüdischer und nichtjüdischer Bürger verdient gemacht."

Genau dies hat er nachweislich nicht getan, und so konnte ich die Verleihung nicht nachvollziehen.

Seine Unversöhnlichkeit gipfelte in dem Ausspruch:

"Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer." ²⁶⁾

Seine Unversöhnlichkeit manifestierte sich auch besonders deutlich in der Forderung, den Holocaust schon in den Grundschulen, ja sogar schon in den Kindergärten zu behandeln.

Und deshalb schrieb ich am 26. Mai 2001 an den Bundespräsidenten **Johannes Rau**:

"Wenn solch ein unversöhnliches Verhalten, das von immer mehr Deutschen -- auch von deutschen Juden -- als menschenverachtend empfunden wird, Ihre Anerkennung findet und Sie aus diesem Grund Herrn Friedman in den Reigen der Bundesverdienstkreuzträger aufnehmen, möchte ich diesem Kreis nicht mehr angehören."

Ich habe keine Millionen ins Ausland verbracht, ich habe keine Schmiergelder bezahlt, keine Sexpartys gefeiert und keine Lustreisen auf Kosten eines Betriebes unternommen und ich habe mich auch nicht mit zur Prostitution gezwungenen Frauen (Männern) vergnügt und auch nicht gekokst.

Sie können leicht erkennen, geehrter Herr (Chefredakteur) **Bommarius**, daß Sie mich aus dem "ehrenwerten" Kreis dieser drei Herren (**Michel Friedman** - seinerzeit Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, als koksender Party-Playboy in ein Strafverfahren verwickelt --, **Klaus Zumwinkel**, **Peter Hartz**) wieder herausnehmen dürfen. Ich passe nicht dazu.

Gigi (Christel) Romeiser²⁷⁾

26) Rheinischer Merkur 11. November 1985 --

Vgl. vollständiges Zitat in HT, Nr. 94 S. 13. Vgl. auch Historische Tatsachen Nr. 86, S. 26.

27) Der Schlesier, 5. Juni 2009, S. 5.

Entscheidungshilfen der BRD-Justiz zur Holocaust-Forschung

Der **Krakauer Auschwitzprozeß** -- von Polens Regierung 1948 mit der Feststellung von 300.000 während des Krieges wegen schlechter Behandlung in Auschwitz verstorbener Häftlinge durchgeführt²⁸⁾ -- hat in der Holocaustdogmatik keinerlei Niederschlag gefunden. Obgleich die Alliierten über diesen Prozeß in einer Wochenschau weltweit berichtet und deutsche Fernsehverantwortliche 40 Jahre später in Rückblende den Prozeßverlauf erneut gesendet hatten, wurde die Wiedergabe dieses Prozesses in *HT* Nr. 38 S. 24 ff in der Bundesrepublik zur "Volksverhetzung" erklärt und ohne Überprüfung beschlagnahmt.²⁹⁾

Ähnlich negiert wurde in der Holocaustdogmatik der Wiener Auschwitz-Prozeß 1972 gegen **Walter Dejaco** und **Fritz Ertl**.³⁰⁾

Den "wirklichen Geschichtsablauf" vermochten nur Juristen der Bundesrepublik "festzustellen" und ein für allemal für "rechtskräftig" und "offenkundig" zu erklären. Dies gelang ihnen mit Hilfe des grundgesetzwidrigen und nur in der Bundesrepublik gültigen Strafrechtsparagrafen 130. Dieser fordert Bestrafung für Zweifler. **Das deutsche Volk und die ganze Welt -- denn auch die dortigen Dogmatiker berufen sich auf die "Offenkundigkeit" der deutschen Justiz! -- hat zu glauben und Überprüfungen zu unterlassen.**

Die Holocaust-Geschichte ist von den Siegern geschrieben worden zu einer Zeit, als der britisch-jüdische Greuelpropagandist **Sefton Delmer** dem internierten deutschen Staatsrechtler **Prof. Dr. Friedrich Grimm** erklärte: "Jetzt fangen wir erst richtig an".³¹⁾ Diese "Anfänger" waren während des Krieges "nicht vor Ort"; sie waren auch keine Toxikologen, keine Kenner deutscher Behörden und Organisationen, so machten sie gravierende und nicht mehr korrigierbare Fehler.

Das Institut für Zeitgeschichte hat jüngst bekundet, daß bei Zusammenstellung des Holocaustthemas

*"die (deutschen) Besatzer, Besetzten und Verbündeten" (der Deutschen) sowie die "einheimischen Menschen und Behörden außerhalb von Himmlers Dienststellen nur unterbelichtet perzipiert (wahrgenommen) wurden".*³²⁾

Das heißt, man hat ihr Wissen überhaupt nicht abgefragt. Zur Ausgangslage der Geschichte bleibt ferner zu

berücksichtigen:

1.)

Die Kenntnismängel sämtlicher Repräsentanten des internationalen Judentums über die erst nach Kriegsende behauptete "Endlösung" in Art und Umfang. **Keiner der "Heiligen Krieger" -- vorneweg Stefen Wise, Samuel Untermayer, Wladimir Jabotinsky, Chaim Weizmann, Theodore Nathan Kaufman, Louis Nizer, Henry Morgenthau jr. -- hat sich jemals auf "Rache für deutsche Morde an den Juden" berufen oder Kenntnisse darüber nachgewiesen!**³³⁾

2.)

Der Bericht der sowjetischen Untersuchungskommission vom 7. Mai 1945 über das in Auschwitz anlässlich der Befreiung "Vorgefundene"³⁴⁾ hat in der Holocaustdogmatik keinerlei Beachtung gefunden. Er wurde in diesen maßgebenden Kreisen ebenfalls nicht ernst genommen. In der Tat bestand er nur aus fantasiewirrer Propaganda.

3.)

Die westlichen Mächte haben sowohl 1945 als auch später auf eine internationale Untersuchung der Auschwitz Lager verzichtet, wohlwissend, daß Spuren oder Funde für die bereits kursierenden Geschichten nicht zu erwarten waren. Bekanntlich hatten die Sowjets den Auschwitz-Komplex zum Kriegsende auch gegenüber ihren westlichen Verbündeten 6 Monate gesperrt und trotz mehrfacher Anmahnung aus London Auskünfte verweigert.

Auf Grund der bedingungslosen Kapitulation hatte Deutschland zu schweigen und die Gesetze sowie Spruchpraxis, Personalpolitik, Umerziehungsrichtlinien, Lizenzbedingungen der Siegermächte widerspruchlos hinzunehmen und laut Überleitungsvertrag vom 30.3.1955 im Wesentlichen auch für die Zukunft zu beachten. Auch der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1991 hat darin grundsätzlich nichts geändert.

Mittlerweile haben "Historiker" unzählige fantasievolle, widersprüchliche, naturgesetzwidrige, auf gefälschte Dokumente und erpreßte Zeugenaussagen gestützte Berichte und "Analysen", aber auch manches Eingeständnis veröffentlicht, daß Erkenntnisse fehlen und auch amtlich viel Falsches bekanntgemacht worden ist.

So berief sich das Institut für Zeitgeschichte noch 1976 auf "*Schätzungen*", ohne diese näher zu definieren, und bekannte, daß

"dieser Verbrechenskomplex trotz der umfang-

33) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 15.

34) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 31 + 33.

28) Vgl. *HT* Nr. 38 S. 24 ff

29) Vgl. *HT* Nr. 56, S. 12 ff, 16 ff.

30) Vgl. *HT* Nr. 38, S. 25 - 30.

31) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 6, S. 40.

32) Johannes Hürter / Jürgen Zarusky (Hrsg.), "Besatzung, Kollaboration, Holocaust", Schriftenreihe der *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* Band 97, Institut für Zeitgeschichte München - Berlin 2008. -- Vgl. *HT* Nr. 107, S. 20.

reichen historioschen und -- vor allem -- gerichtlichen Ermittlungen ... sich auch heute noch im Halbdunkel sehr ungenauen Wissens befindet, wobei zuzugeben ist, daß sich die historische Detailaufhellung z.T. noch immer in einem fragmentarischen Zustand befindet.³⁵⁾

Diese Aussage des Instituts für Zeitgeschichte stammt, wie gesagt, aus der Zeit 31 Jahre nach Kriegsende, nachdem sämtliche deutschen Dokumente ausgewertet und "1 Million deutscher Kriegsverbrecher"³⁶⁾ anlässlich der "größten Menschenjagd der Weltgeschichte"³⁷⁾ inhaftiert und z.T. unter Folter "ausgequetscht" worden waren, und 11 Jahre nach Abschluß des Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1963 - 1965!

Aussagen analoger Art folgten bis in die jüngsten Tage:

Daniel Goldhagen, inzwischen Professor:

"Der Einsatz von Gas bei der Vernichtung von Juden durch die Deutschen -- anders als weithin angenommen -- war ein nebensächliches Phänomen."³⁸⁾

Der österreichische Gerichtsgutachter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien, **Dr. Gerhard Jagschitz**, stellte nach mehr als 5-jähriger Forschung im Gutachten vom 10.1.1991 fest:³⁹⁾

Beweise für Vergasungen an Menschen habe er keine gefunden, doch "Indizien". Diese beschränkten sich indessen auf die willkürlich behauptete -- "interpretierte" -- "Tarnsprache der SS" wie z.B. "Sonderbehandlung". Doch gerade diese wurde am Beispiel des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers **Kurt Schuschnigg** Lügen gestraft, denn dieser bekam nachweislich den Krieg über "Sonderbehandlung" in Form bevorzugter Unterbringung und Versorgung.⁴⁰⁾

Jean-Claude Pressac, Gutachter für die jüdische **Beate-Klarsfeld-Stiftung**, stellte nach umfangreichen Recherchen in Auschwitz fest:

"Pfusch, Übertreibung, Auslassung und Lüge kennzeichnen die meisten Berichte (über Auschwitz) jener Epoche. ... Die scheinbar triumphierende, gegenwärtige Darstellung des Konzentrationslager-Universums ist dem Untergang geweiht. Was wird man davon retten können? Recht wenig."⁴¹⁾

Norman Finkelstein, inzwischen ebenfalls Professor, in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie":

"Ein beträchtlicher Teil der Literatur zu **Hitlers** »Endlö-

sung« ist, soweit darin die entscheidenden Holocaust-Dokumente zum Ausdruck kommen, wissenschaftlich gesehen wertlos. Auf dem Feld der Studien zum Holocaust findet sich in der Tat eine Menge Unsinn, wenn nicht schier Schwindel ..."^{42) S. 63}

"In der Tat haben viele Wissenschaftler Zweifel an der Zuverlässigkeit der Aussagen Überlebender geäußert."^{42) S. 86}

Noch präziser formulierte **N. Finkelstein** die Lage im Interview mit *Die Welt* am 6. Februar 2001 S. 29:

"Der Holocaust ist ein ideologisches Konstrukt. ... Die Anzahl der Überlebenden grenzt an Holocaust-Leugnung."⁴³⁾

Die jüdische Autorin **Gitta Sereny** am 29.8.2001 in der *Times*: "Auschwitz war kein Vernichtungslager."

Die Zeit verwies am 20.1.2005 auf unspezifizierte Plätze irgendwo und beharrte darauf:

"Der größte Teil von Juden im Zweiten Weltkrieg starb nicht in Gaskammern."

Bei dieser Ausgangslage, die im Detail noch weitaus vielfältiger ist, sahen sich die politisch tonangebenden Kreise vor allem in der noch keineswegs souveränen Bundesrepublik Deutschland genötigt, die auf einseitige Verfolgung Deutscher abgerichtete Justiz mit ihrem Strafrecht einzusetzen, um die gewünschte Umerziehungsdogmatik vom "ewig schuldhaften Tätervolk" zu erzwingen.

Der Bundesgerichtshof griff ein

So fällt dann der **Bundesgerichtshof** 1993 im Urteil gegen den Oberstudienrat **Günter Deckert** die richtungweisende Urteilsbegründung für die Deutschen (Az.: 1 StR 179/93):

"Der Massenmord an den Juden, vor allem in den Gaskammern von Konzentrationslagern begangen, ist eine offenkundige Tatsache."

Hierbei wurde u.a. verwiesen nicht auf internationale Fachliteratur oder konkrete Faktenanalysen, sondern hauptsächlich auf das Urteil des Langerichts Frankfurt/M. von 1965 im sogenannten Großen Auschwitz-Prozeß. Auch in zahlreichen anderen BRD-Gerichtsverfahren sei der Holocaust, der Gaskammernmord an den Juden untersucht und bewiesen worden.

Zu dieser Begründung ist grundsätzlich festzustellen, daß Gerichtsverfahren in einem besiegten Land, das kraft Besatzungsrecht und nachfolgenden Verträgen mit den Siegermächten zur einseitigen Strafverfolgung nur gegen eigene Landsleute gezwungen ist und ausländische Zeugen keiner Meineidhaftung unterwirft, keine verbindliche Aufklärung historischer Geschehnisse bewirken können!

⁴²⁾ Norman G. Finkelstein, "Die Holocaust-Industrie", München 2001.

⁴³⁾ Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 110, S. 40; dort vollständige Wiedergabe.

³⁵⁾ Institut für Zeitgeschichte, *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, Heft 2, 1976, Vorbemerkung der Schriftleitung zur Abhandlung Ino Arndt / Wolfgang Scheffler "Organisierter Massenmord an Juden in Nationalsozialistischen Vernichtungslagern"; ebenso in der *Beilage des Parlament* vom 8. Mai 1976. -- Vgl. *HT* Nr. 12, S. 25.

³⁶⁾ Feststellung des britischen Außenministers **Anthony Eden** vor dem Unterhaus in London am 24. März 1945; vgl. *HT* Nr. 12, S. 35.

³⁷⁾ Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 2, S. 13 ff.

³⁸⁾ Daniel Goldhagen, "Hitlers willige Vollstrecker", Berlin 1976, S. 603.

³⁹⁾ Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 92, S. 12; Az.: 26 b Vr 14 184/86

⁴⁰⁾ Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 97, S. 39.

⁴¹⁾ Jean-Claude Pressac, "Histoire du négationnisme en France", Editions du Seuil, Paris 2000, S. 613 - 652. -- Vgl. auch *HT* Nr. 50, S. 20 ff, Nr. 90 + siehe Registerheft.

Der Vorsitzende des Auschwitz-Prozesses

Im ersten Stadium des Verfahrens:

"Es komme dem Hörensagen eine erhöhte Bedeutung zu, weil so lange Zeit verstrichen sei."

Am 23.7.1965 -- nach 19 Monaten Verhandlung und 4 Wochen vor Urteilsverkündung -- :

"Wir wären weitergekommen, wenn die Angeklagten vom ersten Tage an die reine Wahrheit gesagt hätten. Vielleicht sagen sie uns doch noch, wie es gewesen ist." ⁴⁴⁾

Der Vorsitzende bekannte damit, daß er bis zu diesem Zeitpunkt nicht wußte, *"wie es gewesen ist"*.

Feststellungen im Auschwitz-Urteil -- vom 20.8.1965 Az: 4 Ks 2/63 --

Behauptungen ohne Beweise: S.-Angabe jeweils im Urteil

"Der größte Teil der Juden wurde im März und Juli des Jahres 1944 in den Gaskammern von Birkenau getötet." ^{S. 30}

"Zum Bereich des Lagers Birkenau gehörten auch ... zwei im Gelände liegende Bauernhäuser, die im Jahre 1942 zu Vergasungsanstalten umgebaut worden sind. Ferner gehörten zum Lager Birkenau vier westlich vom Lager im Jahr 1943 errichtete Krematorien mit Gaskammern ..., die ebenfalls der Tötung unzähliger Menschen dienten." ^{S. 31}

"Personen, die sofort nach ihrer Einlieferung durch Erschießen oder durch Gas getötet werden sollten und auch getötet wurden, wurden nicht durch die Aufnahmeabteilung in die Lagerstärke aufgenommen." ^{S. 35}

"Arbeitsunfähige wurden im Häftlingskrankenhaus mit Phenolspritzen getötet."

"Die Anzahl der auf diese Weise getöteten Häftlinge konnte ebenfalls nicht festgestellt werden. Es waren in jedem Fall mehrere Tausend." ^{S. 73}

Anschließend wird in der Urteilsbegründung bestätigt, daß das Häftlingskrankenhaus tatsächlich mit Kranken -- also arbeitsunfähigen Häftlingen -- belegt war. Dennoch seien

"ausgesuchte Kranke auf LKWs geladen und in die Gaskammern gebracht worden".

Ihre Anzahl konnte ebenfalls nicht festgestellt werden. ^{S. 74}

Auch andere Häftlinge seien auf LKWs zur Gaskammer gebracht worden, doch Befehle *"konnten ebenfalls nicht festgestellt werden."* ^{S. 75}

"Hitler muß die Vernichtung der Juden schon vor Ausbruch des Krieges mit Rußland mündlich angeordnet haben." ^{S. 78}

Seine Entscheidung hinge mit den Befehlen an die Einsatzgruppen für den Rußlandfeldzug zusammen. Auch alle nachfolgenden Darlegungen des Landgerichts bleiben ohne Beweisführung und integrieren kurzerhand und beweislos *"die Judenvernichtung"* in allgemeine Geschehensabläufe.

"Schließlich stellte man diesen (Einsatz-)Kommandos auch Gaswagen zur Verfügung, in denen die Juden durch Gas getötet wurden." ^{S. 79}

Lagerkommandant Höß habe im Sommer 1941 von Himmler den Befehl erhalten, die Voraussetzungen zur Massentötung

von Juden zu schaffen und habe sich mit Eichmann hierüber abgesprochen. ^{S. 81}

Einem *"ursprünglichen Befehl Himmlers"* zufolge sollten alle mit einem RSHA-Transport ankommenden Menschen *"getötet werden"*.

"In der Folgezeit wurden dann jeweils aus den RSHA-Transporten zwischen 10 und 15%, in seltenen Ausnahmefällen auch mehr, jedoch nie über 25% arbeitsfähige Männer und Frauen aus den Transporten ausgesucht, die dann in das Lager aufgenommen wurden. Alle anderen jüdischen Menschen wurden durch Gas getötet." ^{S. 83}

Man vergleiche hierzu Urteil, S. 84:

"Die Anzahl der getöteten jüdischen Menschen, die mit sogenannten RSHA-Transporten nach Auschwitz deportiert worden sind, konnten auch nicht annähernd festgestellt werden, da sichere Beweisunterlagen fehlen." ^{S. 84}

"Bevor der Umbau des Bauernhauses vollendet war, erfolgte die Tötung durch Gas im kleinen Krematorium. Ab Sommer 1942 diente das inzwischen zu einer Gaskammer umgebaute Bauernhaus (ein Bauernhaus in eine Kammer! -- der Verfasser) als Vernichtungsstätte."

Da seine Kapazität zur Tötung der immer dichter werdenden Transporte (*"deren Zahl jedoch nicht feststellbar war"*), ^{S. 81} nicht ausreichte, wurde noch ein weiteres Bauernhaus in der Nähe des ersten zu einer Gaskammer umgebaut.

"Die Leichen der getöteten Menschen wurden zunächst in großen Gruben begraben, später in langen Gräben verbrannt." ^{S. 83 + 99}

Die behaupteten Bauernhäuser gab es 1942 gar nicht, wie die Luftbilder der US-Force nachweisen, ⁴⁵⁾ *"große Gruben und lange Verbrennungsgräben"* gab es des hohen Grundwasserpegels in Auschwitz nicht, Spuren, die diese Geschichte hinterlassen haben müßte, gibt es nicht. ^{S. 109}

"Die Krematorien in Birkenau seien gebaut worden, weil dies die Mordkapazität erforderlich gemacht habe." ^{S. 83}

"Getötet wurde getarnt mit Ausdrücken wie »gesondert untergebracht«, oder es wurden Buchstaben verwendet. a) bedeutete in das Lager aufgenommen, b) bedeutete »vergast«." ^{S. 101}

44) Hans Latenser, "Die andere Seite des Auschwitz Prozesses 1963 - 1965, -- Reden des Verteidigers", Stuttgart o.J. S. 29.

45) Vgl. Udo Walendy, "Auschwitz im IG-Farbenprozeß", Vlotho 1981, Fotobeilage. -- Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 52, S. 20.

Absurdes natürlich auch ohne Beweise

"Allein im Jahre 1944 ... wurden in den Monaten zwischen Mai und Oktober mehr als eine halbe Million jüdischer Menschen getötet." ^{s. 84}

Das bedeutet: In 180 Tagen = pro 24-Stunden-Tag 2.777 antransportiert, entkleidet, vergast, dann verbrannt in 4 Krematorien = 700 jeweils in einem Crema = 29 pro Stunde = 1 Leiche in 2 Minuten, ohne Spuren zu hinterlassen. Spuren von anderweitigen Feuerplätzen gab es nicht. Alle gingen "ahnungslos in die Gaskammern", offensichtlich hat niemand etwas Verdächtiges gerochen, keinen Rauch irgendwo aufsteigen gesehen und von Giftgasverseuchung schon gar nichts bemerkt. Niemandem, auch dem Personal der Kremas oder der mit dem Leichentransport befaßten Sonderkommandos haben die gewaltigen Giftgasschwaden berichtenswerte Übelkeit bereitet.

"Ab und zu kam es auch vor, daß ein Transport aus besonderen Gründen geschlossen in das Gas geführt wurde. Die Arbeitsfähigen wurden später unter Bewachung eines SS-Kommandos in das Schutzhaftlager geführt, dort gebadet, geschoren, eingekleidet und ... karteimäßig erfaßt." ^{s. 97} - Absurd!

"Anfangs noch im kleinen Krematorium schütteten SS-

Männer Zyklon B von oben in den Vergasungsraum" ^{s. 98}

Dieser Raum bzw. dieses Gebäude "sinnvollerweise" gegenüber dem SS-Lazarett und nahe der Lagerküche war dazu gar nicht geeignet und hatte keine Öffnungen im Dach! Diese wurden erst nach Kriegsende stümperhaft eingefügt! ⁴⁶⁾

In den Krematorien I - IV seien die Vergasungsräume im Keller und die Verbrennungsöfen einen Stock darüber gewesen. ^{s. 99} -- Absurd!

Denn zunächst wäre das gesamte Bedienungspersonal infolge der Giftgasdämpfe tot umgefallen, anschließend wäre das gesamte Gebäude des hochexplosiven Zyklon-B wegen in die Luft geflogen -- und zwar schon beim ersten "Vergasungsdurchgang"!

Auch in den Krematorien I - IV sei das Zyklon B von oben durch die Decke eingeworfen worden. ^{s. 100} -- Absurd!

Die Betondecken hatten gar keine Öffnungen! Diese wurden erst nach Kriegsende stümperhaft, ohne Bemühen um Gasdichte eingehämmert. Man hat noch nicht einmal versucht, sie einigermaßen gasdicht herzurichten. Sie sind in diesem Zustand am Crema II noch heute zu besichtigen. ⁴⁷⁾

Würde eine leichtfertige Behauptung ohne Beweisgrundlage für einen Schwurgerichtsprozeß schon rechtswidrig und blamabel sein, so ist die hier nur in Auszügen zitierte Fülle volksgeschichtlich brisanter Diffamierungen ohne Beweise eines Schwurgerichtes unwürdig und belegt, wie hörig jenes in Frankfurt/M. 1963 - 1965 den politischen Einflußkräften gefolgt ist!

Die in diesem Auschwitz-Prozeß vorgetragene Art, historisches Geschehen "festzustellen", unterschied sich nicht von Kriegspropaganda, die ohne Rücksicht auf Wahrheit bei gewährleisteter Nichtüberprüfung nur einem Ziel dient: den Gegner zu verleumden, um ihn damit besser bekämpfen und vernichten zu können.

Doch ein Gericht eines "demokratischen Rechtsstaates" in dieser Funktion zu sehen, das auch noch vom höchsten Gerichtshof des Staates als Beweisquelle für "offenkundige Erkenntnis" mit Anspruch auf Weltgeltung herangezogen wird, ist gewiß als Gipfel der Würdelosigkeit für ein politisches System zu bewerten.

Dr. Wilhelm Stäglich zum Auschwitz-Prozeß

"Der Auschwitz-Prozeß war in seinem gesamten Ablauf erkennbar von dem Bestreben -- auch des Gerichts -- beherrscht, das politisch erwünschte Auschwitz-Bild als eine unanfechtbare historische Tatsache herauszustellen. Auschwitz galt auch für die Richter von vornherein als das Zentrum einer durch die deutsche Führung planmäßig vorbereiteten und durchgeführten Vernichtung von Millionen Juden. Alles prozessuale Bemühen zielte in erster Linie auf die Erhärtung dieser »Tatsache« und deren umfassende Darstellung für die Öffentlichkeit

ab. Widerspruch hiergegen war anscheinend schon während der Verhandlungen undenkbar, eine Erscheinung, die ebenfalls zum Wesen aller Schauprozesse gehört." ⁴⁸⁾

46) Vgl. Fotos in *Historische Tatsachen* Nr. 31, S. 17 + Nr. 33, S. 19 + Nr. 50, S. 23. -- Dachöffnung ebenfalls nach dem Krieg: hier in Betondecke von Crema II in Birkenau ebenfalls stümperhaft und keineswegs "gasdicht", diesmal gemeißelt, -- vgl. Foto in *HT* Nr. 52, S. 29.

47) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 36, S. 12, 16 + Nr. 50, S. 12 + Nr. 52, S. 29 + Nr. 90, S. 15.

48) Wilhelm Stäglich, "Der Auschwitz-Mythos", Tübingen 1984, S. 316.

Dennoch beachtliche Feststellungen im Auschwitz-Urteil

"Im KL-Auschwitz war es -- wie in allen übrigen Konzentrationslagern -- allen SS-Angehörigen untersagt, die Häftlinge zu mißhandeln oder gar zu töten." ^{"S. 52}

"Konkrete Fälle von Geiseler-schießungen konnten nicht festgestellt werden." ^{"S. 66}

"Wieviel russische Kriegsgefangene aufgrund der (sic!) OKW-Befehls (sic!) und den auf ihm beruhenden Weisungen und Richtlinien des Chefs der SIPO und des SD im Konzentrationslager Auschwitz getötet wurden, konnte nicht festgestellt werden." ^{"S. 72}

Das Landgericht versäumte, den OKW-Befehl (oder deren Mehrzahl) sowie die "Weisungen und Richtlinien des Chefs der SIPO und des SD" zu benennen! So kennt man auch nichts von deren Inhalt!

"Allerdings ist ein schriftlicher Befehl Hitlers über die »Endlösung der Judenfrage« nicht bekannt. Der genaue Zeitpunkt, wann Hitler die physische Vernichtung der Juden beschlossen hat, läßt sich nicht mehr genau bestimmen." ^{"S. 73}

"Alles lief unter strengster Geheimhaltung, niemand, der nicht unmittelbar damit befaßt war, durfte etwas davon erfahren." ^{"S. 81}

"Wann die ersten Transporte im Rahmen der »Endlösung der Judenfrage« in Auschwitz angekommen sind, ließ sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen." ^{"S. 81}

Auch für die nachfolgende Zeit sei die Anzahl der Transporte und der mit ihnen beförderten Menschen "nicht annähernd mehr feststellbar". ^{"S. 81 + 84 + 92}

"Die Anzahl der getöteten jüdischen Menschen, die mit sogenannten RSHA-Transporten nach Auschwitz deportiert worden sind, konnte auch nicht annähernd festgestellt werden, da sichere Beweisunterlagen fehlen." ^{"S. 84}

Es gab keine Nichtregistrierten:

"Nach Beendigung einer jeden Aktion meldete die Aufnahmeabteilung der Politischen Abteilung über den Leiter der Politischen Abteilung, der die Meldung unterschrieb, an das RSHA -- meistens per Fernschreiben --, wieviel Menschen getötet und wieviel Menschen in das Lager aufgenommen worden waren. ...

Die Fernschreiben mußten vor ihrem Abgang vom Adjutanten gegengezeichnet werden. Ohne das Namenszeichen des Adjutanten durfte die Fernschreib-

stelle kein Fernschreiben durchgeben. ... " ^{"S. 101}

"Denn dem Gericht fehlten fast alle in einem normalen Mordprozeß zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten". ... Es fehlten die Leichen der Opfer, Obduktionsprotokolle, Gutachten von Sachverständigen über die Ursache des Todes und die Todesstunde, es fehlten Spuren der Täter, Mordwaffen usw. ...

Eine Überprüfung der Zeugenaussagen war nur in seltenen Fällen möglich." ^{"S. 109}

"... ist das Verbot der Tötung anderer Menschen - auch der jüdischen Menschen -- im NS-Staat nie, auch nicht durch den Geheimbefehl Hitlers (um welchen "Geheimbefehl" es sich handeln soll, nannte das LG Frankfurt/M. nicht -- der Verfasser) aufgehoben worden. Dies ist leicht daraus zu ersehen, daß die Tötung eines Juden durch andere (gleichgültig ob durch Zivilisten oder Militärpersonen) im NS-Staat nach § 211 verfolgt und bestraft wurde. Selbst Angehörige der Polizei und SS wurden, wenn Sie Juden eigenmächtig töteten, zur Verantwortung gezogen." ^{"S. 131}

"Den Gehorchenden traf die Strafe des Teilnehmers, wenn er entweder den erteilten Befehl überschritten hatte (Abs. 1 Nr. 1), oder wenn ihm bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines oder militärisches Verbrechen ist." ^{"S. 135}

"Beihilfehandlungen zum Mord waren mit der Todesstrafe bedroht." ^{"S. 151}

"Das Gericht war somit bei der Aufklärung der von den Angeklagten begangenen Verbrechen fast ausschließlich auf Zeugenaussagen angewiesen. Ist ein Zeuge schon nach allgemeiner Erfahrung nicht immer ein sicheres Beweismittel, so galt dies in diesem Prozeß umso mehr, weil die Zeugen über Dinge aussagen mußten, die bereits 20 Jahre zurückliegen. Hinzu kommt, daß kaum Zeugen vorhanden waren, die als neutrale Beobachter die Vorfälle im KZ Auschwitz miterlebt haben." ^{"S. 197}

"Das Gericht hat keine Veranlassung, von Amts wegen Ermittlungen darüber anzustellen, wieviel jüdische ehemalige Häftlinge aus dem KL-Auschwitz die Lagerzeit überlebt haben. Daß frühere jüdische Gefangene die Lagerzeit überlebt haben, steht mit Sicherheit fest. Denn das Gericht hat eine Reihe jüdischer Zeugen vernommen, die früher im KL-Auschwitz gefangen gehalten worden sind." ^{"S. 579}

Auschwitzzeuge

Er gehört zu jenen, die bisher nicht "perzipiert", wahrgenommen wurden bei Abfassen der Geschichte um das KZ-Arbeitslager Auschwitz im Sinne der Erkenntnisse des Instituts für Zeitgeschichte.⁴⁹⁾ Nach mehrjähriger Arbeitslagerhaft als junger Kriegsgefangener in Rußlands Fernem Osten und körperlichem Zusammenbruch schrieb **Emil Langendörfer** seine Erinnerungen unbeeinflusst von Massenmedien und Umerziehung nieder, so auch jene kurz von seinem Aufenthalt im russischen Kriegsgefangenenlager Auschwitz 1945:

"In der Zeitung konnte man viel über deutsche Kriegsverbrechen lesen. Sie waren mir und meinen Kameraden, mit denen ich in den letzten Jahren zusammen kam, nicht bekannt. Auch während meiner Gefangenschaft konnte ich keinerlei Anhaltspunkte über solche Greueltaten erfahren. So trafen mich diese Berichte

besonders, da ich als Kriegsgefangener drei Monate im Hauptlager in Auschwitz eingesetzt war, wechselweise je einen Tag zu Reinigungsarbeiten in den einzelnen Blocks und zu Demontagearbeiten bei der BASF in Birkenau.

Während dieser 31 Monate konnte ich weder etwas erfahren noch etwas sehen, was dort passiert sein soll. Auch konnte man aus den zahlreichen Reden des russischen Lagerkommandanten keine Schlüsse auf irgendwelche Verbrechen ziehen. Damals war noch ein Block mit ehemaligen Häftlingen des Lagers belegt, durch Stacheldraht von uns getrennt, die noch nicht nach Hause konnten. Bei gelegentlicher Unterhaltung über den Zaun nach Feierabend wurden mir gegenüber keinerlei Äußerungen über Greueltaten gemacht."⁵⁰⁾

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang der Auschwitz-Zeugen

Thies Christophersen als vereidigter Zeuge vor dem Bezirksgericht in Toronto/Kanada 1988

-- vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 36 S. 9 - 10 --,

Dr. Wilhelm Stäglich, Verfasser des Buches "Der Auschwitz-Mythos", insbesondere seines Vorwortes in der 2. Auflage, Tübingen 1984, und des Star-Zeugen

Elie Wiesel in *Historische Tatsachen* Nr. 107, S. 12 ff.

Frank Renniecke
Postfach 1007
91576 Leutershausen

Die Behandlung eines nationalen Bundespräsidenten-Kandidaten

**BRD-Praxis: Perfekte Heuchelei im Reichstag.
Erfahrungsbericht des Bundespräsidenten-Kandidaten Frank Renniecke
zur Wahl am 23. Mai 2009**

Zwei ereignisreiche Tage liegen hinter den nationalen Vertretern in der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten, die im Bundestag/Reichstag in Berlin stattfand. Diese zwei Tage werden auch mir als Kandidaten für die NPD und DVU unvergeßlich bleiben. Mit diesen Zeilen möchte ich versuchen, auch andere an meinen Erfahrungen und Gefühlen teilhaben zu

lassen, und würde mich freuen, wenn diese Worte Verbreitung finden und meinungsbildend wirken.

Anfang März 2009 wurde ich von dem Parteivorsitz-

49) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 107, S. 20 ff.

50) Emil Langendörfer, "Jugendjahre unter dem Hakenkreuz -- Begeisterung - Ernüchterung -- Erkenntnisse -- Mit 18 Jahren im Kampfeinsatz - zweimal verwundet -- russische Kriegsgefangenschaft, Arbeitslager", ohne nähere Angaben.

zenden der NPD **Udo Voigt** und dem Fraktionsvorsitzenden der NPD im Sächsischen Landtag **Holger Apfel** beim Landesparteitag gefragt, ob ich bereit sei, mich für die Wahl zum Bundespräsidenten als Kandidat der NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie der DVU in Brandenburg zur Verfügung zu stellen. Professor Dr. **Bernd Rabehl** hatte bereits früher zugesagt, aus verschiedenen Gründen die Zusage aber zurückgezogen. Nach einigen Tagen Bedenkzeit stimmte ich zu. Mir war klar, diese Wahl kann letztlich nur der Versuch sein, den Etablierten ihre Spielwiese nicht allein zu überlassen. Mitkandidaten waren der Finanzglobalist und Amtsinhaber **Horst Köhler** für die CDU/CSU/FDP, die Alt-68erin **Gesine Schwan** für SPD und Grüne und Schauspielerrentner **Peter Sodann** für die Linke.

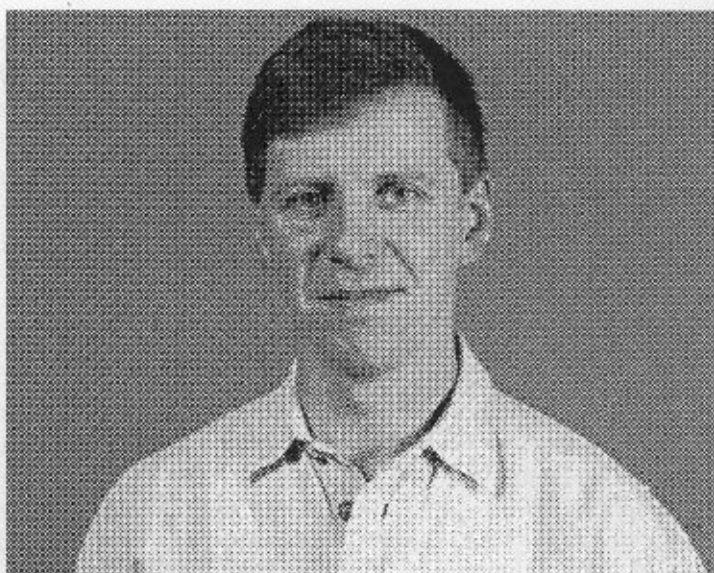
Ebenso wie **Sodann** war auch meine Kandidatur aussichtslos, sollte aber der diffamierten und ausgegrenzten nationalen Opposition in der BRD mit meinem Antritt ein Gesicht und Auftrieb geben. Nach **Hans Hirzel** für die Republikaner (1994) war es erst das zweite Mal in der BRD-Geschichte seit 1949, daß sich ein nationaler Kandidat um dieses Amt bewarb.

Am Freitag, dem 22.05.2009, reisten neben mir auch die vier Bundesversammlungsmitglieder der NPD/DVU **Udo Pastörs**, **Holger Apfel**, **Liane Hesselbarth**, und **Dr. Johannes Müller** sowie die Ersatzmitglieder **Sigmar-Peter Schuldt**, **Winfried Petzold** und **Raimund Borrmann**, der Pressereferent **Holger Szymanski** sowie der Fraktionsgeschäftsführer **Peter Marx** an.

Einquartiert wurde über die Bundestagsverwaltung, die auch die Kosten der Übernachtung für die Bundesversammlungsmitglieder und Ersatzleute übernahm. Der Steuerzahler übernimmt pro Nacht Einzelzimmerkosten von ca. Euro 170,- im Palace-Hotel unweit der Gedächtniskirche -- zwei Übernachtungen waren gestattet. Die Kosten der anderen Angereisten, darunter auch meine als Kandidat, wurden nicht vom Bundestag übernommen. Ich wurde deswegen auch anderswo einquartiert. Die NPD hatte noch einen Fahrer mit Kleinbus und einen Beobachter/Begleiter zum Schutz der kleinen Truppe organisiert.

Wir fuhren dann in den Reichstag, der vollkommen umgebaut war -- für mich nach 20 Jahren nicht wiederzuerkennen. Außen die alte Hülle, innen häßlich ungemütlich und in Stahl/Glas/Stein ohne Erhabenheit (genauso wie das gesamte Regierungsviertel) -- nichts erinnert innen mehr an frühere Zeiten, mit Ausnahme einiger restaurierter Steinwände, die die Graffitis der siegreichen sowjetischen Soldaten vom Mai 1945 darbieten.

Am Einlaß erlebte ich die erste Überraschung, die sich bei jedem Gang in das Gebäude wiederholte: Während die Bundesversammlungsmitglieder und auch die drei anderen Kandidaten zur Wahl ohne Kontrolle in das Gebäude gelassen wurden, durfte ich alle Taschen-



Bundespräsidentenkandidat Frank Rennie

inhalte ausleeren, meine Unterlagen durchleuchten, mich abtasten und mit Metalldetektor kontrollieren lassen. Genau dasselbe erlebte ich auch in Schwerin am 12./13. Mai beim Besuch im Landtag, wo gleichzeitig mit mir **Gesine Schwan** eintraf. Sie fuhr mit einem Auto in den Innenhof -- ich durfte nur zu Fuß auf das Gelände, sie wurde offiziell als Kandidatin der SPD/Grünen begrüßt, -- ich fand keine Beachtung durch die Etablierten; sie wurde nebst Begleitern nicht kontrolliert -- meine Frau und ich mußten durch die Schleuse. Über **Schwans** Besuch war ein großer Bericht in den Medien -- ich wurde totgeschwiegen.

Zurück zum Reichstag: Im 2. Stock wurde uns auf unser Verlangen ein Tagungsraum zur Verfügung gestellt, auch um dort eine Pressekonferenz abhalten zu können. Bis auf zwei kurze Gespräche und kurze Schwenks in den Raum am Sonnabend mit Kamera vor der Türe enthielten sich alle Medienvertreter. Wir erfuhren auch von Reportern, daß es eine Anweisung von obersten Medienstellen gab, die Kandidatur von mir zu verschweigen, wie auch eine Berichterstattung vor Ort zu unterlassen. Medienvertreter, welche sich daran nicht hielten, bekamen eine Rüge "von oben".

Seit Wochen berichteten die Medien über die Bundespräsidentenwahl und gaben den Kandidaten bundesweit Gelegenheit, sich darzustellen -- mit Ausnahme meiner Person. Ob **Bild-Zeitung** oder **FAZ**, von **Flensburger** bis **Passauer Presse** -- es wurde stets nur von drei Kandidaten berichtet. Selbst der Außenseiter **Peter Sodann** als ehemaliger Tatort-Kommissar fand sich z.B. in der **Saarbrücker Zeitung** halbseitig auf Seite 2 wieder -- Kandidat Nummer vier erhielt bundesweit eine fast vollständige Nichterwähnung und Ausgrenzung. Die wenigen Beiträge über meine Kandidatur wurden meist abwertend und gehässig kommentiert und

der NPD und mir sogar ein Mißbrauch des höchsten Staatsamtes vorgeworfen (so z.B. im *Westfalen-Blatt* vom 10.4.2009). **Peter Sodann** wurde trotz Außenseiterrolle schlimmstenfalls als "*linker Clown*" titulierte, -- ich war, wenn genannt, der "*rechte Schurke*". Wenn überhaupt, wurden Fotos von mir abgebildet, auf denen ich verzerrte Gesichtszüge hatte. Allgemein fand meine Kandidatur medial nicht statt.

Nach der Bekanntgabe meiner Nominierung auf dem NPD-Bundesparteitag am 5. April 2009 geschah wochenlang nichts. Einige nationale Zeitungen befragten mich, darunter die *Deutsche Stimme*. Ich selber rief mich in Erinnerung, daraufhin bekam ich die Fragen zu einem Interview mit der *National-Zeitung* -- am 8.5.2009 erschien dieses auf Seite 9! In der NPD handelte dann die Schweriner Fraktion: Ich wurde mit meiner Frau in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingeladen. Bei einer Pressekonferenz konnte ich mich Fernsehen, Radio und Presse stellen. Natürlich waren die Fragen fast ausnahmslos rückwärtsbezogen und sollten mich zu Fall bringen: Der Zweite Weltkrieg, **Adolf Hitler**, die Konzentrationslager, meine Wiking-Jugendzeit usw.. Vermutlich habe ich mich den Reportern gut gestellt, denn es wurde kaum berichtet. Eine NDR-Fernsehgruppe aus Hamburg meinte, mich beim Rundgang über das nicht sm.(Um.(UU sehenswerte Bunde(Uehr gelände in Schwerin begleiten zu müssen. Aus zwei Stunden Material wurden letztlich nur wenige Sekunden gezeigt und dieses in der Witzsendung "extra 3" -- dort wurden Aufnahmen **Adolf Hitlers** neu mit Worten unterlegt wie "*Rennicke, Sie Blumenkübel*". Meine Frage beim Interview, wie diese Aufnahmen genutzt würden, und die Antwort, in der "Politik-Redaktion", war ebenso verlogen wie die ganze Berichterstattung.

Am 22.5. wurde vor dem Reichstag ein ausgewähltes Publikum eingeladen. Mit ARD-Großleinwand, Lübzer Bier und Sekt bot ein beachtliches Feuerwerk neben einem Berliner Symphonischen Orchester den Rahmen (man spielte einmal **Wagner** und einmal das britische "Pomp and Circumstance" -- **Wagner** wurde danach medial kritisiert, das englische "Prunk und Verhältnisse" störte zum 60. Jahrestag der BRD wohl weniger. Angekündigt wurde der Beginn einer dauerhaften "Illumination des Reichstags". Neben dem Bundestagspräsidenten **Lammert** sprach ein Fernsehmoderator. Der kritische Beobachter erfuhr in 1½ Stunden folgendes:

1. Die Festveranstaltungen am 22. und 23. Mai sollten sechs Millionen Euro kosten.

2. Das war nicht bezahlbar, daher nur ein Fest für drei Millionen Euro.

3. Das Feuerwerk kostete allein eine Million Euro, war computergesteuert und im Takt der Lautsprechermusik beachtlich und das einzig Erhabene am gesamten Festakt.

4. Letztlich bezahlten auch mehrere Stiftungen und

ein "Großsponsor" diese Party -- dem Sparkassenverband wurde herausragend gedankt und dieser siebenmal erwähnt. Die BRD-Führung hat aus dem Festakt eine Werbeveranstaltung gemacht.

5. **Lammert** leistete sich eine Peinlichkeit: Er sprach bezüglich der "Illumination" von "*Der Reichstag in Flammen*" -- eine Erinnerung an den Reichstagsbrand von 1933?

6. Die als großartiges Ereignis angekündigte "Illumination" war letztlich nichts anderes als Stromsparleuchten, welche den Reichstag von der Grünanlage-seite nachts beleuchten -- so wie anderswo Kirchen und historische Gebäude. Was daran so besonders sein soll, bleibt **Lammerts** Geheimnis.

Der 23. Mai kam und als Auftakt für diesen "60 Jahre Deutschland"-Tag (es wurde bewußt der Staat BRD mit dem Land Deutschland gleichgesetzt -- als wenn unser Land und Volk erst seit 60 Jahren bestehen würden! --) wurde ein großer Gottesdienst durchgeführt. Leider konnte ich mich nicht durchsetzen, diesen mit den anderen Kameraden zu besuchen -- wir überließen den Etablierten somit das Feld. Gegen 10:30 Uhr waren wir im Reichstag wieder in unserem Tagungsraum, wo ein Sicherheitsmann in Zivil den ganzen Tag "Wache schob". Es wurden die wichtigsten Dinge erneut durchgesprochen. Beachtenswert war das Erscheinen von **Sigmar-Peter Schuldt**, der von seiner schweren Krankheit gezeichnet vorbildlich als Ersatzmitglied der DVU seine Pflicht tat und uns erst nach der Wahl sichtbar erschöpft verließ. Gegen 11:30 Uhr gingen wir zum Plenarsaal. Niemand war für uns zuständig, keiner wußte, wo unsere Sitzplätze waren. Erst eine freundliche Mitarbeiterin der Bundestagsverwaltung konnte uns nach mehreren Anrufen den Weg weisen, wobei uns auch der oberste Diener des Bundestags an den Plätzen würdevoll begrüßte. Die Gäste erhielten eine orangefarbige Gästekarte, die Mitglieder der Bundesversammlung einen weißen Ausweis und jeweils zugewiesene Plätze.

Das Besondere war meine "Eintrittsgenehmigung": Ein Ausweis als Gast mit Hinweis "Plenum" -- ein bislang wohl einmaliges Dokument, da man entweder Gast ist und sich nur im Gastbereich aufhalten darf oder Mitglied der Bundesversammlung mit Zugang zum Plenum. Etliche Hausdiener und Angestellte wollten mich im Laufe des Tages dann auch aus dem Saal entfernen oder erst gar nicht hineinlassen. Dieses wurde meines Ermessens bewußt so gehalten, damit ich ständig in Diskussionen um meine Anwesenheit verwickelt wurde und nur mit Nachdruck überhaupt vor Ort sein konnte.

Während in früheren Jahren die Kandidaten immer vorne ihren Platz hatten, wollte man mir diese Ehre nicht zuteil werden lassen. Daher nahm **Horst Köhler** auf der Gästetribüne neben seiner Familie Platz, mich setzte man mit den anderen Gefährten von NPD und DVU nicht wie gewohnt ganz rechts, sondern links und rechts mittig an den Ausgang, wo uns keine Kameras

der Medien erfassen konnten, und **Sodann** und **Schwan** zu den jeweiligen Fraktionschefs ganz vorne in die Versammlung. Man erreichte dadurch, daß ich als Kandidat weder gefilmt noch von den Wahlleuten kaum gesehen werden konnte. So konnten auch **Köhler** neben **Walter Scheel** auf der Gästetribüne nicht durch meine Anwesenheit "belästigt" werden. Die Kameras suchten in den Reihen nach Prominenten, Fernsehkameras übertrugen direkt für mehrere Sender -- uns sah man nicht.

Durch die hervorragende Vorarbeit von **Peter Marx** und seinen Helfern hatte man festgestellt, daß die Bundesversammlung keine eigene Geschäftsordnung hatte. Deswegen stellten die Mitglieder der Bundesversammlung **Apfel**, **Hesselbarth**, **Dr. Müller** und **Pastörs** noch am Freitag einen Antrag auf eine eigene Geschäftsordnung zur Wahl des Bundespräsidenten. Ein bisher einmaliger Vorgang in der BRD-Geschichte. Des weiteren einen Antrag auf Rüge der Ungleichbehandlung des Kandidaten **Rennicke** durch den Bundestagspräsidenten **Lammert** sowie einen Antrag auf Vorstellungsmöglichkeit der jeweiligen Kandidaten für jeweils 30 Minuten vor der Bundesversammlung.

Lammert und die Fraktionsspitzen von CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und Linke nebst den Freien Wählern (die sich übrigens als reine Mehrheitsbeschaffer der CDU/CSU offenbarten) dürften eine unruhige Nacht gehabt haben. Nachdem **Lammert** gegen 12 Uhr die Versammlung eröffnet und begrüßt hatte, stellte er einen Gegenantrag aller Bundestagsfraktionen vor, die ungenannten Anträge der NPD/DVU abzulehnen. Weisungsgebunden geschah dies durch fast alle Mitglieder. Dann stellte man den Antrag der DVU/NPD vor, ohne diesen zu erläutern. Man hatte den Antrag ohne Kenntnissgabe außen angeblich zur Selbstlesung ausgelegt. **Holger Apfel** sollte nach eigenem Antrag die Begründung der Ungleichbehandlung mündlich vortragen, was eine Sensation gewesen wäre. Ohne die Möglichkeit einer Erklärung wurde abgestimmt -- natürlich wieder gegen den Antrag und gegen die Gleichbehandlung. Diese Anträge waren etwas bisher nicht Dagewesenes -- und kaum ein Fernsehzuschauer hat verstanden, was eigentlich Unglaubliches geschah: Die Ungleichbehandlung des vierten Kandidaten, des Nominierten von NPD und DVU, wurde fast einstimmig für richtig befunden! Ich habe dann tagsüber mehrere Bundesversammlungsmitglieder befragt, ob sie überhaupt verstanden haben, worüber am Anfang der Versammlung abgestimmt worden war, und ob sie die angeblich ausliegenden Unterlagen (die ich selber nicht finden konnte) gelesen haben. Keiner wußte, worum es ging, keiner hatte die Unterlagen gelesen, man stimmte aber fraktionsgewünscht ab. "Wir müssen doch die Nazis verhindern.", war die einhellige Antwort. -- Praktizierte Demokratie bei der Wahl zum Staatsoberhaupt der BRD!

Hier muß ich etwas Wichtiges erklären: Laut Grund-

gesetz findet in der Bundesversammlung keine Aussprache statt. Daher war es mir als Kandidat nicht möglich gewesen, mich vor Ort den Mitgliedern der Bundesversammlung vorzustellen. Ein persönliches Anschreiben an alle Bundestagsabgeordneten wäre bei mühevollster Zusammenstellung der Dienstanschriften schon schwer möglich (sofern man nicht an die Fraktionsadresse im Bundestag schreibt, welche die Weitergabe unterbinden kann). Ein Herausfinden der Versammlungsmitglieder aus den Landtagen oder der von diesen Entsendeten aus Industrie, Sport und Showgeschäft ist ohnehin schier unmöglich. Eine Anfrage bei den zuständigen Stellen wurde mit Hinweis auf den Datenschutz verweigert.

Da in den allgemeinen Medien über einen vierten Kandidaten fast überhaupt nicht berichtet wurde, blieb mir kaum eine Möglichkeit zur Eigendarstellung. Auch die öffentlich-rechtlichen Medien, z.B. das ZDF, wirkten bei der Schweigespirale mit und mißachteten die Pflicht des Gleichheitsgrundsatzes und der Aufklärung. So wurde z.B. am 13. Mai in der Sondersendung um 22 Uhr "Präsidentenkür" über die drei anderen Kandidaten 45 Minuten bundesweit berichtet -- über mich als vierten Kandidaten wurde nichts gebracht, nicht einmal, daß es einen vierten Kandidaten gab.

Ein Reporter hat uns später aufgeklärt: Es gab eine Weisung "von ganz oben" den Kandidaten **Rennicke** vollkommen auszugrenzen und nichts über ihn und die Nominierung von NPD und DVU zu berichten. Diese Weisung wurde fast vollständig befolgt. Die Gleichschaltung der BRD-Medienlandschaft war nur für den genauen Betrachter offensichtlich.

Der Bundestag hat eine eigene Weltnetzseite - unter der Rubrik BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHL hatten **Köhler**, **Schwan** und **Sodann** die Möglichkeit, sich nebst Foto mit einem Lebenslauf darzustellen. Meine Darstellung habe ich selbst geschrieben und mich dabei von Länge, Art und Wortwahl sehr genau an den anderen Kandidaten ausgerichtet. Nachdem man sogar meine Nominierung wochenlang liegen ließ, wurde meine Darstellung erst am 12. Mai auf die Netzseite des Bundestages gestellt. Bereits am 13. Mai berichtete der **Berliner Tagesspiegel** über eine Zensur durch Bundestagspräsident **Lammert**. Die Bundestagsvizepräsidentin **Petra Pau**/Linke und **Thierse**/SPD hätten wegen angeblicher "Nazipropaganda" eine sofortige Löschung meines Beitrags gefordert, dem **Lammert**/CDU auch umgehend nachkam. Obwohl die gescholtene Bundestagsverwaltung klar ausdrückte, nichts Verwerfliches in meinem Text gefunden zu haben und meine Ansichten sogar in Führungszeichen gesetzt hatten, wurde mein Beitrag auf gut ein Viertel gestutzt. So war sie kaum noch eine Vorstellung. Man hatte selbst das Bild, welches mich im Sonnenschein mit Gitarre zeigt, durch ein wenig werbewirksames Bild ersetzt, auf dem die Gesichtszüge sogar noch kälter und kranker als im Original wirkten. Dar-

über wurde ich aus der Zeitung in Kenntnis gesetzt, nicht durch die Verantwortlichen! Daraufhin wurde von mir am 15. Mai an **Lammert** und den Onlinedienst des Bundestags eine Aufforderung mit Fristsetzung zur Wiedereinsetzung des Ursprungstextes mit Originalfoto zugesandt, auch mit Erwartung einer Erklärung und einer Entschuldigung. Dieses unterblieb bis heute. Am 19. Mai reichte ich als letzte Möglichkeit, mich zu wehren, beim Bundesverfassungsgericht eine Eilklage wegen Ungleichbehandlung durch Bundestagspräsident **Lammert** ein. Diese wurde am 20. Mai ohne Angabe von Gründen verweigert mit der Feststellung *"Die Klage wird nicht zur Entscheidung angenommen."*

Das heißt, der komplett ausgegrenzte vierte Kandidat hatte keine Möglichkeit erhalten, sich gleichberechtigt mit den anderen drei Kandidaten den Wahlleuten und dem Volke vorzustellen! Am 19. Mai wurde auch deswegen mit Hilfe der Sächsischen Landtagsfraktion der NPD ein Vorstellungsbrief von mir an alle Bundestagsabgeordneten über die jeweiligen Fraktionen per e-Post gesendet. In diesem unterrichtete ich die Abgeordneten über die Ausgrenzung und forderte sie zur gelebten Demokratie auf, wobei ich mich mit meiner Biographie und meinen persönlichen Ansichten zur Lage der Nation vorstellte. Bei der Bundesversammlung habe ich mehrere Bundestagsabgeordnete gefragt, ob sie diesen elektronischen Brief von mir erhalten und gelesen hätten -- nicht einem war er bekannt. Vermutlich wurde er durch die Fraktionen nicht einmal weitergeleitet.

In der Broschüre zur Bundespräsidentenwahl, welche den Bundesversammlungsmitgliedern, der Presse und den Gästen für die Wahl zugänglich gemacht wurde (Herausgeber ist der Bundestag), werden neben Geschichte und Ablauf der Präsidentenwahl auf den Seiten 16 und 17 **Schwan, Köhler** und **Sodann** als Kandidaten für das Amt vorgestellt. Der vierte Kandidat ist unterschlagen -- in der aktuellen Broschüre zur Wahl!

Dieser Skandal findet aber noch weitere Höhepunkte, über die uns Journalisten informierten:

Während des Wahlvorgangs hatten Fernsehsender direkt berichtet und übertragen, darunter auch der Sender Phönix, welcher als Bundestags- und Regierungssender gilt. Darin wurde ein Politikwissenschaftler befragt, was er zu den drei Kandidaten zu sagen hätte. Dieser erhob klaren Protest und machte deutlich, daß hier vier Kandidaten zur Wahl stehen. Dann zählte er auf: **Köhler, Schwan, Sodann** und ... -- bevor er meinen Namen nennen konnte, wurde er abgeschaltet!

Während alle Kandidaten über Wochen in allen möglichen Medien genannt, abgebildet und zu Wort kommend dargeboten wurden, hatte ich nicht einmal in den öffentlich-rechtlichen Medien diese Möglichkeit -- und sogar im "Bundestagssender" wurde ich verschwiegen und bei einem Interview vor Namensnennung ausgeschaltet.

Eine perfekte Ausgrenzung und Mißachtung des

Gleichheitsgrundsatzes! Und das am 60. Geburtstag von Grundgesetz und Bundesrepublik -- dem angeblich freiesten Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab und dessen Grundlage die Gleichheit vor dem Gesetz ist. Ein Hohn.

Gegen 12:30 Uhr erhielten wir einen interessanten Hinweis: Auf dem Videotext von **Pro7** erreichte der "nichtvorhandene" Bundespräsidentenkandidat **Frank Rennie** 55% der Stimmen aus dem Fernsehvolk! Für einen Unbekannten und in den Medien nicht Genannten ein ansehnliches Ergebnis! War der Grund für die mediale "Käseglocke" die Angst vor einem ungeahnten Erfolg und Nennung von NPD und DVU?

Für die Wahl wurden alle 1.224 Namen der Bundesversammlungsmitglieder aufgerufen, die dann durch die linke Tür hinter dem Podium hinausgingen, hinten die Wahlunterlagen erhielten, geheim in der Kabine wählten und mit dem Umschlag wieder durch die hintere, rechte Tür hineinkamen, um diesen Umschlag in die gläserne Urne zu werfen.

Ich nutzte die Gelegenheit während dieser gut 1½ Stunden, mir alles genau anzusehen. Draußen die einzelnen Kamerastände, die Reporter, die Aufnahmetechnik mit Schnittstellen, suchte Gespräche mit Angestellten, Abgeordneten und Journalisten, lief in Kamerabilde und stand sehr lange beim hinteren Türchen zum Wahlbereich -- hier waren sie also, die "Großen" aus dem Politgeschäft, und liefen verschwitzt und ohne Begleitschutz in zwei Metern an mir vorbei. **Charlotte Knobloch, Erwin Teufel, Ministerpräsident Seehofer, Späth, die Kanzlerin** usw.. Im Plenum ging es eng zu, ich rieb meinen Bauch an **Otti Fischer**, den Po an **Claudia Roth** und die Schulter an **Edmund Stoiber**. Von der **Leyen** wirkt noch unscheinbarer als im Fernsehen, **Roman Herzog** ist alt geworden und **Petra Paus** Haarfarbe schreiend. Ich gebe ehrlich zu, mir ernsthaft überlegt zu haben, was man tun könnte, um auf das Titelblatt der morgigen **Bild am Sonntag** zu gelangen: **Peter Struck** einen "Kriegstreiber" und die Familienministerin eine "Abtreibungsmörderin" schimpfen, Bundestagspräsident **Lammert** "Faschist" rufend ohrfeigen wie **Beate Klarsfeld** einst Bundeskanzler **Kiesinger**, in das Bundestagsmikrofon Staufenbergs letzte Worte *"Es lebe das heilige Deutschland"* bringen oder durch die Reihen im Adamskostüm tanzend *"So fühle ich mich durch Eure Politik -- nackt!"* rufen?! Ich sah schon die Schlagzeile *"Naziflitzer im Reichstag -- Merkel: Ich habe nicht hingeguckt."* Aber ich blieb würdig und brav, lachte vor mich hin, lächelte in Kameras, die mich nun sehen konnten, und traf **Jürgen Trittin** im Treppenhaus, **Gregor Gysi** im Klo und **Wolfgang Schäuble** beim ZDF. **Otto Schily** suchte immer wieder unsere Nähe und saß mit gespitzten Ohren bei NPD und DVU. Zwischendrin Sportler, Schauspieler, Neudeutsche aller möglichen Hautfarben. **Peter Sodann** kam ohne Krawatte, **Gesine Schwan** mit Hochfrisur und **Horst Köhler** blieb unauf-

findbar. Ich selber trug einen grünen Trachtenjanker und lange Lederhose nebst Trachtenhemd mit Band -- optisch unter Gesellschaftsjacken herausgehoben. So erkannten mich wohl etliche, sprachen mich aber kaum an. Eine Stimmung wie bei einem großen Treffen von Allianz-Vertretern, gespielte Höflichkeit, künstlicher Humor, unaufrichtiger Handschlag. So waren sie also, die Mächtigen, die Etablierten, die Verantwortlichen, abseits vom Volk, hautnah: Die Kriegsmacher, Überwachungsfetischisten, Rufmörder, Ausgrenzer, Abtreibungsmörder, Brunnenvergifter, Scheckbuchdiplomaten, Intriganten.

Man möge es mir verzeihen, aber uns kam es so vor: Noch nie sah man so viel Heuchelei, Lüge, Betrug, Schauspielerei, kriminelle Energie und gnadenlose Dummheit auf engstem Raum inmitten von Gutmenschentum und Statisten.

Es kam zum Wahlergebnis. Man nahm seine Plätze wieder ein, gespannte Erwartung, dann kamen einige Musiker -- Beifall und Jubel von Seiten der CDU/CSU-FDP. Ob nun durch Schlamperei oder als Abwatschen der **Schwan** -- diese Musiker bedeuteten, es bleibt bei einem Wahlgang und der aussichtsreichste Kandidat hat das Rennen gemacht. Dann kamen Blumen, die Diener kamen und gingen gleich wieder, kamen erneut -- Sträuße für die nichtgewählten Kandidaten. Wohin mit dem vierten Blumenstrauß für den vierten Kandidaten? Unauffindbar war ich für den Träger in der letzten Reihe an der Tür versteckt worden. **Köhler** ließ sich Zeit. Er war unbegreifbar zum Schloß Bellevue gefahren und wurde bereits von **Lammert** nervös erwartet. Sein Einzug im Sieg. Das Ergebnis: Er hatte mit nur einer Stimme die absolute Mehrheit, ein weiterer Wahlgang war nicht notwendig. **Schwan** erhielt ein enttäuschendes Ergebnis -- eigene Mitglieder hatten anders gewählt. **Sodann** erhielt mit 91 Stimmen zwei Stimmen mehr als die anwesenden Mitglieder der Linken. Ich selber erhielt vier Stimmen -- die der NPD und DVU. Was wäre gewesen, wenn der wertkonservative **Harry Nitzsche** und andere anders gewählt hätten? -- Ein zweiter Wahlgang, ein Skandal, und es hätte vielleicht einen Bundespräsidenten **Köhler** mit den Gnadenstimmen von NPD und DVU gegeben, wenn ich meine Kandidatur vielleicht medienwirksam zugunsten von **Köhler** zurückgezogen hätte. Ein Reporter erzählte mir im Vertrauen, man hätte sich darauf vorbereitet und die Schweigespirale wäre in diesem Augenblick durchbrochen worden. Aus dem Außenseiter wäre plötzlich ein Spitzenreiter geworden. Ich möge mir meine Worte für nach dem ersten Wahlgang gut überlegen. Doch daraus wurde leider nichts. Bürgerliche Feigheit und loyales Verhalten gegenüber dem einstigen Chef des internationalen Währungsfonds waren ausschlaggebend. Nicht eine einzige Stimme von anderen -- hatte ich mich so ungünstig dargeboten, oder war die Ausgrenzung und die Macht über die Gehirne einfach zu perfekt?

Köhler hielt seine Wiederwahlrede. Er dankte allen

Beteiligten, besonders auch den "demokratischen Mitkandidaten" (wollte er mich oder **Peter Sodann** ausgrenzen?), versprach, sein Bestes zu tun, und redete von einem Globalismus mit menschlichem Antlitz -- er war, ist und bleibt ein Vertreter des internationalen Großkapitals.

Diese Wahl war eine Kraftprobe für das Wahljahr 2009 und eine schwarz-gelbe Koalition. **Gesine Schwan** sah man ihre Enttäuschung an, und bald darauf war sie verschwunden. **Peter Sodann** blieb der Alte -- locker schlenderte er durch die Reihen und begegnete mir noch mehrfach bei der Wahlfeier unter der Kuppel mit einem Bier in der Hand. Der Bundestagspräsident sprach die Schlußworte. Die Hymne ertönte durch die Musiker, fast alle standen auf und es wurde seitens CDU/CSU kraftvoll und richtig mitgesungen. Bei den Linken, Grünen und der SPD sangen etliche schlaff oder gar nicht mit. **Lammert** beendete die Versammlung und lud zur Feier. Ich verabschiedete mich von **Sigmar-Peter Schuldt**, der leidend und für mich von allen Anwesenden am beeindruckendsten war.

Wir trafen uns in unserem Besprechungszimmer wieder, eine Pressemitteilung wurde erstellt. Dann ging es unter das Dach zum großen Vorraum vor den Fraktionsräumen. Ein aufwendiges Buffet, Sekt, Saft, Jever-Pils. Ein Bewirtungsdienst bediente. Die ganz "Großen des Politgeschäfts" waren hier nicht mehr zu sehen; **DGB-Sommer** grüßte ahnungslos, der Hauptsänger der Prinzen aß neben mir, **Gysi** sprach lebhaft. Da unsere Leute lieber am Tisch zusammen blieben, zog ich allein durch die Fraktionen. Kalte Gänge, kahle Wände (und wenn ein Bild, dann moderne Kunst), überall liefen Fernseher und Großleinwände -- Fußball. Karlsruhe spielte...?! Vielleicht war auch das ein Grund für das schnelle Ende. Bei drei Wahlgängen hätte es bis in den späten Abend gedauert. In allen Fraktionen, in Büros oder Konferenzräumen -- Fußball! So feiert man am Jahrestag von Grundgesetz, Bundesrepublik und Wahl des Staatsoberhauptes im Fraktionsbereich der Etablierten im Deutschen Bundestag Fernsehfußball!

Von dem Dachgang konnte man in den Innenhof sehen: Ein Pavillonzelt und das Denkmal "Der Bevölkerung" grün überwuchert. Ich wagte nicht, zu lange bei Angestellten des Bundestags zu verweilen -- ich hätte sie bloßgestellt. Einige Bundesversammlungs-Mitglieder hatten Kinder dabei. Mit dem NPD-Abgeordneten **Borrmann** aus Schwerin fand ich mich in der Kuppel ein, Sicherheitsangestellte sprachen uns an. Einjahresverträge auch hier. Beim Hinausgehen erhielt jedes Wahlmitglied und auch die Ersatzleute ein Geschenk: Ein Nachdruck des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949, eine Großausgabe der aktuellen Fassung des Grundgesetzes (interessant der Vergleich, was alles geändert wurde) und ein Buch "Freiheit -- 1849 - 1919 - 1949 - 1989".

Nur der aufmerksame Beobachter erkennt: Die Gleichheit vor dem Gesetz ist die Grundlage des Rechts-

staates und der Demokratie, -- doch diese wurde sträflich mißachtet am Feiertag der BRD, auch bei der Wahl des Bundespräsidenten. Was also ist Demokratie und wer mißbraucht sie? Mir wurde dieses Gastgeschenk nicht überreicht, Parteifreund **Borrmann** protestierte, bevor ich es tun konnte, „Ja, natürlich auch für die Kandidaten gibt es eine Bucherinnerung...!“ Beschämend!

Vor dem Reichstag standen all die Großkarossen der „Minister/innen“, der große **Otto (Schily)** und der kleine **Gregor (Gysi)** lief uns noch einmal über den Weg. Eine Betrunkene krakelte herum, unser Gruppenfoto mit Dame folgte. Wir fuhren in unserem Mannschaftstransporter. Vorbei an den Bühnen, auf denen **Udo Jürgens** noch auftreten sollte. Gerne wäre ich bis in die Nacht geblieben, hätte mit **Peter Sodann** über unsere nicht vorhandene Demokratie beim Bier geplaudert, hätte mich unter das Volk gemischt und das Spektakel auskosten. Da bereits vor der Wahl das Bundeskriminalamt bei der sächsischen Fraktion mitteilen ließ, noch am Wahlabend meine Sicherheit zu übernehmen (Begleitschutz im Falle einer Wahl -- das BKA schützt mein Eigenheim, welch reizvoller Gedanke --), fragte ich die Polizei in Zivil im Reichstag, ob diese Zusage nun auch gilt, wenn ich mich als vierter Kandidat unter das Volk mische und auf Kosten des Steuerzahlers so wie andere Wahlleute das Reinheitsgebot des Bieres ergründen möchte. Keiner war zuständig, das müßten höhere Stellen anweisen, die seien gerade nicht erreichbar usw...! Außenseiter statt Spitzenreiter! Wir fuhren Richtung Bellevue -- die Rasenflächen voller „Neudeutscher“, Nichtweiße bei einer Grillparty inmitten geworfener Pappgeschirrs und Plastikflaschen. Wo war unser Volk geblieben?

Zwei Tage später lese ich in der **Ludwigsburger Zeitung** zur Bundespräsidentenwahl:

*„Die vier NPD- und DVU-Abgeordneten sind in der hintersten Reihe plaziert. Darunter Kandidat **Frank Rennieke**, der rechte Volkssänger, der mit Lederhose, ausrasiertem Nackenhaar und Seitenscheitel aussieht wie eine lächerliche Wiedergeburt **Hitlers**, nur ohne Bart...“*

Weiterhin steht geschrieben:

„Dann stehen alle auf und singen die Nationalhymne. Nur die neuen Nazis bleiben sitzen.“

Täuschten mich meine Erinnerungen? Dort trug ich eine lange Lederhose, die - soweit ich weiß -- in Form und Art **Adolf Hitler** nie trug. Mein Nackenhaar war geschnitten und als Faconschnitt nicht ausrasiert. Haarfarbe, Haarfülle und Form ist einem Seitenscheitel **Adolf Hitlers** nicht ähnlich. Bei der Nationalhymne sind weder ich noch die Mitglieder und Ersatzmitglieder der NPD und DVU sitzengeblieben, sondern standen würdig und sangen. Statt dessen gab es Angehörige der Bundesversammlung von CDU, SPD, Grünen und Linke, die beim Singen der Nationalhymne sitzen geblieben waren! Lüge, wo ist dein Sieg?

Fazit: Ich selber war der Kandidat von drei Landtagsfraktionen, hätte mit Magengrummeln auch passende Worte im Bundestag gefunden. Mein Respekt verdienen die NPD/DVU-Wahl- und Ersatzkameraden. **Liane Hesselbarth** saß bei der letzten Bundesversammlung allein als „Häschen in der Schlangengrube“, **Sigmar-Peter Schuldt** war trotz schwerer Krankheit auf Posten, **Holger Apfel** und **Udo Pastörs** hätten die Anträge zur Geschäftsordnung und die nationale Kritik an der Ungleichbehandlung vor Millionen von Fernsehzuschauern mutig vertreten, **Dr. Johannes Müller** und **Raimund Borrmann** sah man keine Nervosität an, **Peter Marx** und **Holger Szymanski** leisteten ebenso wie unser Fahrer und Schutzmann pflichtbewußt gute Arbeit. Solche Gefährten würden auch andere Aufgaben meistern!

Was für Gefühle kommen nun nach drei Tagen in mir auf, wenn ich an diesen Wahlvorgang, die Ausgrenzung und das Schauspiel denke? Hat man unseren Einsatz überhaupt zur Kenntnis genommen oder selbst in nationalen Kreisen „übersehen“? Was für ein kalter Schauer geht mir über den Rücken, wenn ich an die grenzenlose Macht der Medienwächter und unsere eigene Ohnmacht erinnert werde? Was soll ich von einer Bundesrepublik halten, wo ein Bundestagspräsident ungestraft Zensur und Verschweigen anordnen kann und mir das höchste Gericht das Recht auf Gleichbehandlung ohne Erklärung verweigert? Wo ist der Unterschied zwischen der Gleichschaltung der Medien von 1933 und 2009? Wie soll ich meine örtliche Sparkasse künftig besuchen, wo in Berlin meine Gebühren als Staatsakt in den Himmel geschossen wurden? Wird mir das Lübzer- oder Jever-Bier je wieder schmecken, ohne diese ganze jammervolle Schauspieltruppe vor Augen zu haben?

Natürlich kennt man diese BRD und das falsche Spiel der Mächtigen -- letztlich fühlt man sich mit seinen Ansichten nur bestätigt, wußte das alles vorher oder konnte manches zumindest ahnen. Die Fülle des Erlebten macht es aber so schmerzvoll.

Noch nie waren mir der Untergang und der abgrundtiefe Fall unseres Volkes so bewußt wie am Abend des 23. Mai 2009. **Raimund Borrmann** nannte die Versammlung zu Recht so:

„Ein Spiegelbild des Adels am Vorabend des Ersten Weltkriegs: Sie feiern und lachen, doch ihre Zeit vergeht -- sie sind überflüssig geworden in einer veränderten Welt, nur mehr Statisten, ihre Blindheit stürzt Volk und Land in den Abgrund -- lachende Marionetten, wohlgefällig und geistig begrenzt.“

Aus der Tiefe des Falles nach dem Kriege erhob sich das Volk wieder, nach dem Niedergang in eine multi-kulturell-kriminelle Gesellschaft wird dies zweifelhaft. Tiefe Trauer überkommt mich. Nun weiß ich es genau: Es ist nicht so schlimm wie angenommen -- nein, es ist alles noch viel schlimmer!

Frank Rennieke